

GEMEINSCHAFT. MACHT. ZUKUNFT.

TAGESPROTOKOLL

Mittwoch, 11. Oktober 2017

Mittwoch, den 11. Oktober 2017

Beginn 9:01 Uhr

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal wünsche ich Euch allen einen schönen guten Morgen. Ich hoffe, Ihr hattet alle einen so schönen und gelungenen Abend wie wir gestern im Norden. Ihr habt sicherlich gute Gespräche geführt. (Beifall)

Jetzt erst einmal zu unserem heutigen Geburtstagskind. Wir gratulieren ganz herzlich Ansgar Claes, Leiter der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht. Herzlichen Glückwunsch! (Beifall)

Gratulieren möchte ich auch zwei Kolleginnen und Kollegen, die bei der Bundesagentur an der Verlosung der Reisegutscheine teilgenommen haben. Einen Reisegutschein für eine achttägige Fahrt an die Côte d'Azur gewinnt Ralf Melis aus Lünen. (Beifall) Manuela Strauch aus Moers ist die glückliche Gewinnerin einer Dreitagestour nach Berlin. (Beifall)

Die Gutscheine können am Stand der Bundesagentur in der Glashalle – das ist Stand 1 – abgeholt werden. Übrigens werden heute noch weitere schöne Preise dort verlost.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir steigen nun in unsere Tagesordnung ein und kommen zu:

Tagesordnungspunkt V

Referat des Vorsitzenden der IG BCE

Wir möchten vorher noch darauf hinweisen, dass es selbstverständlich bewährte Art ist, danach eine Aussprache durchzuführen, und bitte darum, dass etwaige Wortmeldungen bei den Schriftführern abgegeben werden.

Wir freuen uns nun auf das Referat des Vorsitzenden. – Michael, Du hast das Wort. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Ihr habt gut gefrühstückt und Traubenzucker, etwas zu trinken und ein Zelt mitgebracht. Denn schwierige Zeiten erfordern umfassende Reden. Es wird also etwas dauern. Jetzt aber allen Ernstes: Einen schönen guten Morgen und ein herzliches Glückauf!

Natürlich gehört es zu den guten Traditionen und am Ende auch zu den wichtigen Funktionen, dass sich eine Organisation auch selbst systematisch und umfassend sowie die Lage um die Organisation herum bewertet.

Gestern habt Ihr mich erneut zum Vorsitzenden der IG BCE gewählt und mit sehr viel Vertrauen ausgestattet – mich und den gesamten Vorstand. Das freut uns natürlich sehr, und wir verstehen das als großen Auftrag. Denn ich bin davon überzeugt, dass wir vor einer neuen Qualität von Herausforderungen stehen.

Das gilt insbesondere für die Globalisierung. Es ist offensichtlich, dass es dem weltweiten Finanz- und Wirtschaftssystem an Stabilität mangelt. Es ist genauso offensichtlich, dass es die internationale Staatengemeinschaft und die internationalen Wirtschaftsor-

ganisationen an Ernsthaftigkeit und Konsequenz vermissen lassen, gegen diese Instabilität anzugehen.

Das kennen wir schon aus der Zeit vor und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Weder wurde der Kasino-Kapitalismus rechtzeitig gestoppt noch die Krise danach ausreichend aufgearbeitet. Sicher, heute gibt es immerhin Nachhaltigkeitsindizes und auch Selbstverpflichtungen beim Klimaschutz etc. All das gehört zum guten Ton verantwortlicher Unternehmen und Nationen. Aber, Kolleginnen und Kollegen, die eigentliche Ursache von ökologischer Unvernunft ist ein rücksichtsloses Profitstreben. (Beifall) Und das ist nach wie vor auch die Ursache einer brutalen Ausbeutung vieler Menschen auf dieser Welt.

Die Gier wächst wieder in einem globalen Finanzsystem, das kurzfristiger und marktradikaler kaum angelegt sein könnte. Wohin das führen kann, das ist spätestens seit 2007/2008, aber auch in der Folge in vielen anderen Krisen unter Beweis gestellt. Der Versuch, ein unregelmäßiges und instabiles Weltwirtschaftssystem zu etablieren, das sich allein auf die Kräfte der ungezügelter Märkte beruft, wird scheitern. Denn Rendite ohne soziale Verantwortung und ohne ökologische Vernunft ruiniert langfristig die Lebensgrundlagen.

Die Zukunft der Menschheit braucht andere Leitbilder als entfesselte und enthemmte Marktkräfte. Die Welt braucht neue Regeln, und die Welt braucht eine neue Ordnung. Und daran müssten auch diejenigen ein wohlverstandenes Eigeninteresse haben, die auf Dauer Geld verdienen wollen auf globalen Märkten.

Wer von den Vorteilen der Globalisierung langfristig profitieren will, der muss wissen: Die wilde Party nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist zu Ende. Der Kater danach mag vielleicht wehtun, doch der geht wieder. Echte Sucht führt zu ernststen Folgen.

Aber wenn wir nicht in Protektionismus, Separatismus, Nationalismus und schlimmstenfalls in Kriege schlendern wollen, dann ist es nun an der Zeit, die Globalisierung neu zu definieren und neu zu formatieren. Die Zeit ist reif, um umzudenken und das politische wie wirtschaftliche Handeln neu zu orientieren. (Beifall)

Und das, Kolleginnen und Kollegen, muss aus unserer Sicht in Europa beginnen. Wir wollen ein starkes Europa, das starke Impulse setzt für eine Weltökonomie mit sozialer Verantwortung und ökologischer Vernunft. Wir wollen ein Europa, das zurückkehrt zu Wachstum, sozialem Ausgleich und Solidarität.

Das ist umso dringender, weil wir von den USA unter Donald Trump keinerlei Beiträge auf dem Weg zu einer ausbalancierten Weltwirtschaft erwarten können. Umso mehr muss Europa ein neues Leitbild entwickeln und Maßstäbe setzen, an denen sich andere orientieren und ausrichten können. Aber das erfordert erst einmal, die in ihrem Wirken sehr effektiven Marktradikalen zurückzudrängen, die schon zu lange in der Europäischen Union den Ton vorgeben.

Unter dem Druck der Sparpolitik hat ein Großteil der EU-Länder einen harten Sozialabbau erfahren, meist verbunden mit dem Verlust an Arbeitnehmerrechten und an gewerkschaftlichem Einfluss. Auch in dieser Politik ist der Brexit begründet. Einseitige Sparpolitik und perspektivloser Sozialabbau spalten und treiben die Länder und Gesellschaften auseinander.

Aber wenn mich nicht alles täuscht, dann ist jetzt die Chance für einen Kurswechsel gegeben. Es wird wieder mehr diskutiert über die richtige Orientierung von Wirtschaft und Politik in Europa. Vorschläge dazu haben zuletzt Kommissionspräsident Juncker und auch Frankreichs Präsident Macron entwickelt und vorgestellt. Man muss nicht mit allem einverstanden sein. Wir sehen auch, was derzeit in Frankreich los ist. Aber wir erwarten, dass die deutsche Politik das zumindest aufgreift und unterstützt, was unmittelbar einleuchtend ist:

zum Beispiel die längst überfällige Finanztransaktionssteuer und eine bessere Regulierung der Finanzmärkte voranzutreiben,

zum Beispiel eine Mindestbesteuerung von Unternehmen, um Steuerdumping vorzubeugen,

zum Beispiel eine konzertierte Aktion gegen Steueroasen und Steuerflucht mitten in der EU, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wenn zum Beispiel Apple, das an den Börsen wertvollste Unternehmen der Welt, es schafft, im Jahr 2014 seine Steuerlast in Europa auf 0,005 Prozent zu drücken, dann ist klar: So kann das auf keinen Fall weitergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer solche krassen Verzögerungen möglich macht, wer nichts tut gegen so grundlegende Verstöße gegen jedes Gefühl von Gerechtigkeit und Anstand, der darf sich auch nicht wundern, wenn dann zu Recht der Widerstand gegen die Globalisierung wächst, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Große Digitalunternehmen, die in Europa Geld verdienen, müssen ohne Ausnahme angemessene Steuern zahlen wie jeder andere auch. Ein fairer Standortwettbewerb in einem definierten Rahmen in der EU ist. Aber ein Wettlauf um die niedrigsten Steuer-, Sozial- und Umweltstandards ist schlicht zerstörerisch. Wenn die EU so etwas weiterhin zulässt, dann wird sie langfristig nicht nur an Akzeptanz verlieren, sondern sich selbst infrage stellen.

Darum treten wir für ein starkes und für ein soziales Europa ein, das Lohn- und Steuerdumping bekämpft. Darum wollen wir auch, dass Deutschland als Teil der Europäischen Union von fairen internationalen Handelsabkommen profitiert. Wir treten für ein Europa ein, in dem die sozialen Grundrechte der Beschäftigten Vorrang haben vor den Freiheiten des Binnenmarktes. (Beifall)

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss der Europäische Sozialgipfel, wenn er denn seinen Namen verdient, im nächsten Monat ein klares Zeichen setzen für eine verbindliche Stärkung der sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir wollen starke Betriebsräte in Europa. Um eines klar zu sagen: Wir wollen mehr an Mitbestimmung in Europa. Wir wollen, dass Europa dieses Ziel tatkräftig und aktiv unterstützt und nicht untergräbt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie in der Vergangenheit. (Beifall)

Europa ist der Schlüssel für eine gute Zukunft. Aber dafür brauchen wir auch ein besseres Europa. Und auch Deutschland sollte dazu mit neuen Ideen beitragen. Deshalb habe ich beispielsweise der Bundeskanzlerin vorgeschlagen, dass wir nicht nur einmal im Jahr in Meseberg nationale Sozialpartnergespräche führen sollten. Es wäre sicherlich ein gutes und ein hilfreiches Signal, die bisher schon vorhandenen deutsch-französischen Regierungskonsultationen um ein gemeinsames Treffen mit den Spitzen der jeweiligen Arbeitgeber und Gewerkschaftsverbände zu erweitern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Fehlentwicklungen der Globalisierung werden wir am Ende nur mit einer starken Gewerkschaftsbewegung wirksam begegnen, möglichst weltweit, aber auf jeden Fall in Europa. Mit einer Gewerkschaftsbewegung, die Zusammenhänge herstellt zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, die das Heute mit dem Morgen verbindet, die fairen Wettbewerb und politische Gestaltung zusammenbringt.

Es ist eine Illusion, zu glauben, ungezügelter Märkte würden per se das Richtige, das Vernünftige, das Zukunftsfähige produzieren. Genauso fehlgeleitet ist es, zu glauben, eine staatlich gelenkte Wirtschaft sei dazu besser in der Lage. Nur in unserem täglichen Kampf um die Balance zwischen marktwirtschaftlicher Dynamik und organisierter Solidarität besteht die Chance, die sozialen und ökologischen Herausforderungen dieser Welt zu gestalten: mit Innovation, Verantwortung und Zusammenarbeit, weil wir aus guter eigener Erfahrung wissen, wie erfolgreich das sein kann.

Als Erstes brauchen wir dazu mehr gewerkschaftspolitische Initiative in Europa. Das ist auch unsere Verantwortung, auch die Verantwortung der starken deutschen Gewerkschaften. Darum werden wir als IG BCE unsere politische Interessenvertretung ausbauen, um auch in Brüssel als wichtiger Player präsenter zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Deutschland sind unsere Branchen stark von global agierenden Unternehmen geprägt. Das sind Unternehmen, in denen wir zumeist auch besonders stark sind. Diese Stärken wollen wir nutzen, um auch stärker zu gestalten, was sich jenseits unserer Grenzen abspielt.

Wir werden uns deshalb künftig entlang der globalen Lieferketten stärker gewerkschaftlich engagieren und für Transparenz sorgen. Das ist für die Menschen draußen in der Welt und das ist für unsere Kolleginnen und Kollegen an ihren Standorten in Deutschland wichtig und gut. (Lebhafter Beifall)

Und das bedeutet konkret, dass wir unseren Einfluss nutzen werden, damit in den international agierenden Unternehmen und ihren Zulieferern vergleichbare Standards gelten. Denn Sozialpartnerschaft ist für uns eine grundsätzliche Unternehmenskultur, die alle Beschäftigten und Standorte einschließt.

Deshalb werden wir von den Arbeitgebern eine Europäisierung und auch eine Globalisierung, jedenfalls ihrer Merkmale und Grundlagen einfordern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere deutschen Multis müssen verstehen, dass sie mit einer vorbildlichen sozialpartnerschaftlichen Kultur weltweit für ein wachsendes, für ein besseres Vertrauen in eine zivilisierte Marktwirtschaft sorgen können.

Darüber hinaus werden wir die internationale Kooperation zwischen den Gewerkschaften verbessern, vor allem und zuerst in Europa. Über das Beispiel unserer Allianz mit den französischen Freunden von der CFDT haben wir bereits am Montag berichtet. Die deutsch-französische Kooperation muss wieder wichtiger werden für die Erneuerung Europas und die Gestaltung der Globalisierung.

Wir werden neben dieser gewerkschaftspolitischen Kooperation dafür sorgen, ganz praktisch, dass wir beispielsweise in den Grenzgebieten zu Frankreich gewerkschaftliche Doppelmitgliedschaften ermöglichen. Auch den Jugendaustausch mit unseren französischen Nachbarn wollen und werden wir intensivieren. Das wird nicht die einzige Kooperation dieser Art bleiben; aber es ist eben eine, die stabil ist und auf einige Jahre zurückblickt.

Wir werden auch den sozialen Dialog mit unseren Arbeitgeberverbänden auf der europäischen Ebene weiter intensivieren. Dazu gehört es, das Nachhaltigkeitsverständnis nach Europa zu bringen, das wir mit dem BAVC und dem VCI in der Initiative Chemie in Deutschland gemeinsam entwickelt haben, einschließlich der Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit von der Tarifbindung über die Ausbildungsquote bis hin zur Mitbestimmung. Das kann ein wichtiger, beispielhafter Anstoß für einen europäischen Kurswechsel in den Köpfen, Konzepten und in der Kultur sein. Das ist unser Angebot, die ausschließliche Marktorientierung durch eine bessere und tragfähigere Entwicklungsstrategie zu ersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind die vielen Probleme Europas nur dann entscheidend zu verringern, wenn wir über zusätzliches Wachstum die Arbeitslosigkeit abbauen können. Das setzt eine Modernisierungsstrategie und Zukunftsinvestitionen voraus:

in der Digitalisierung,

in der Mobilität,

in der Energieversorgung.

Das sind die Felder, auf denen wir auch in Deutschland großen Handlungsbedarf sehen. Auf allen drei Feldern stoßen ausschließlich nationale Anstrengungen einfach ganz praktisch an ihre Grenzen. Was nützt ein ausgebautes Netz an Ladestationen für Elektroautos in Deutschland, wenn die Urlaubsfahrt in Aachen, Flensburg oder Mühlhausen endet, weil da nicht mehr nachgezapft werden kann? Ich komme darauf gleich noch zu sprechen.

Aber ich denke, eines ist bereits klar geworden: Die globalen Märkte brauchen mehr Regeln und Gestaltung. Auch deshalb müssen wir uns mehr um Europa kümmern. Ohne uns Gewerkschaften wird weder in Europa noch weltweit irgendetwas besser, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gegenteil. (Beifall)

Die Globalisierung und Europa beschäftigen uns natürlich, weil unsere Vorstellung von Solidarität nicht an nationalen Grenzen endet. Es geht dabei auch um unsere eigene Zukunft in Deutschland. In unseren Branchen muss man schon sehr suchen, wenn man ein Unternehmen finden will, das nicht im internationalen Wettbewerb steht. Genau darum haben wir auch ein Programm für Betriebsräte globaler Unternehmen entwickelt, um sie zu Globalisierungsexperten – so nennen wir sie – auszubilden.

Wir kennen die Spielregeln der Globalisierung aus eigener Erfahrung. Lasst mich darum zur Debatte um die deutschen Exportüberschüsse eines sagen: Unsere Exporterfolge sind erarbeitet und verdient in einem harten Wettbewerb mit Konkurrenten, die nicht immer fair spielen: chinesische Staatskonzerne, russische Oligarchen, die subventionierten Fabriken der Ölscheichs. Das ist oft kein Wettbewerb nach den eigentlichen Regeln der reinen Volkswirtschaftslehre.

Aber der Vorwurf zum Beispiel aus Europa – gerne vorgetragen –, wir hätten den Vorsprung und die Exportweltmeisterschaft durch Lohnzurückhaltung erschlichen, ist schlicht absurd, jedenfalls in der Industrie. Eines ist klar: Deutschlands Lohnquote sinkt aufgrund prekärer Beschäftigung und der Erosion des Flächentarifvertrags, nicht aufgrund von Lohnzurückhaltung in unseren Industrien, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Unsere Kolleginnen und Kollegen schaffen das, was alle gern die Exportweltmeisterschaft nennen. Sie spüren das an jedem einzelnen Arbeitstag durch einen enormen Leistungsdruck. Viele sind an der Grenze der Belastbarkeit, manche schon darüber hinaus. Wir werden nicht zulassen, dass man unsere Leute in dieser Diskussion jetzt auch noch für Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft verantwortlich macht.

Wir haben uns für gar nichts zu entschuldigen, Kolleginnen und Kollegen. Außenhandelspolitik ist nicht Tarifpolitik. Wir jedenfalls machen eine Tarifpolitik, die zum Exportweltmeister passt. Deutschland ist Exportweltmeister, weil wir starke Industrien mit Topmannschaften haben. Deshalb gibt es ein Rekordniveau an Beschäftigung und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Deshalb sind die Steuer- und Sozialkassen prall gefüllt.

Im Umkehrschluss heißt das: Wer Industrie und Export begrenzen will, der legt Dynamit an die Grundlagen von Arbeit, Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Dann ist im Übrigen auch ganz schnell Schluss mit allen weitreichenden Ambitionen beim Umwelt- und Klimaschutz. Das klappt nämlich nur in einer erfolgreichen und leistungsstarken Industriegesellschaft.

Sehr ernst nehmen sollten wir dagegen die Hinweise aus vielen internationalen Institutionen, von der OECD bis zur EZB und der Weltbank. Dort heißt es übereinstimmend: Deutschland bleibt unter seinen konjunkturellen Möglichkeiten. – Das ist so richtig wie wahr. Wir fahren nämlich auf Verschleiß. Das schadet nicht nur uns selbst, sondern schwächt auch die Dynamik der deutschen Konjunkturlok in Europa.

In fast all unseren Branchen sind die Investitionen niedriger als die Abschreibungen. Das wussten wir schon vor der Fratzscher-Kommission. Aber die hat den Investitions-

stau nun auch noch einmal regierungsamtlich bestätigt. Wir müssen sehr aufpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen – Exportweltmeisterschaft und All-Time-High hin oder her –, in der Selbstgefälligkeit des deutschen Erfolges unsere Zukunft nicht zu verspielen. (Beifall) Die Investitionsschwäche von heute ist die Wachstumsdelle von morgen. Es gäbe in Deutschland wie auf europäischer Ebene viele Möglichkeiten, Zukunftsinvestitionen zu entfachen. Dazu gleich noch mehr.

Lasst mich zuvor noch einige Worte dazu sagen, dass wir nicht nur in unserer Industrie auf Verschleiß fahren. Auch das soziale Deutschland hat höhere Abschreibungen als Investitionen. Ob Schulen oder Straßen – der Investitionsstau, insbesondere in der öffentlichen Infrastruktur, ist offenkundig.

Noch immer schicken wir Jahr für Jahr Zehntausende junge Menschen ohne Schulabschluss in eine perspektivlose Hartz-IV-Karriere. In der Pflege ist nach wie vor vieles im Argen. Das Gesundheitssystem unterscheidet immer stärker zwischen Privat- und Kassenpatient. Wer den Lebensstandard im Alter sichern will, kann sich immer weniger allein auf die Rente verlassen. Die wachsende Ungleichheit unterminiert die Werte und die Stabilität unserer Gesellschaft.

Natürlich haben wir Gewerkschaften sehr viel für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getan, gerade auch in unseren Branchen. Trotzdem gibt es Armut und Arbeitslosigkeit in unserem reichen Land. Trotzdem sehen Hunderttausende keine Chance, jemals aus prekären Arbeits- und Lebensbedingungen irgendwie mal rauszukommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zutiefst empörend. Das lässt kein Gewerkschafterherz kalt. (Lebhafter Beifall)

Deshalb sind sich, trotz vieler Unterschiede, alle Gewerkschaften im DGB vollkommen einig: Wir werden uns niemals mit prekären Bedingungen in der Arbeitswelt abfinden, weder in der Arbeitswelt noch in der Gesellschaft insgesamt.

In der Chemie beispielsweise und in unsere Branchen brauchen wir, jedenfalls in der Regel, den Mindestlohn nicht. Aber das ist eben bei den Kolleginnen und Kollegen anderer Branchen – parallel tagt ja der Kongress der IG BAU – ganz anders. Trotzdem, Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, dass wir den Mindestlohn in Deutschland haben. Für viele Hunderttausend Menschen ist das nicht nur ein Schritt nach vorne, sondern es ist auch gerechter. Hier zahlt der Arbeitgeber, der auch beschäftigt. Trotzdem dürfen wir den Mindestlohn nicht zu einem Symbol einer guten Zukunft, einer guten Regelung machen. Der Mindestlohn, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt soziale Notwehr.

Als einen Versuch sozialer Notwehr verstehe ich auch das sogenannte bedingungslose Grundeinkommen. Es macht mich schon sehr nachdenklich, dass ausgerechnet viele Manager und Marktliberale zu den Unterstützern dieser Idee gehören. Mein Eindruck ist: Das bedingungslose Grundeinkommen ist nur ein netteres Wort für eine Art Stilllegungsprämie: für alle diejenigen, die durch den Rost gefallen sind, die in der modernen, hochproduktiven Arbeitswelt keinen Platz finden, für alle, um die man sich nicht mehr kümmern will, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das Leitbild der IG BCE ist es jedenfalls nicht, Millionen von Menschen in die Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Unser Leitbild ist: Wir wollen sie rausholen aus dem Mindestlohn, wir wollen sie rausholen aus Hartz IV und sie nicht in eine Dauersubvention bringen. Gute Arbeit, gutes Einkommen und Arbeit mit Sinn und Aufgabe – das ist unser Leitbild, auch für die Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit Diskussionen über Mindestlohn und Grundeinkommen keinen entscheidenden Schritt weiterkommen und kein soziales Problem in unserem Land wirklich lösen werden. Wir brauchen stattdessen eine neue Übereinkunft für eine stabile Mittelschicht. Eine solche Übereinkunft zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften ist dringend notwendig,

wenn wir der sozialen und politischen Destabilisierung den Kampf ansagen und mit den ständigen, kraftzehrenden Auseinandersetzungen um das Niveau irgendwelcher Mindeststandards endlich Schluss machen wollen.

Ob beim Lohn oder später bei der Rente: Das Mindestmaß, Kolleginnen und Kollegen, wird immer zu niedrig sein für ein gutes Leben. Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann werden wir auch in den nächsten Jahren immer wiederkehrende Diskussionen um die gleiche Frage erleben: Wie reagieren wir auf die höheren Renten-, Gesundheits- und Pflegekosten? Indem wir Leistungen kürzen oder indem wir die Beiträge erhöhen? – Eine soziale Gesellschaft muss sich aus unserer Sicht nicht auf diese Alternative einlassen.

Die IG BCE schlägt einen besseren Weg vor. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen brauchen wir – zeitlich begrenzt, aber finanzpolitisch verlässlich – mehr Steuergeld, um den demografischen Wandel wirklich gerecht und vernünftig zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Thema für eines der nächsten Gespräche in Meseberg auf der Tagesordnung steht. Ja, dies wird uns als Gesellschaft etwas kosten. Aber der demografische Wandel ist auch eine ungewöhnliche Herausforderung – und dennoch in diesem Land finanzierbar, dann nämlich, wenn das Steuergeld, das notwendig ist, um diese Dinge zu finanzieren, am Ende durch die Sozialpartner bzw. die Unternehmen in Form von höheren Steuerzahlungen getragen wird.

Das ist dann möglich, wenn wir unsere Verantwortung für gute Löhne, für ordentliche Beiträge in die Sozialkassen, für ein ordentliches Niveau an sozialer Absicherung und auch unsere Verantwortung für die tarifliche Gestaltung durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wahrnehmen. Dann, wenn die Löhne steigen, steigen die Steuereinnahmen und die Sozialbeiträge, und das finanziert sich am Ende des Tages selbst. Das ist ein neuer Weg, statt immer wieder daran herumzumäkeln, wer denn jetzt von welchem Prozentsatz hinter dem Komma betroffen ist. (Beifall)

Das sind übrigens keine neuen Erfindungen, sondern da waren wir schon einmal. Über Jahrzehnte waren die Grundbedingungen für ein lohnabhängiges Sozialsystem gute Löhne und die entsprechende Mitwirkung der Sozialpartner. Aber dieses System – das haben wir in dieser Woche schon erörtert – leidet unter der schwindenden Bindungskraft von Tarifverträgen.

Wir haben darüber mit der Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden in Meseberg gesprochen und grundsätzlich übrigens auch Verständigung darüber erzielt, dass es im Interesse aller wäre, die Tarifautonomie und die Tarifbindung wieder zu stärken. Ein Ergebnis dessen war das wichtige Gesetz zur Tarifeinheit. Darüber hinaus gab es allerdings nur halbherzige Ansätze, die Attraktivität der Tarifbindung politisch zu fördern. Für uns bleibt das, unabhängig davon, wie sich eine neue Bundesregierung zusammensetzt, auf der Tagesordnung, weil es einfach in vielen Dimensionen so sinnvoll ist.

Die IG BCE ist jederzeit zu Gesprächen bereit, wenn es darum geht, einen stabilen Rahmen für die Gestaltung der großen sozialen Aufgaben zu schaffen, wenn es darum geht, über eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den Sozialpartnern und dem Staat zu reden. Unabhängig davon werden wir nicht akzeptieren, dass nur noch ein Teil der Arbeitsgesellschaft durch Ordnung und Sicherheit, durch Tarif und Mitbestimmung geprägt ist. Dagegen werden wir uns mit aller Kraft und jederzeit wehren. Denn ohne Tarifverträge ist alles schlechter: die Löhne und Gehälter, die gerechte Verteilung der Einkommen, die Arbeitsbedingungen, Qualifizierung und Ausbildung. (Beifall)

Wir können der Politik helfen und die Ursachen der sozialen Spaltung definieren. Die soziale Spaltung des Arbeitsmarktes, ja, die komplette soziale Spaltung unserer Gesellschaft beginnt da, wo die Tarifbindung endet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das können wir nachweisen. Dafür brauchen wir nicht noch weitere Gutachten. (Beifall)

Darum ist das alles gar nicht so schwer, wenn man nicht still und leise einfach Mitnahmeeffekte als Motivation hat. Arbeitgeber und Politik müssen sich grundsätzlich entscheiden, was ihre Vision und ihr Weg für eine zukunftsfähige soziale Marktwirtschaft ist. Soll eine gerechte Wohlstandsverteilung zukünftig vor allen Dingen über die Umverteilung durch den Sozialstaat hergestellt werden, oder bleiben wir nah an den Branchen, nah an Unternehmen, nah an den Beschäftigten? Das ist nur über ein stabiles Tarifsysteem möglich.

Ich will, dass sich der Staat soweit wie möglich heraushält. Wir können das besser, flexibler und passgenauer.

Die Förderung der Tarifbindung muss in Zukunft ein zentrales Ziel werden – von uns, den Arbeitgebern, aber auch der Politik. Es muss spürbarer und erkennbarer werden, wer sich an der Gestaltung einer sozialen Wirtschaft durch Tarifbindung beteiligt und wer nicht. Tarifbindung sollte zum Beispiel in der staatlichen Wirtschaftsförderung ein zwingender Indikator sein. Die IG BCE unterstützt wie fast alle Parteien auch eine steuerliche Forschungsförderung. Aber wir sind der Meinung, das kann man auf Unternehmen beschränken, die tarifgebunden sind und in denen es Mitbestimmung gibt.

Wir sind auch für Investitionshilfen, damit sich kleine und mittelständische Unternehmen auf die Digitalisierung vorbereiten können. Aber wenn schon Steuergelder der Beschäftigten dafür eingesetzt werden, dann bitte auch mit Tarif und Mitbestimmung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so einfach kann das sein! (Lebhafter Beifall)

Das Grundgesetz – liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist extrem wichtig – weist den Sozialpartnern, uns und den Arbeitgeberverbänden, eine besondere Rolle zu. Jetzt sind wir bei der Tarifbindung an einem Punkt angelangt, bei dem alle Farbe bekennen müssen. Wir erwarten ein solches Bekenntnis darum auch von den Arbeitgebern und der Politik.

Wenn Arbeitgeberverbände Tariffucht tolerieren und auch Mitgliedsunternehmen organisieren, die sich nicht mehr der Tarifbindung unterwerfen, dann muss man folgende Fragen stellen: Was unterscheidet einen solchen Arbeitgeberverband eigentlich dann noch von einem Anwaltsbüro? Wird das der privilegierten Rolle aus dem Grundgesetz wirklich noch gerecht? Wir werden dazu ein umfangreiches Rechtsgutachten bei der Hans-Böckler-Stiftung anregen. Unsere Juristen sehen jedenfalls Indizien dafür, dass das Vorgehen der Arbeitgeberverbände deren Stellung nach Artikel 9 des Grundgesetzes gefährden könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie weit wir bei solchen Themen kommen, hängt natürlich sehr davon ab, welche Politik die künftige Bundesregierung verfolgen wird. Vielleicht erhalten wir ja schon morgen einige erste Antworten aus einer möglichen Jamaika-Koalition.

Eine zentrale Aufgabe der künftigen Regierung wird es sein, das Land wieder zusammenzuführen. Es wäre sicherlich angebracht, dass die künftige Bundesregierung dazu einen Dialog der Demokraten jenseits aller Lager anbietet.

Wir werden unseren Teil dazu beitragen, Antworten auf die Entwicklung am rechten Rand zu finden. Wir werden unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit entsprechend und massiv ausweiten, gemeinsam mit unserer Jugend gezielte Projekte für besonders relevante Gruppen in besonders relevanten Regionen durchführen. Wir werden in unserer Organisation jene Regionen, die vom Rechtspopulismus besonders betroffen sind, stärker vernetzen, den Erfahrungsaustausch fördern und sie mit Beratung unterstützen. Wir werden auch anregen, dass wir im Kontext von industriAll ebenfalls solche Netzwerke aufbauen und entsprechend internationale Erfahrungen austauschen.

Wir sind Teil der demokratischen Kultur und Willensbildung. Das verstehen wir auch als Verpflichtung gegenüber unserer Gesellschaft. In diesem Sinne sind wir ebenfalls gerne bereit mitzuwirken, wenn die Bundesregierung tatsächlich die großen Themen und

Herausforderungen angehen sollte, die es zu bewältigen gilt. Ich bin überzeugt, dass diese Antworten nur in einem Zukunftspakt gefunden werden können, in dem sich auch Gewerkschaften – natürlich auch unsere IG BCE – und Arbeitgeberverbände einbringen können.

Zur Globalisierung und zu Europa, zur Bedeutung der Gewerkschaften und der Tarifbindung für die wirtschaftliche und soziale Stabilität Deutschlands, zu einer neuen Übereinkunft für eine stabile Mittelschicht, habe ich bereits etwas gesagt.

Darüber hinaus stellen sich der Politik und der neuen Bundesregierung, aber auch uns als IG BCE vier weitere große Zukunftsaufgaben:

Erstens gilt es, eine neue Gemeinsamkeit in der Gesellschaft zu schaffen, die Hand in Hand mit einer Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, weil die Beschäftigten mit ihren Wünschen und Sorgen schon zu lange von der Politik allein gelassen werden.

Zweitens muss eine neue Investitionsstrategie und Mobilitätsoffensive entwickelt werden, die in Deutschland und Europa Beschäftigung und Wachstumschancen fördert, anstatt sie infrage zu stellen.

Drittens geht es um eine Strategie für die großen ungelösten Probleme der Energiewende, weil ein Weiter-so unmittelbar in die Sackgasse führt.

Viertens brauchen wir eine umfassende Strategie und Aufstellung zur Digitalisierung und zur Zukunft der Arbeit, wiederum in Deutschland und in Europa.

Kommen wir zum ersten Punkt, zu einer Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einer neuen Gemeinsamkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt: Eine kluge, sozialpartnerschaftliche Gestaltung der Wirtschaft, der Ausbau von Tarif und Mitbestimmung, eine ambitionierte, soziale Investitionspolitik des Staates – das zusammen kann ein Weg sein, verloren gegangenes Vertrauen in politisches Handeln wiederherzustellen. Das kann ein Weg sein für neue Gemeinsamkeit in unserer rauen und gespaltenen Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft zu neuer Gemeinsamkeit zu führen, wird die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Das Wahlergebnis ist ein Beleg dafür, was doch viele von uns spüren: Die Gesellschaft treibt auseinander.

Gleichzeitig gilt: Der Wunsch der Menschen, nach einem Hort der Sicherheit, nach einem Platz, wo man sich nicht erklären muss, nach Heimat, wie der Bundespräsident es nannte, nach einem sozialen Miteinander in der Gesellschaft, ist ungebrochen. Darum sind das Zersplittern des Parteiensystems und der Rückzug in politische, soziale und kulturelle Nischen ein Symptom. Die Menschen suchen nach Heimat und Geborgenheit, und viele scheinen das gegenwärtig nur in der Abgrenzung zu anderen zu finden. Das Paradoxe ist: Die Menschen suchen nach Gemeinsamkeit, aber die Gesellschaft strebt auseinander. Der Wunsch nach Miteinander und Solidarität ist groß. Trotzdem wächst das Gegeneinander.

Die neue Regierung muss sich darum kümmern, dass sich diese Gräben nicht weiter vertiefen. Wir müssen wieder alle zusammen an einer sozialen Gesellschaft – wie ich es nennen möchte – arbeiten, die die Menschen motiviert, aus ihrer Nische herauszukommen.

Was meine ich damit, liebe Kolleginnen und Kollegen? In einer komplexer werdenden Gesellschaft ist Politik immer in Versuchung, einzelne Interessengruppen mit Einzellösungen zu bedienen. Für jeden etwas ist aber etwas anderes als eine Politik für alle. Die Politik muss sich wieder der schwierigen Aufgabe stellen, konzeptionelle Politik für alle zu machen. Das Leitbild ist die Politik für eine soziale Gesellschaft.

Eine soziale Gesellschaft kümmert sich um ihre Kinder. Sie ermöglicht ihnen eine Kindheit ohne Armut und sorgt mit gleichen Bildungschancen für gleiche Startblöcke und einen gelungenen Start ins Leben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Eine soziale Gesellschaft sorgt dafür, dass Menschen selbstbestimmt leben können, dass sie durch Gute Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, sich Träume erfüllen können und dabei nicht verschlissen werden.

Eine soziale Gesellschaft kümmert sich auch um Sicherheit und Würde im Alter – durch gute Pflege und gute Renten.

Eine soziale Gesellschaft investiert in die Menschen. Sie investiert in Teilhabe, in Sicherheit und in die Wahrung der Würde eines jedes Einzelnen. Sie kümmert sich um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und der Geschlechter – im Alltag wie im Betrieb.

Eine soziale Gesellschaft kümmert sich um Diversität, kämpft gegen Diskriminierung und engagiert sich für echte Gleichstellung.

Unser Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat alle Möglichkeiten, eine solche Gesellschaft zu sein. Dieses Potenzial hat die Politik vernachlässigt. Das muss sich ändern. Wir wollen jedenfalls eine treibende Kraft dabei sein. (Beifall)

Ja, wir sind sensibel, wenn es um das Geld geht – immer, wir sind ja Tarifpolitiker –, aber ich kann es nicht mehr hören. Die Konjunktur in Deutschland läuft weiterhin auf einem extrem hohen Niveau und sorgt für eine gute Situation der öffentlichen Haushalte. Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2017 voraussichtlich auf über 730 Milliarden Euro steigen. Bis zum Jahr 2021 erwarten die Steuerschätzer einen Zuwachs auf 850 Milliarden Euro. Es ist also genug Geld für wichtige, notwendige Investitionen in eine soziale Gesellschaft da. (Beifall)

Wir brauchen vor allem ein Signal an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, an ihre Familien, die alles selber stemmen müssen und kaum über die Runden kommen, die sich quasi am Existenzminimum der Primärverteilung bewegen, die Kinder haben, die Steuern zahlen, die voll für Kitagebühren, Sportverein und was noch dazukommt aufkommen müssen, die hohe Mieten zahlen, die jeden Tag weite Strecken pendeln und die am Ende des Monats doch nur knapp über den Grenzen liegen, ab denen unser Sozialstaat sowieso einsetzt.

Wir müssen also für diejenigen etwas tun, auf deren Schultern der meiste Druck lastet, die damit heute sehr auf sich gestellt sind. Die Leistungsträger aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft darf man nicht als Lastenträger der Gesellschaft missbrauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch das gehört zur Wahrheit in unserem Land. (Beifall)

Das heißt für uns beispielsweise kostenlose Bildung und ein Recht auf Ganztagsbetreuung. Einen hohen Stellenwert von Bildung vermittelt man im Übrigen auch nicht in Schulen, die verwahrlosen.

Wir können und müssen aber auch die finanziellen Spielräume der Familien selbst erweitern mit dem klaren Ziel von mehr Freiheit, das eigene Leben wirklich gestalten zu können, persönlicher Freiheit, die durch eine soziale Politik in einer solidarischen Gesellschaft ermöglicht wird. Wir fordern darum eine nennenswerte steuerliche Entlastung für die Arbeitnehmermitte in Deutschland. Durch eine umfassende Reform des Einkommensteuertarifs sollten die kalte Progression und der sogenannte Mittelstandsbau nachhaltig beseitigt werden.

Wir müssen aber auch etwas auf der Ausgabenseite der Leute tun. Für viele Familien sind die explodierenden Mieten mittlerweile zu einem echten Sorgenfaktor geworden, gerade in den Städten. Steigende Wohnkosten und immer längeres Pendeln setzen die

Familien finanziell unter Druck und belasten ihren Alltag. Hier muss die neue Regierung massiv gegensteuern und investieren.

Wir müssen Familien bei den Kosten entlasten, zum Beispiel mit Eigenkapitalzuschüssen auch beim Erwerb von Wohneigentum. Wir müssen aber auch das Angebot an Wohnraum erweitern, etwa durch die Förderung von preisgünstigem Wohnraum in den Ballungsgebieten.

Wir brauchen auch eine Wiederbelebung genossenschaftlicher Konzepte, um im Mietwohnungsmarkt das preisgünstige Wohnen als wichtigen Teil der Alterssicherung neu in den Fokus zu nehmen.

Wir brauchen endlich ein wirksames Programm für eine echte Trendwende auf dem Wohnungsmarkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist für viele der Sorgenfaktor Nummer eins. (Beifall)

Viele Familien sind heute sehr verunsichert, was im Alter auf sie zukommt. Da wäre ein Signal für die Verlässlichkeit und Zukunftsfähigkeit unseres Rentensystems geboten. Das heißt für uns mindestens eine Stabilisierung des jetzigen Rentenniveaus, also wenigstens 48 Prozent. Wie man das in eine neue Übereinkunft für eine stabile Mittelschicht einbetten und verwirklichen kann, dazu habe ich bereits etwas gesagt.

Eine Politik für neue Gemeinsamkeit verlangt nicht nur in der Alterssicherung nach mehr Sachlichkeit, mehr Abwägung und mehr Kompromissbereitschaft, sie ist auch gerade dann gefragt, wenn es um die industrielle Basis und damit um den Kern des deutschen Wohlstandes geht. Die deutsche Industrie steht unter einem Handlungs- und Wandlungsdruck. Globaler Wettbewerb und technologischer Wandel führen in den Unternehmen zu weiterer Rationalisierung und Effizienzsteigerung.

Hinzu kommt der politisch ausgelöste Druck durch die internationale und nationale Klimapolitik. Die IG BCE – ich will das hier sehr deutlich sagen – steht ohne Wenn und Aber zu den in Paris vereinbarten Klimazielen. (Beifall) Paris ist auch nicht das Problem. Es ist die Politik in Deutschland, die dem nicht gerecht wird, eine ausreichende Balance herzustellen, mit, wie wir finden, fatalen Folgen.

Seit Jahren bereits bauen die Energieversorger gute Arbeitsplätze mit Tarif und Mitbestimmung ab. Einst starke Unternehmen von Weltgeltung gehen von einer Umstrukturierung in die nächste ohne eine neue, halbwegs gesicherte Zukunftsperspektive. Weniger sichtbar, aber mit schwerwiegenden Folgen verbunden, ist der stille Investitionsstopp, mit dem die energieintensive Industrie auf die unklaren Zukunftsbedingungen in Deutschland reagiert.

Alles in allem ist die Energiewende in einer Schiefelage, Kolleginnen und Kollegen. Sie ist teuer, sie kostet Arbeitsplätze und sie erreicht ihre Ziele nicht. Diese Entwicklung ist dramatisch, weil wir in der Energiewende noch deutlich mehr Wegstrecke vor uns haben als wir bereits gegangen sind. Auf diesem Weg brauchen wir ganz bestimmt keine neuen Unsicherheiten und Belastungen. Das gilt für die energieintensive Industrie, das gilt für alle Energieerzeuger, das gilt aber auch für die Stromerzeugung aus der Kohle.

Es gibt eine klare Zielsetzung – jetzt bin ich wieder bei Paris –: Bis zur Mitte des Jahrhunderts soll die Energieerzeugung weitgehend CO₂-neutral erfolgen. Bis dahin haben wir eine Menge zu tun. Aber bis dahin werden auch die Braunkohletagebaue ebenso weitgehend ausgelaufen sein. Gleichwohl fahren NGOs und auch Teile der Politik eine fast hysterische Kampagne gegen die Kohle nach der anderen.

Es gibt durchaus Befürchtungen, dass unsere Leute in den Revieren die Hochzeitsfeier von Jamaika bezahlen sollen. Aber ich sage Euch: Wer seine Hochzeit auf dem Rücken anderer plant, für den gibt es dann auch keine Flitterwochen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Auch ein anderes Bild will ich ansprechen. Uns wird nachgesagt, wir seien nicht konstruktiv, wir verweigerten uns. Das ist nicht wahr. Schon vor drei Jahren habe ich vorgeschlagen, eine Kohleverstromungsgesellschaft zu gründen. Das wäre ein Schritt gewesen, die bis 2050 notwendigen Kraftwerke zu erhalten, zu bezahlen und die konventionelle Erzeugung für die nächsten Jahrzehnte sachgerecht und sozialverträglich zu optimieren.

Anfang 2016 habe ich eine Stiftungslösung für die Braunkohle vorgeschlagen. In beiden Fällen hätte es die Möglichkeit gegeben, einen rationalen und sozialverträglichen Anpassungsprozess mit einer energiepolitischen Strategie zu verbinden.

Die Politik wollte davon allerdings wenig wissen. Am Joystick sitzend, gefiel ihr das Spiel.

Den Schuh der Gestaltungsunwilligkeit müssen wir uns also nicht anziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Er passt anderen bei den einen oder anderen Beschlüssen zum Ausstiegsdatum X, Y oder Z. Man kann ja täglich an der Börse nachsehen, welches Ausstiegsdatum gerade bei den Grünen Beschlusslage ist. Dieser Schuh passt also anderen, liebe Kolleginnen und Kollegen – uns jedenfalls nicht. (Beifall)

Die IG BCE bleibt bei ihrer klaren Linie: Wir wollen eine verlässliche Perspektive für die Reviere im Strukturwandel. Verlässlich heißt auch: ausreichend finanziert. Wir wollen Gute Arbeit erhalten und einen sozial verantwortlichen Strukturwandel. Das bedeutet: Niemand fällt ins Bergfreie. Wir wollen wettbewerbsfähige und bezahlbare Strompreise für die energieintensive Industrie und für die privaten Stromkunden in Deutschland. Das bedeutet: Wir brauchen Zeit und Vernunft bei diesem Strukturwandel. (Beifall)

Schon heute – das ist einfach wahr – ist mit der Energiewende eine enorme Kostenbelastung verbunden. In einem komplexen und komplizierten System wird das aber gut versteckt und ist zugleich dem politischen Diskurs im Parlament weitestgehend entzogen. Ein Vier-Personen-Haushalt zahlt heute mehr als 100 Euro im Monat für den Strom. Davon entfällt inzwischen ein Rekordanteil von 55 Prozent auf Steuern, Abgaben und Umlagen. Den größten Posten bildet dabei die EEG-Umlage – Tendenz steigend.

Wir beklagen schon lange, dass die auf den Strompreis aufgeschlagene EEG-Umlage vor allem die einkommensschwächeren Haushalte trifft. Denn diese Menschen wohnen meist zur Miete und haben kaum Einfluss auf ihren Stromverbrauch. Gleichzeitig können sie sich nicht einfach einmal von der Umlage befreien, indem sie sich selbst eine Solaranlage aufs Dach setzen.

Deshalb fordern wir ein steuerfinanziertes Modell. Dabei haben wir übrigens die Verbraucherzentralen an unserer Seite. Mir ist bewusst: Das ist so ein großes Rad, das wir damit drehen, dass man es vermutlich nur nach und nach zum Laufen bringen kann. Wir sagen aber: Wer bestellt, muss auch die Verantwortung für den Preis übernehmen. Wenn die Politik reguliert, dann soll sie es auch im Rahmen des Haushalts diskutieren und nicht ganz zart und schlicht aus der Debatte heraus direkt zu den Kunden verlagern. Das ist nicht redlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es gibt noch einen weiteren Punkt. In der kommenden Legislaturperiode wird sich die Politik auch mit dem Thema Versorgungssicherheit befassen müssen. Das ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Beschäftigung und Wertschöpfung in einer Industrienation. In Deutschland aber geht mehr und mehr sichere Kraftwerksleistung verloren.

Der IG BCE ist wichtig, dass die absehbaren Fehlentwicklungen frühzeitig und ordnungspolitisch sauber korrigiert werden – wenn nötig, über technologieoffene Leistungsmärkte. Das ist auf Dauer effizienter und damit kostengünstiger.

Es ist bereits klar zu erkennen, dass wir in Zukunft eher mehr als weniger Strom verbrauchen werden. Wenn man Mobilität und Wohnen ernsthaft in die Energiewende

einbezieht, dann wird der Strombedarf sich enorm erhöhen – allein schon für Elektroautos oder als Ersatz für heutige Gasheizungen.

Trotzdem wird das nicht zusammengedacht, sondern bleibt Stückwerk. Darum schlagen wir vor, die Kompetenzen aus den Bereichen Energie, Verkehr und Wohnungsbau in einem neuen Energiewende-Ministerium zusammenzuführen. Ein Energiewende-Ministerium hätte dann die Aufgabe und das Potenzial, in einer Gesamtkonzeption die großen Herausforderungen anzupacken, die bislang im unkoordinierten Klein-Klein bestenfalls Stückwerk bleiben.

Was da noch alles auf uns zukommt, sehen wir ja jeden Tag in Deutschlands wichtigstem Wirtschaftszweig, der Automobilwirtschaft. Dort steht die gesamte Wertschöpfungskette in ihrer bisherigen Form auf dem Prüfstand – Dieselgate, E-Mobility, Digitalisierung der Fahrzeuge, neue, finanzstarke Wettbewerber aus der IT-Branche.

Allein im Organisationsbereich der IG BCE trifft das bis zu 200.000 Beschäftigte aus unseren Zuliefererbetrieben. Daher interessiert es uns natürlich sehr, wenn die Politik von heute auf morgen das nachholen will, was bisher vor allen Dingen in der Elektromobilität versäumt worden ist.

Ich halte nichts davon, rund um das Auto die Fehler zu wiederholen, die wir schon aus dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kennen: jede Menge Regulierung, aber keine erkennbare langfristige Strategie; über Zielkonflikte wird nicht gesprochen; die Folgen tragen am Ende die Beschäftigten und die Verbraucher.

Das kann nicht funktionieren, wenn alle E-Autos bauen, aber niemand Ladesäulen etc. errichtet. Das klappt erst recht nicht, wenn wir nicht einmal eine sichere Stromversorgung garantieren können.

Zwischen den vielen Ankündigungen, wann in Deutschland wie viele Millionen E-Autos fahren, und der Investitionsrealität klafft jedenfalls ein Riesenloch. Das macht uns Sorgen, weil sich Deutschland vieles leisten kann – nur keine ernste Krise der Automobilbauer und ihrer Zulieferer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr genaue Vorstellungen davon, was zu tun ist. Priorität haben: Investitionen, Investitionen, Investitionen – in eine neue Infrastruktur für E-Mobility, damit Deutschland auf diesem Zukunftsmarkt nicht abgehängt wird; in Batterie- und Zelltechnologie, weil ohne dieses Herzstück der Wertschöpfung Deutschland kein wettbewerbsfähiger Produzent von Elektrofahrzeugen bleiben wird; in Stromspeicher und Stromnetze, weil der Ausbau der Erneuerbaren für E-Mobility sonst keinen Sinn macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik wäre aber schlecht beraten, wollte sie alleine auf das Elektromobil setzen. Das Ding ist vielleicht schon in ein paar Jahren überholt. Ein Wechsel alleine zum E-Antrieb nur auf Basis der heutigen Technologie ist im Übrigen auch sehr umweltbelastend – sowohl in der Produktion als auch in der Entsorgung.

Deshalb sollten wir uns nicht wieder einem einzigen Leitbild zuwenden, sondern mehrere Technologien, die modern sind, verfolgen und auf ihr Zukunftspotential prüfen – Antriebstechnologien rund um Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe beispielsweise. Auch dann gilt: Ohne Investitionen in eine entsprechende Versorgungsstruktur geht gar nichts.

Während wir diese neue Mobilitätsinfrastruktur aufbauen, ist es zwingend, alles zu unterlassen, was die Wertschöpfungskette Automobil zusätzlich belastet. Wir werden noch über Jahrzehnte Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren auf unseren Straßen haben. Kümmern wir uns lieber darum, eine wirtschaftliche Krise und soziale Einbrüche zu vermeiden. Da gibt es in diesem wichtigen Transformationsprozess genug zu tun.

Vernunft ist bei diesem Weg unabdingbar. Deutschland braucht nicht weniger als einen Zukunftspakt für die deutsche Autoindustrie und ihre Zulieferer, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Aber selbst das wäre am Ende zu kurz gesprungen; denn Mobilität – ich kann es nur immer wieder unterstreichen – ist keine allein nationale Frage, sondern mindestens auch ein europäisches Thema. Die IG BCE fordert darum einen neuen europäischen Strukturfond zur Gestaltung des Strukturwandels im Wertschöpfungscluster „Fahrzeugbau und Zulieferer“. Dieser Fonds soll Investitionshilfen gewähren, wenn bei technologiegetriebenen Umstrukturierungen die Wertschöpfung im Unternehmen verbleibt. Er soll Vernetzungen zwischen Unternehmen und Forschung unterstützen und Beschäftigten ermöglichen, das Know-how für veränderte Produktionssysteme anzupassen.

Die neue Mobilität bietet eine riesige Chance, mit Zukunftsinvestitionen in Deutschland industrielle Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu erhalten. Wir können das mit einem Modernisierungsprogramm verknüpfen, das in Europa neues Wachstum und Beschäftigungschancen auslöst. Ich hoffe sehr, dass die neue Bundesregierung diese vielleicht historische Chance eines ökonomischen und sozialen Aufbruchs in Europa nicht verspielt. Das wäre auch mit Blick auf den Klima- und Umweltschutz nicht zu verantworten.

Also Finger weg vom Konzept des Aussteigens und der Verzichtstheorien! Das bringt gar nichts außer unnütze, schmerzhaft Debatten, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zu den neuen Konflikt- und Gestaltungsfeldern zählt ganz klar auch die Digitalisierung. Allein in den Jahren, die ich nun Vorsitzender der IG BCE bin, hat sich die Zahl der Menschen auf der Welt, die heute Zugang zum Internet haben, praktisch verdoppelt. Gewinnerorientierte, private Kommunikationsplattformen sind bereits zum Verwalter eines Großteils unserer zwischenmenschlichen Kommunikation geworden. Als private Gesellschaften – mächtig, wirtschaftlich erfolgreich und vollkommen global – versuchen sie, sich dem politischen Einfluss der Staaten zu entziehen.

Und die Digitalisierung gewinnt weiter an Dynamik. Mit neuer, innovativer Sensorik und mit den Quantensprüngen in der künstlichen Intelligenz stößt die Digitalisierung in neue Sphären vor. Die Science-Fiction-Serien meiner Jugend sind für meine Söhne schon retro.

Diese Dynamik wird unser Leben und unsere Arbeit massiv verändern.

Schon heute zeigt sich der immense Wandel in unserem Alltag. Neue Geschäftsmodelle erobern und erschaffen neue Märkte. Uber, das größte Taxiunternehmen der Welt, besitzt kein einziges Taxi. Und Airbnb, der größte Hotelkonzern der Welt, besitzt kein einziges Zimmer.

Unsere persönlichen Daten, die Koordinaten unseres Lebens, werden zum Wirtschaftsgut – was wir kaufen, welche Serien wir sehen, was wir lesen, wohin wir fahren. Und: wie es uns geht, wie viel wir laufen, wie oft wir Sport treiben und wie hoch unser Blutdruck ist. Der Einzelne wird immer stärker ausgeleuchtet. Alles wird analysierbar und damit übrigens auch optimierbar. Der Druck wird steigen, diese Daten zu nutzen und nutzbar zu machen.

Als Gewerkschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir auf Solidarität, auf kollektive Regelungen. Aber es ist nahezu zwangsläufig, dass das Kollektive unter Druck kommt, wenn der Einzelne immer genauer vermessen und ausgeleuchtet wird.

Damit stellten sich auch für uns neue Fragen: Wie organisieren wir Solidarität in einer digitalen Gesellschaft? Wie schaffen wir Sicherheit für alle und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen, und zwar in einer Wirtschaft, in der nicht mehr nur Arbeitgeber Entscheidungen treffen, sondern zunehmend auch Algorithmen?

Diese Fragen zeigen: Wir müssen weg von einer Debatte, die nur die Technik und das Machbare in den Mittelpunkt stellt. Wir müssen den Menschen mit seinen Bedürfnissen, mit seinen Ansprüchen und auch mit seinen Befürchtungen in das Zentrum der Zukunftsdebatte holen.

Diskutiert wird viel über Industrie 4.0 und über Arbeit 4.0. Das ist auch alles gut so und zu begrüßen. Notwendig ist jedoch, dass wir diese Debatte aus der einseitigen Interessens- und Technologieorientierung herausführen.

Die Digitalisierung ist eine umfassende technische, wirtschaftliche, aber eben auch soziale und kulturelle Veränderung, der wir uns in aller Fundamentalität stellen sollten. Darum sollte die nächste Bundesregierung einen unabhängigen Nationalen Sachverständigenrat für die digitale Transformation berufen. Wir brauchen die besten Köpfe, die beste Beratung, die besten Ideen und eine intensivere gesellschaftliche Debatte angesichts dieser fundamentalen Veränderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Gewerkschaften müssen hier mehr tun, und wir wollen dabei vorangehen. Wir werden darum als IG BCE eine große Digitalisierungsoffensive starten, um unsere eigene Kompetenz bei der Gestaltung der Digitalisierung weiterzuentwickeln. Wir wollen mit den Beschäftigten über ihre Bedürfnisse und Befürchtungen stärker ins Gespräch kommen.

Bei dieser Offensive wird es um unsere Digitalkompetenz in der gewerkschaftlichen Interessensvertretung gehen. Es wird um gewerkschaftliche Antworten auf die wesentlichen Veränderungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Branchen der IG BCE gehen.

Darum werden wir als IG BCE nach dem Kongress eine „Zukunftskommission Digitalisierung“ einsetzen. Die begleitende Diskussion soll bis tief in die Organisation Wirkung entfalten, mit Dialogveranstaltungen in jedem Bezirk, durch Diskussionen in den Betrieben und durch Befragung der Beschäftigten in unseren Branchen. Diese Zukunftsdebatte wird ein wichtiger Teil unserer Arbeit auf allen Ebenen in den nächsten Jahren sein.

Die Debatte um die Digitalisierung hat bereits einiges erreicht: In Deutschland wird wieder über die Zukunft der Arbeit diskutiert. Und das ist auch bitter nötig.

Allerdings gibt es auch keinen Grund – wir wollen sie jedenfalls nicht unterstützen – für eine digitale Hysterie in der Debatte. Die Zukunft der Arbeit in diesem Land ist gestaltbar, wenn man es richtig anfasst.

Darum halte ich nichts von den Horrorszenarien zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Natürlich wird es Strukturwandel geben, und natürlich wird es auch Rationalisierungen geben.

Gleichzeitig stehen wir aber vor einem echten Fachkräftemangel. Rein statistisch geht das Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten 15 Jahren um 6 Millionen Menschen zurück. Warum diskutieren wir dann so eifrig über eine Arbeitsgesellschaft, der angeblich die Arbeit ausgehen wird?

Wir sollten stattdessen die Idee des Erwerbstätigenkontos konkretisieren, eines Kontos für jeden in unserem Land, von dem jeder im Laufe seines Lebens Gelder für Qualifizierung und die individuelle Weiterentwicklung abrufen kann. Gerade für junge Menschen, die nicht aus wohlhabenden Familien kommen, wäre das auch ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und Unabhängigkeit.

Wir brauchen einen Pakt für eine moderne, digitale Bildung. Es sind auch hier Milliarden notwendig, um Schulen und Berufsschulen auf den Stand der Technik zu bringen. Es kann doch nicht sein, dass wir junge Menschen auf ein Berufsleben in der digitalen Wirtschaft in analogen Schulen vorbereiten.

Mehr denn je gilt in der Arbeitswelt der Zukunft: Bildung hört nicht nach der Ausbildung oder nach dem Studium auf. Sie muss Begleiterin des Lebens- und Arbeitsweges sein.

Wir sollten die Kraft unseres Wohlfahrtsstaates stärker auf die großen Qualifizierungs-herausforderungen ausrichten: mit einem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu einer Bundesanstalt für Arbeit und Qualifizierung, mit einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung und einer Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung.

Wir müssen auch den Betriebsräten die Werkzeuge in die Hand geben, um wirklich Treiber für den Wandel in digitalen Unternehmen zu sein.

Digitalisierung – daran haben wir uns gewöhnt – bedeutet Updates im Minutentakt. Was ist so schwer daran zu verstehen, dass wir dies nicht mit einer Mitbestimmung gestalten können, die in der gesamten Nachkriegsgeschichte nur drei Updates hatte, Release 1952, Release 1972 und Release 2001? So, Kolleginnen und Kollegen, kommt man nicht schnell voran. (Beifall)

Wir brauchen endlich ein Initiativrecht im Bereich der Digitalisierung und der Qualifizierung für die Betriebsräte, jedenfalls ein gestärktes. Betriebsräte brauchen mehr Rechte, aber eben nicht nur. Sie müssen genauso in der Lage sein, die bestehenden Rechte ausüben zu können. Auch die Politik muss deshalb dazu ihren Beitrag leisten. Wir brauchen beispielsweise endlich ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das die Rechte der Beschäftigten in der neuen Datenökonomie effektiv schützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine sehr präzise Vorstellung davon, wie wir die neue Arbeitswelt gestalten wollen. Denn wir können dabei eine Konzeption fortschreiben, die unsere IG BCE schon seit Langem verfolgt.

Der Ausgangspunkt für unser eigenes gewerkschaftliches Handeln ist immer ein kollektiv vereinbarter Tarifvertrag, der die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten klar definiert. Innerhalb dieses Schutzraums für alle sind dann Abweichungen möglich, aber niemals willkürlich, sondern Flexibilität ist bei uns immer konditioniert und transparent.

In dieser Tradition steht auch das Potsdamer Modell, das Peter erwähnt hat, mit dem wir die Arbeitszeit wieder zu einem Thema der gewerkschaftlichen Gestaltung gemacht haben. Es verbindet tariflichen Schutz mit individueller Wahlfreiheit.

Auf diesem Weg zu mehr Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten wollen wir weiter vorankommen. Das wird eines der zentralen Themen unserer IG BCE. Wir können uns da noch eine ganze Menge vorstellen: vorteilhafte Regelungen für besonders belastete Gruppen beispielsweise, für Schichtarbeiter, Eltern oder Pflegenden. Potsdam war ein guter Einstieg, aber da geht noch mehr, Kolleginnen und Kollegen.

Das passt deshalb so gut, weil diese grundsätzliche Gestaltungslinie durch die Digitalisierung prinzipiell gefördert wird. Wir sind durchaus bereit, zu diskutieren, ob die Digitalisierung neue, noch flexiblere Arbeitsmodelle erfordert. Aber dann reden wir als Ziel auch ganz konkret über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dann reden wir über eine alterns- und altersgerechte Gestaltung der Arbeit. Dann reden wir über Grenzen der Leistungsverdichtung und eine echte Stressbremse. Dann reden wir darüber, dass jede Stunde, die gearbeitet wird, auch erfasst und bezahlt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und damit auch das klar ist: Aus unserer Sicht ist nicht alles, was technisch möglich ist und was der Arbeitgeber sich wünscht, auch notwendigerweise zu machen, schon gar nicht, wenn es sich dabei um ganz alte Kamellen handelt. Ich habe es schon gesagt: Beispielsweise eine neue Version der Kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit mit App. Das geht mit uns nicht. Ich kann den Arbeitgebern nur empfehlen, auf solche irrwitzigen Ideen gleich von Beginn an zu verzichten.

Wenn sie auf der Linie unserer gemeinsamen Tariffinnovationen bleiben, dann wird das auch etwas mit Arbeit 4.0, mit konditionierter Wahlfreiheit und Flexibilität, transparent und mit kollektivem Schutz.

Richtig rund wird das, wenn auch der Gesetzgeber liefert: Weg mit sachgrundlosen Befristungen! Her mit dem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit! Den Rest an Flexibilität machen wir dann schon, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Über solche Ansätze moderner Sozialstaatlichkeit im demografischen Wandel sollte man endlich reden, statt die Digitalisierung zum Vorwand zu nehmen, um Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz zu starten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe zu Beginn gesagt: Eine neue Qualität an Herausforderungen erfordert auch eine neue Qualität an Antworten. Das gilt natürlich auch für unsere IG BCE. Wir werden dazu am Freitag noch etwas hören, wenn wir über die Anträge zur Zukunftsgewerkschaft 2020 reden.

Wir sind ein großes Stück vorangekommen, und wir wollen weitergehen, denn unsere Organisation ist auch selber praktizierter Wandel. Wir sind eine Gewerkschaft mit der Bereitschaft zur Innovation auf der Basis organisationspolitischer Stärke.

Wir sind eine Gewerkschaft, die aus eigener Kraft gute Arbeit für ihre Mitglieder leistet.

Damit wir diese Kraft und Stärke beibehalten, haben wir den Zukunftsprozess langfristig angelegt, und das in seiner ganzen Breite. Deswegen werden wir alles tun, was dazu notwendig ist, um unsere IG BCE zukunftsfähig zu halten.

Wir haben die IG BCE politisch wie finanziell nachhaltig aufgestellt. Die Arbeit in den Betrieben und vor Ort funktioniert und ist gestärkt, und wir wollen, dass das so bleibt. Viele neue und junge Mitglieder werden jedes Jahr für die IG BCE gewonnen. Das ist ein gutes und wichtiges Signal.

Aber wir sind noch nicht am Ziel, sondern müssen den Zukunftsprozess noch einmal mit Konsequenz und Entschlossenheit aufladen. Deshalb werden wir vor allem weiter daran arbeiten, unser Mitgliederpotenzial von einer Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unseren Branchen in einem noch höheren Maße für uns zu gewinnen, und zwar mit einer Offensive zur Erschließung neuer Betriebe, mit einer Intensivierung unserer Zielgruppenarbeit und mit einem neuen, zeitgerechten Kommunikations- und Beteiligungskonzept für die gesamte Organisation.

Gleichzeitig werden wir auch unsere Finanzen mit dem Ziel weiterentwickeln, dass wir Mittel freibekommen für Investitionen in organisationspolitische Zukunftsinitiativen. Wir wollen investieren, damit unsere IG BCE jünger, weiblicher und digitaler werden kann.

Auch der Arbeit an unseren politischen Netzwerken werden wir in Zukunft eher mehr Aufmerksamkeit widmen müssen, um mit unseren Themen durchzudringen. Deshalb werden wir unter anderem die Präsenz der IG BCE in Brüssel, aber auch in Berlin, deutlich ausbauen.

Bei einer wachsenden Bedeutung des AT-Bereichs in den Industrieunternehmen und einer sich entwickelnden Start-up-Landschaft, zum Beispiel im Umfeld der Pharmaindustrie, werden wir uns auch darum künftig stärker kümmern. Weil die Ansprache dieser Beschäftigtengruppen nicht beiläufig erfolgen kann oder vor Ort im Tagesgeschäft nicht einfach nur mitlaufen darf, müssen wir prüfen, ob wir unsere Strukturen nicht deutlicher erweitern sollten. Ich glaube, um hier wirklich weiterzukommen, brauchen wir auch Labore in unserer IG BCE, die wie ein gewerkschaftliches Start-up funktionieren und neues Denken in die Organisation bringen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden aber nicht nur über die Zukunft unserer eigenen Gewerkschaft, sondern über die Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Dazu

wird im nächsten Jahr nicht zuletzt auf dem DGB-Kongress Gelegenheit sein. Nach meiner Auffassung stehen die deutschen Gewerkschaften vor drei großen Aufgaben.

Wir müssen in den Betrieben eine starke gestaltende Kraft sein, die von den Beschäftigten als solche auch konkret erlebt wird und für Sicherheit und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten sorgt.

Wir müssen unsere eigene Organisationsstärke erhöhen und unseren Aktionsradius erweitern, also Mitglieder gewinnen, Betriebe erschließen und Tarifbereiche wieder in die Tarifeinheit zurückführen.

Und wenn es eine Einigung über eine gemeinsame Strategie gibt, wird man auch darüber nachdenken müssen, wie wir die großen, weißen Flecken auf unserer Mitbestimmungs- und Tarifikarte gemeinsam angehen.

Und wir müssen in der Gesellschaft wieder politisch-geistiges Terrain für die Gewerkschaften gewinnen, für unsere Idee von Ordnung und Freiheit in einer sich dramatisch wandelnden Arbeitsgesellschaft. (Beifall) Das – und nicht organisationspolitisches Klein-Klein – muss noch viel stärker die Aufgabe des Dachverbandes der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes sein.

So wie wir als Einzelgewerkschaften Geländegewinne in der Betriebserschließung erzielen müssen, so muss es dem DGB besser gelingen, Geländegewinne in der politischen Auseinandersetzung um die Zukunft dieser Gesellschaft zu erreichen. Das ist keine einfache Aufgabe, aber wir haben die Kraft dazu, und die IG BCE wird das immer unterstützen.

Ich habe darum unseren Kollegen im DGB den Vorschlag gemacht, dass wir einen umfassenden Zukunftsprozess im DGB einleiten. Da geht es für mich nicht nur darum, ob wir inhaltlich für die großen Zukunftsfragen bereits ausreichend gewappnet sind, sondern wie wir auch kommunikativ wieder in die Bereiche der Gesellschaft vordringen, in denen in den letzten Jahren das Wort „Gewerkschaft“ eher ein Fremdwort geworden ist.

Wir verfügen, wenn wir gemeinsam stehen, auch über die Ressourcen für einen solchen Prozess, etwa bei der HBS oder in den Gewerkschaften. Wir haben finanziell, intellektuell und organisationspolitisch die Kraft, um das Zentrum einer Modernisierungsdebatte in Deutschland zu sein. Wir sollten das Zentrum sein. Dann entdecken uns auch die Menschen wieder. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe viel über Strukturwandel gesprochen; daran gewöhnen wir uns. Trotzdem ist 2018 ein besonderes Jahr für uns. Es ist das Jahr, in dem die letzten Zechen in Deutschland schließen, die Steinkohle fördern. Das ist zwar politisch gewollt, aber – und das möchte ich unterstreichen – politisch gewiss nicht besonders klug; das haben wir immer gesagt.

Bei aller Trauer um einen Bereich, in dem Gewerkschafts- und Wirtschaftsgeschichte in Deutschland geschrieben worden ist, werden wir doch sehr darauf achten, dass die großen gewerkschaftspolitischen Erfolge im Bergbau nicht in Vergessenheit geraten, sondern in unserer IG BCE weiterleben und auch in der Gesellschaft in Erinnerung bleiben und Wirkung entfalten.

Einen Strukturwandel in dieser Größe, der sozial verträglich gestaltet werden konnte, gibt es nirgendwo sonst – in England nicht, in Frankreich nicht und in den USA schon gar nicht. Im Bergbau haben wir Maßstäbe gesetzt, die bleiben werden. Genauso bleiben in unserer Organisation die Tugenden Zusammenhalt, Respekt, Solidarität fest verankert. (Beifall) Die Kultur des Miteinanders und des Anstands werden unsere IG BCE immer charakterisieren. Daraus ziehen wir auch die Kraft für neue Herausforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Herausforderung haben wir allen Grund zur Zuversicht und Gelassenheit – weil wir unsere IG BCE haben, weil wir mit unserer Gewerkschaft ein Erfolgsmodell für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen haben, weil wir nicht zu groß sind, um unsere Beschäftigten, Betriebe und Branchen nicht mehr zu kennen, sondern weil wir groß genug sind, um Gestaltungsmacht und Konfliktfähigkeit aufzubringen.

Unsere IG BCE ist innovativ und oft vorneweg. Beim letzten Mal habe ich es schon gesagt: Schnellboote sind eben beweglicher als die großen Tanker.

Wir sollten deshalb selbstbewusst, aber nicht selbstzufrieden sein. Ich bin davon überzeugt, dass unser Alltag der Wandel bleiben wird. Aber das können wir so gut wie kaum jemand sonst. Packen wir es an! – Ich danke Euch. Ein herzliches Glückauf! (Starker, lang anhaltender Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Lieber Michael, Du hast einen bunten Strauß an Themen aufgemacht, die gleichermaßen wichtig sind für die Zukunft der Arbeit oder die Arbeit der Zukunft. Es geht um ein starkes Europa, das für einen sozialen Ausgleich sorgt, Solidarität und Wachstum fördert, außerdem um neue Regeln der Globalisierung.

Du hast deutlich gemacht, welche Rolle und welchen Einfluss die IG BCE, die deutschen Gewerkschaften einnehmen müssen. Es geht um weltweite Mitbestimmung. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass die deutschen Standorte auch fit gemacht werden müssen für die Zukunft. Investitionen in Forschung und Bildung müssen eingefordert werden. Tarifliche Standards sind einzuhalten und auszubauen. Gute Löhne und gute Arbeit – das muss auch im Zeitalter der Digitalisierung gelten.

Gemeinschaft macht Zukunft. Gestalten wir die Arbeit der Zukunft! – Vielen Dank für Deine Ausführungen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, mir liegen jetzt zwei Wortmeldungen vor. Bitte denkt an die Redezeit von zehn Minuten. Als Erste spricht Silvia Loeser-Stanczus aus dem Landesbezirk Nordost, Delegiertennummer 260, zum Grundsatzreferat.

SILVIA LOESER-STANCZUS (Berlin)

Lieber Michael, es ist alles sehr wichtig, was Du gesagt hast. Vielen Dank, dass Du gerade die Gruppe der Schwerbehinderten nicht vergessen hast. Denn gerade leidensgerechte Arbeitsplätze fallen in vielen Betrieben durch Outsourcing einfach weg.

Diese Kolleginnen und Kollegen, die eh schon durch Teilzeit während ihrer Arbeitszeit oder Erwerbsminderungsrente große Einbußen haben, bevor sie dann in die Rente eintreten, haben es oft nicht leicht. Wie oft werden sie vergessen! Ich sage nur: Bei der Einführung der Rente nach 45 Arbeitsjahren sind die Schwerbehinderten auch vergessen worden. Wenn diese mit ihrer Schwerbehinderung früher in Rente eintreten müssen, haben sie die 45 Arbeitsjahre natürlich nicht voll.

Nach einem erfüllten Arbeitsleben, egal ob mit oder ohne Einschränkungen, muss man einfach gut leben können. Ich bitte Euch alle, auch daran zu denken. Da sehe ich eine Chance in der Digitalisierung, wenn man den Blick dafür offen hat, dass es auch noch andere Möglichkeiten gibt.

Ich nenne einmal ein einfaches Beispiel von mir. Mit der Technik, die es heutzutage gibt, kann ich Dinge machen, die ich ohne diese Technik überhaupt nicht machen könnte. Den Blick dafür offen zu haben, dies in alle Gremien mitzunehmen und – wie Michael es eben sagte – als treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit für die vom Leben zum Teil schon Benachteiligten immer einzutreten und daran mitzuwirken, das würde

ich mir von Euch allen wünschen. Denn Gemeinschaft macht Zukunft, aber bitte für alle. (Beifall)

Vielen Dank dafür, dass Ihr mir zugehört habt, aber auch dafür, dass Ihr mit dazu beigetragen habt, dass ich mich getraut habe. (Lebhafter Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Als Nächstes spricht Gerhard Beich.

GERHARD BEICH (Hannover)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Michael, viel Zustimmung, aber natürlich auch ein Aber; sonst wäre ich nicht hier oben.

In Bezug auf die Energiepolitik hast du völlig Recht. Ich komme aus einem Landkreis, in dem wir mittlerweile doppelt so viel erneuerbare Energie erzeugen, als wir selber verbrauchen. Dadurch entsteht natürlich eine Überkapazität, die wir loswerden müssen. Überall haben wir Windkraftanlagen, Biogasanlagen und, und, und.

Das werden wir aber nicht los; denn im Moment entsteht an der niederländischen Grenze zu Niedersachsen ein richtiger Industriespeckgürtel – davon habt Ihr sicherlich auch schon gehört –, ganz einfach deshalb, weil unsere Energie dort für'n Appel und 'n Ei angeboten wird, damit die Versorger die loswerden. Auch an so etwas muss man denken.

Ich stamme ebenso wie viele von Euch auch aus einer Generation – viele von Euch kennen das gar nicht mehr –, in der es den Kohlepfeffern gab. Was war das für eine Diskussion – das war der Anfang vom Ende –, als der gekippt worden ist! Wir reden heute über EEG-Zulagen von 6,88 Cent, und wir sitzen da und sagen: Jawohl, akzeptieren wir mal.

In Niedersachsen muss man mehr Leitungsumlage zahlen als in NRW. Auch das betrifft unsere Beschäftigten, weil die Energieversorger sagen: Die Wege dort sind länger. Deswegen müsst Ihr dafür mehr bezahlen. Die Kraftwerke sind weiter weg. Deswegen müsst Ihr mehr bezahlen.

Auch insoweit also gibt es Unterschiede, die es vielleicht in einer globalisierten Welt geben darf, aber nicht in einer deutschen Welt und in einer europäischen schon gar nicht.

Jetzt möchte ich mal einen Bogen zur gesamten Europa-Kiste spannen: Vielleicht müssen wir mal wieder damit anfangen – ich komme aus dem alten Bereich der Gewerkschaft Leder –, einen Zettel auf unsere Tische zu legen, damit wir wieder mal die Internationale lernen. Darüber sollte man vielleicht mal nachdenken.

Wenn wir Kontakte wollen, dann dürfen wir auch nicht vergessen, dass wir diese auch unter den Menschen stattfinden lassen müssen. Nachdem in der Vergangenheit vielleicht manches Betriebswirtschaftliche dagegengesprochen hat, sich zu treffen, sich nicht nur in den Spitzengremien zu treffen, sondern auch mit den Mitgliedern anderer Gewerkschaften, sollte man jetzt darüber nachdenken, das wieder zu forcieren. (Beifall)

Unser spanischer Kollege hat am Montag eindeutig und, wie ich finde, treffend geschildert, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit zu forcieren. Wenn wir Europa wollen, dann müssen wir auch die Kräfte bündeln, damit wir auch die Kampfkraft haben, etwas zu verändern. Ganz viel wird doch bereits in Europa und im Europäischen Parlament entschieden.

Wenn wir über Arbeitszeitgesetze reden, müssen wir auch in die eigene Bude gucken. Ich bin nicht im Tarifgebiet Chemie, sondern ich bin beim Schuh – das ist mal ein ganz

anderes Beispiel –, bei den Schlappenflickern. (Heiterkeit) Wenn ich das Europäische Arbeitszeitgesetz sehe – wir haben dazu ja haufenweise Schulungen gemacht –, dann gibt es zum Beispiel für Überzeiten einen Ausgleichszeitraum von sechs Monaten. Ich glaube, im Tarifvertrag Chemie stehen drei Jahre. Lest mal nach. Auch solche Dinge müssen wir dann verändern.

Dann komme ich zu Deinem Thema Sozialpartnerschaft. Ich habe gerade in den vergangenen Jahren immer wieder erlebt: Sobald eine Sozialpartnerschaft auf die Nagelprobe gestellt wird, nicht nur bei Tarifaueinandersetzungen, dann zählt das auf einmal nicht mehr, wenn das arbeitende Volk etwas will. Bei Tarifaueinandersetzungen ist das vielleicht noch ein Extrathema.

Aber ich habe festgestellt: Sobald Arbeitgeberverbände mal etwas für ihre Beschäftigten in den einzelnen Betrieben machen sollen, dann machen die genau das Gegenteil. Ich kann Mitglied werden ohne Tarifbindung und, und, und. Das sind nur ganz kleine Beispiele. Aber für mich sind das auch Nagelproben, wenn ich sage: Ich möchte mit unseren Firmen, mit unseren Verbänden zusammenarbeiten, aber eben nicht nur dann, wenn die etwas von uns wollen.

Eines habe ich schon oft erlebt: Ich bin als Schuhmann mitgelaufen, als wir in Leipzig für PVC demonstriert haben; der eine oder andere Kollege war auch mit dabei. Dort haben wir unsere Fahnen für die Industrien geschwungen, damit die Rückendeckung haben. Aber wenn wir sie dann brauchen, dann sind sie auf einmal verschwunden. Dann können wir uns mit unseren Kollegen darüber unterhalten, wie wir dann nachher mit unserem Geld auskommen.

Oft muss man ja auch ein Arbeitgeberdarlehen aufnehmen, weil vielleicht der Kleinwagen kaputt gegangen ist oder die Waschmaschine, während der Chef im Katalog blättert, wie er seine dritte Yacht bezahlen kann. Wir müssen deshalb ganz genau hinschauen, wo das möglich ist und wo nicht. Darum möchte ich bitten.

Es gibt eine ganze Menge Anträge, die auch dieses Thema aufgreifen. Ich hoffe, dass es dann auch dazu noch die eine oder andere Wortmeldung geben wird. Denn eines ist wichtig in unserer Organisation: Wir sollten nicht nur kämpfen, wenn es sich lohnt, sondern wir müssen kämpfen, damit es sich lohnt. Glück auf! (Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Schönen Dank, Gerhard. Jetzt bitte Marc Börner.

MARC BÖRNER (Ludwigshafen)

Michael, Du hast gesagt, die Menschen entdecken uns wieder neu. Ich glaube, das ist auch ein gutes Ziel. Ich meine aber, dazu gehört mehr als nur eine gute Idee; dazu gehören dann auch Ergebnisse und Umsetzungen.

Wir haben einen sehr guten Tarifvertrag. Ich glaube, das ist das Beste, was einem Arbeitnehmer passieren kann. Wenn alle Arbeitnehmer in Deutschland irgendwann unter einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag fallen, was für mich noch in sehr ferner Zukunft liegt, dann haben wir es geschafft, dann haben wir das Ziel erreicht.

Bis wir aber so weit sind, haben wir auch einen gesellschaftspolitischen Auftrag. Zwar hat jeder die Möglichkeit, Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft zu werden; das bedeutet aber noch lange nicht, dass es den Arbeitgeber interessiert und sich deshalb bei ihm ein positiver Effekt einstellt.

Worauf möchte ich hinaus? – Ich finde es bedenklich, wenn wir den Mindestlohn als Notwendigkeit verkennen und ihn – das finde ich noch problematischer – sogar mit dem Satz: „Unsere Tarifverträge sind unsere Lohnuntergrenze“ abtun. Solange wir es nicht schaffen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, müssen wir dieses

Thema im Fokus haben. Die neue Bundesregierung wird uns dazu wohl die eine oder andere Möglichkeit geben. Mir ist wichtig, dass wir sie auch nutzen.

Unsere Außendarstellung, unsere Meinungen und unsere Aussagen zum Thema Mindestlohn werden in der Gesellschaft wahrgenommen. Ich glaube, viele von uns sind auch parteipolitisch aktiv. Ich sage für mich persönlich: Ich möchte nicht parteipolitisch für Themen eintreten, Energie einsetzen und versuchen, Regelungen für Menschen in ganz Deutschland zu schaffen – das ist der Mindestlohn –, die dann auf gewerkschaftlicher Ebene sehr ins Hintertreffen geraten. Mir ist ein Anliegen, dass wir als IG BCE zum Thema Mindestlohn eine positivere Außendarstellung haben. – Danke.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Danke, Marc. – Liegen noch Wortmeldungen vor? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Aber Michael möchte noch etwas sagen.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Silvia, vielen Dank für Deinen Beitrag. Wir werden dieses Thema auf diesem Kongress bei der Antragsberatung noch intensiver diskutieren. Ich habe darüber zusammengefasst gesprochen. Aber Du hast völlig recht: Gerade bei den Themen „Menschen mit und ohne Behinderungen“ und „Inklusion“, gerade an der Schnittstelle, an der Menschen vom Schicksal, von Krankheit, von Unfällen usw. geschlagen und getroffen worden sind, da zeigt eine Gesellschaft, ob sie wirklich sozial ist, ob sie in der Lage ist, das aufzufangen, das mitzunehmen. Wir sind uns darüber sehr einig und werden noch darüber sprechen. Ich will es einmal dabei belassen. Vielen Dank für Deinen Wortbeitrag. (Beifall)

Gerd, zunächst zu Deinem energiepolitischen Beitrag: Du hast ein Beispiel genannt, das die Sache nicht besser auf den Punkt bringt. Ich könnte noch zahlreiche andere Beispiele nennen. Schon über Jahre hinweg wird an der Energiepolitik, an den erneuerbaren Energien „herumgefummelt“. Es wird gesagt, was wir gerne hätten und dass jedes Windrad, das steht, ein Zeichen für die Zukunft ist. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Aber: Ein Windrad ohne Leitung ist keine Zukunft und nicht jeder Markt, der zerstört worden ist, weil man überreguliert, ist Zukunft.

Wir sind an einer Stelle, dass 2 Milliarden Euro pro Jahr im EEG-Topf gar nicht für neue Windräder, sondern für verschenkten Strom bezahlt werden; das ist der sogenannte Redispatch. Man hat dafür wieder einen Begriff gefunden, den niemand versteht. Das ist Strom, für den wir kein Geld bekommen. Aber er wird produziert, weil der Wind weht. Wenn andere dann sagen: „Das ist aber gut hier. Dann bauen wir auch noch Industrie um den Strom herum, den wir nicht bezahlen müssen“, dann ist der Irrsinn komplett. (Beifall)

Wir müssen von den verzerrten Bildern wegkommen, die da lauten: jedes Windrad, jede Solarzelle. – Ich habe nichts dagegen, dass wir diesen Weg gehen. Trotzdem muss man einmal fragen: Wo stehen wir jetzt? Ist es nicht sinnvoller, jetzt einmal fünf Jahre auf Leitungen und Speicher zu setzen?

Bei den Pumpspeicherkraftwerken sagt man: Oh Gott, oh Gott, wenn wir das jetzt fördern, weil wir müssen, weil der Markt kaputt ist, dann kostet das ja wieder Geld. – Man will aber nicht die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Preise noch mehr steigen. Dann lässt man eher die Speicher kaputtgehen, die man dringend braucht, weil man sagt: Da können wir gerade nicht ran.

Das Gleiche gilt für den Leistungsmarkt, über den ich gesprochen habe. Der Erfolg der erneuerbaren Energien ist – darauf sind wir sehr stolz –, dass dadurch 30 Prozent der Energie gewonnen werden, nämlich wenn der Wind bläst und die Sonne scheint. Das ist okay, das ist gut. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass 70 Prozent nicht erneuerbare Energien sind.

Leistungsmarkt bedeutet, dass wir einem Unternehmen, das seine Kraftwerke auf „on“ hält, irgendetwas dafür bezahlen müssen, weil es dies sonst nicht macht. Im Moment machen wir das wie in einem Polizeistaat, nämlich indem der Regulator sagt: Bitte einschalten! – Dann bekommen die was. Dann wachen alle auf und sagen: Ich muss ins Kraftwerk, weil der Wind nicht weht. – Das ist doch in einem Industrieland keine Energiepolitik. Damit kann man doch keine Elektrolyse fahren. Damit kann man doch keine Aluminiumproduktion fahren. Das ist doch Unsinn! Aber das machen wir. (Lebhafter Beifall) In diese Ecke lassen wir uns und lasse auch ich mich aber nicht drängen.

Die Klimapolitik, die Energiewende, die ganze Transformation ist von denjenigen unterstützt worden, die besonders betroffen sind. Nennt mir eine Branche, in der das der Fall ist! Dafür erwarten wir auf der anderen Seite Redlichkeit, wenn wir dann die Probleme des Managements ansprechen – nicht die Energiewende, sondern das Handeln da drin. Wenn sich Parteitage mit neuen Zielen schmücken, zu Rettern des globalen Klimawandels werden und am Ende Unsinn beschließen, dann wehren wir uns dagegen. Wir lassen uns nicht in diese Ecke drängen.

Es bleibt dabei: Wir sind hochsensibel, was den weltweiten Klimaschutz angeht, weil das wirklich ein Problem ist. Die Hauptbetroffenen sind in der Tat die armen Länder. Dass die eine oder andere Insel wirklich vor Existenzproblemen steht, steht außer Frage. Aber dass das direkt mit der Lausitz zu tun hat, das ist nicht nur absurd, sondern das ist sogar zynisch, Freunde. (Beifall)

Das Ganze klingt auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Steinkohle ganz schmerzhaft. Du hast ja gesagt, dass der Kohlepfennig abgeschafft worden ist. Wir reden jetzt über „EEG 14 Cent“. Aber das interessiert niemanden; das ist für einen guten Zweck. Auch das gehört zur Wahrheit. Deswegen muss man aber nicht gegen erneuerbare Energien sein. Die Konstruktion, die ich zusammengefasst kritisiert habe, ist das größte Umverteilungs- und Ungerechtigkeitsprojekt, das diese Republik nach dem Krieg erlebt hat. (Beifall)

Jeder, egal ob Hartz-IV-Empfänger oder sonst wer, hat das zu bezahlen und hat keine Ausweichmöglichkeiten. Er hat auch keine Möglichkeit – Stichwort „Costa fast gar nix“ –, sich eine A+++-Waschmaschine zu kaufen, weil er sie schlicht und einfach nicht bezahlen kann. Das sind Lifestyle-Debatten. Viele Menschen in unserer Gesellschaft können das nicht bezahlen. Das ist am Ende ein Avantgardismus, den wir mit unseren Leuten nicht kompatibel bekommen. (Beifall) Es geht nur um das Balancieren. Es geht um Zeiträume, um Vernunft und um Gerechtigkeit.

Inklusive genossenschaftlicher Möglichkeiten, sich an den EEG-Investitionen zu beteiligen, gibt es ungefähr 8 Millionen Investoren, die von dem Ganzen profitieren und im Nullzinsumfeld 20 Jahre lang im Durchschnitt 8 Prozent Verzinsung bekommen. Wenn man sich diese Diskrepanz anschaut – die einen 14 Cent pro Kilowattstunde, die anderen 8 Prozent pro Jahr –, dann merkt man, dass dieses Ding ein bisschen Schlagseite hat.

Deshalb ist unsere Kritik – Du hast das schön auf den Punkt gebracht –, dass das jetzt auch noch zu industriepolitischen Verzerrungen führt, die langsam wirklich kritisch werden. Ich glaube, dass die Leute das merken. Ich hoffe, dass auch die Jamaika-Koalition das merkt, Kolleginnen und Kollegen.

Die Frage, wie Arbeitszeitgesetze und Arbeitszeittarifvertragsregelungen mit europäischem und nationalem Arbeitszeitrecht kompatibel sind, ist eine komplizierte Veranstaltung, weil Europa natürlich die Dinge festlegt, manchmal in unserem Sinne sogar sehr straff. Es gibt zwei Varianten, das zu unterminieren: Die einen machen das einfach nicht, und die anderen machen Tarifverträge, die eventuell anzupassen sind. Ich glaube, wir müssen besprechen, was wir wollen.

Die von Dir angesprochene Regelung in der Chemie bezieht sich ja auf Projekte. Dazu werden Betriebsvereinbarungen gemacht. Da wird hinterfragt, warum das eigentlich so

ist und ob das ganze Sinn gibt. Dann kann man das machen. Trotzdem muss das kompatibel sein; da hast Du völlig recht. Man muss darüber diskutieren. In der Sache kann man eine so konditionierte Arbeitszeitpolitik machen. Wenn alle damit einverstanden sind und dies keinen Druck auf die Leute ausübt, dann kann man das wohl machen.

Die Sozialpartnerschaft – Du hast es angesprochen; dazu habe ich in dieser Woche einiges gesagt – muss sich täglich beweisen. Es wird immer hier und dort Dinge geben, die nicht zusammenpassen. Darüber müssen wir auch reden. Sagen wir einmal: Es darf keine Variante von Harmonie sein, die unkritisch ist, sondern daran muss sich das Ganze immer wieder messen. Was wir nur sagen, ist: Eine funktionierende Sozialpartnerschaft ist nicht überall gegeben, ist aber unser Leitbild. Dort, wo sie nicht funktioniert, müssen wir im Zweifel draufhauen.

Deswegen gilt beides. Das ist nicht digital, nicht ja oder nein, sondern es geht um das Wie, und wenn es nicht klappt, dann müssen wir auch stehen, Kolleginnen und Kollegen.

Marc, ich glaube, ein Missverständnis muss man aufklären, und ich glaube, ich kann Dir in der Analyse nicht ganz folgen. Ich habe überhaupt nichts gegen den Mindestlohn. Es ist nach einem harten zehnjährigen Kampf gelungen, ihn zu schaffen. Vorher gab es in Deutschland Beschäftigung zu skandalösen Löhnen und der Staat musste eine Aufstockung quasi auf das Mindestmaß sozialer Bedingungen bezahlen. Der Unterschied ist, dass dies jetzt, beim Mindestlohn, der Unternehmer zahlt, der daraus auch Profit macht. Schlechte Löhne sind das aber immer noch.

Die eigentliche Frage lautet: Wollen wir dem als Leitbild folgen? Ich bin nicht dieser Meinung. Vielleicht werden wir, wenn wir irgendwann in unserem Kampf wirklich nicht erfolgreich sind, etwas anderes diskutieren müssen. Aber ich möchte jetzt gerade am Beispiel der IG BCE das Leitbild aufzeigen, dass wir die Löhne in den einzelnen Branchen und Unternehmen gerecht an dem Erfolg, an dem Profit, an der Rationalität, an den treibenden Kräften messen und dabei mehr herausholen als Mindestbedingungen. Und ich möchte, dass es bei diesem Leitbild bleibt.

Dabei können wir gerne auch einen Mindestlohn haben, der sich weiterentwickelt. Und, ja: Für viele Menschen in Deutschland ist der Mindestlohn ein Segen, weil er einfach Sicherheit bietet und im Zweifel auch gerechter ist. Das ist völlig okay. Aber das Leitbild für eine Gewerkschaft, die im Tarif handlungsfähig ist, muss und sollte bleiben, dass die Gewerkschaften wieder ausreichend Kraft entwickeln, das in den Branchen selbst zu gestalten.

Das Leitbild, das ich nicht für richtig hielte, wäre ein Mindestlohn mit einer quasi tarifähnlichen Fortentwicklung beim Staat, ein Mittellohn mit einer entsprechenden Fortentwicklung beim Staat und ein Maxi-Lohn durch den Staat. Damit wären wir am Ende bei einer staatlich-gesellschaftlichen Lohnkommission, die darüber redete, wie man Löhne festlegt. Ich kann im Moment nicht erkennen, dass dies die gewerkschaftliche Sache voranbringt. – Ich weiß, was die Parteien diskutieren. Sie schauen aus einem anderen Blickwinkel.

Es gibt viele Branchen, in denen das, was ich heute sage, nicht überzeugen wird. Deswegen habe ich auch nichts dagegen, Zwischenlösungen zu finden. Wir brauchen Zwischenlösungen zum Beispiel in Varianten der Allgemeinverbindlichkeit. Auch Allgemeinverbindlichkeit bedeutet, wenn man sie zu Ende denkt: Irgendjemand macht einen Tarifvertrag, und dieser wird dann sozusagen für alle ausgeweitet, quasi als sozialpolitische Implikation, weil es gerecht ist. Aber ich meine, das ist immer noch keine Alternative dazu, Gewerkschaftsmitglied zu sein, mitzumachen und einen Tarifvertrag abzuschließen. (Beifall)

Das ist das Missverständliche. Ich fühle mich dabei nicht ganz wohl. Das will ich zugeben. Das ist schwierig, gerade wenn man sich in der Presse äußert.

Deswegen will ich noch einmal deutlich sagen: Ja, wir müssen es jetzt machen, weil es viele Menschen gibt, die von den Grundsatzklärungen, die ich gerade abgegeben habe, nicht erfasst werden. Für die muss man jetzt etwas machen. Im Zweifel bin ich auch für Allgemeinverbindlichkeit – zum Beispiel in der Bauwirtschaft, wo das quasi das Instrument der Wahl ist –, für eine Erleichterung und auch dafür, die Widerspruchsrechte der Arbeitgeber zu senken. Diese – die Spitzenverbände – können das nämlich blockieren.

Das können wir alles machen, aber das darf und sollte nicht unser Leitbild und Ziel werden. Es sollte ein Instrument sein, mit dem man die größten Verzerrungen, die sich nach neoliberaler Politik eingestellt haben, beseitigt. Dann muss es bei der Tarifbindung vorangehen.

Ich denke, dies eint uns und ist gar kein Widerspruch. Ich werde mich bemühen, unmissverständlicher zu klingen. Je klarer desto besser. Vielen Dank. (Lebhafter Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Wir machen jetzt eine Kaffeepause bis 11:15 Uhr. Danach übernimmt Sebastian Burdack die Sitzungsleitung.

(Unterbrechung von 10:45 bis 11:23 Uhr)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Bevor wir gleich in die Antragsberatung einsteigen, erhält der Vorsitzende der Antragskommission, Michael Klippel, das Wort. Er gibt uns vorab zu den unterschiedlichen Antragsempfehlungen einige kurze Erläuterungen, wie das genau zu handhaben und zu verstehen ist.

Gleichzeitig bitte ich schon die Mitglieder der Satzungscommission, nach vorne zu kommen und ihren Platz einzunehmen; links von der Bühne sind die entsprechenden Plätze vorbereitet. – Danke sehr.

MICHAEL KLIPPEL (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nicht dass Ihr Euch wundert: Ich habe mit der Satzungscommission eigentlich nichts zu tun, aber das Prozedere ist ähnlich wie bei der Antragskommission, sodass wir uns darauf verständigt haben, dass ich die Einführung zur Antragsberatung mache. Volker wird dann nachher noch ein paar Takte dazu sagen, weil es bei Satzungsanträgen – das sieht die Satzung auch vor – diverse andere Abstimmungsprozedere gibt, als wir es von den normalen Anträgen gewohnt sind. Da genügt die einfache Mehrheit zur Annahme, bei den Satzungsanträgen gibt es durchaus Differenzierungen. Darauf wird Volker gleich zu sprechen kommen.

Bevor wir in die Beratung von insgesamt 391 Anträgen – 368 Anträge, 22 Satzungsanträge und 1 Initiativantrag wurden gestellt – einsteigen, möchte ich eingangs noch ein paar Dinge sagen, zum einen eine persönliche Bemerkung machen und zum anderen erklären – das ist die Hauptaufgabe, die ich heute zu erledigen habe –, wie das Antragsberatungsprozedere insgesamt vonstattengeht, was wir zu beachten haben, auch was die Empfehlungen der Antragskommission angeht, damit wir hier einen ordnungsgemäßen Verlauf haben.

Ich war ein bisschen unangenehm berührt, als ich am Montag den Pressespiegel in die Finger bekam und direkt im ersten Bericht las: 400 Gewerkschafter zwischen Folklore und Zukunftsthemen. Da wurde ein Spitzenfunktionär in Bezug auf die Anträge zitiert: Vieles davon ist natürlich Folklore, und es gibt dann noch das eine oder Zukunftsthema. Ich muss schon sagen: Das hat mich insoweit berührt, als ich denke, dass es jeder Antragsteller und damit auch jeder Antrag erst einmal verdient hat, dass man ihn ernst nimmt. (Beifall) Das hat für mich schlicht und ergreifend etwas mit Wertschätzung zu

tun. Da hat jemand, glaube ich, die falsche Auffassung davon, wie man mit solchen Anträgen umgeht.

Manchmal gibt es natürlich Anträge, die von der Struktur her eher einfach sind. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie nicht das Thema genau auf den Punkt bringen. (Beifall) Es gibt wiederum andere Anträge, die mehrere Seiten umfassen, die man erst einmal genau lesen muss, damit man den Punkt findet. Und keiner davon ist irgendwie schlechter. (Beifall) Ich wollte das hier nur noch einmal klarstellen.

Bei dem Begriff „Folklore“ muss sich die Antragskommission so vorstellen, als sei sie die Bauchtanztruppe des Ganzen, die dem noch so richtig Vorschub leistet. Das sind wir mitnichten. Wir haben jeden Antrag persönlich angefasst. Wir haben über jeden Antrag diskutiert. Ich denke, so ernst, wie die Antragskommission das genommen hat, so ernst sollte das auch der Kongress nehmen. (Beifall)

Die Antragskommission besteht aus acht Vertretern aus den Landesbezirken sowie einer Vertreterin der Frauen und einer Kollegin der Jugend.

Am Anfang des Kongresses wurde gesagt, dass wir schon vom Beirat installiert wurden, weil wir natürlich vor dem Kongress unsere Arbeit aufnehmen mussten, damit Euch die Empfehlungen bzw. die Anträge heute nicht nur nach Eingangsdatum sortiert vorliegen. Das wäre wirklich sehr chaotisch und würde die einzelnen Themen völlig aus dem Zusammenhang nehmen. Das alles haben wir gemacht.

Wir haben die Anträge den einzelnen Sachgruppen zugeordnet – das findet Ihr auch in den einzelnen Antragsblöcken – und dementsprechend Empfehlungen ausgesprochen. Das ging in der Regel relativ zügig und trotzdem teilweise, weil in der Antragskommission natürlich unterschiedliche Meinungen erwünscht sind, putzmunter. Aber wir konnten uns am Schluss immer auf eine Empfehlung einigen.

Welche Empfehlungen konnten wir überhaupt abgeben? Das ist zum einen die Empfehlung „Annahme“. Das ist einfach, das versteht jeder. Dann kann man immer noch darüber diskutieren, ob der Antrag angenommen werden soll oder nicht, aber „Annahme“ ist erst einmal eine klare Empfehlung unsererseits.

Weiter gibt es die Empfehlung „Annahme mit Änderungen“. Manchmal war es notwendig, zum Beispiel aus einem aktuellen Anlass heraus oder um einen Fachbegriff zu konkretisieren, der aus dem Antragstext bzw. aus der Überschrift vielleicht nicht so klar hervorging, dass wir eine andere Formulierung wählten. Die ist dann extra ausgewiesen. Ihr findet sie immer in der Spalte rechts bei den Anträgen, sodass man das sehr gut nachvollziehen kann.

Dann gibt es – zwar nicht häufig, aber es kommt vor – die Empfehlung „Ablehnung“. Der Begriff ist auch deutlich. Das haben wir in wenigen Fällen ausgesprochen. Wir werden aber während der Antragsberatung begründen, warum wir zu der Empfehlung „Ablehnung“ gekommen sind.

Es gibt noch die Empfehlung „Erledigt“. Auch hier werden wir sagen, warum das so ist. Manchmal gibt es gleichlautende Anträge. Dann ist das Prozedere so: Wir haben das höchste Sitzungsgremium, das einen Antrag eingereicht hat, obenan gestellt und alle anderen Anträge hintenan aufgelistet. Es geht also kein Antrag verloren, sondern alle Anträge tauchen auf. Ein Thema wird ja nicht besser, nur weil wir es zehnmal gleichlautend beschließen; da sollte ein Beschluss genügen. Alle Anträge werden dann auch so angefügt.

Dann gibt es noch die Empfehlung „Nichtbefassung“. Das ist aber eher die absolute Ausnahme. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen kann es sein, dass sich ein Antrag schlicht und ergreifend durch Zeitablauf bis zum Kongress erledigt hat. Ihr erinnert Euch: Die Bezirkskonferenzen waren zum Teil schon im Januar/Februar bis in den März hinein. Bis heute – wir haben Oktober – kann es durchaus die eine oder andere

Veränderung gegeben haben, wenn zum Beispiel neue Gesetze verabschiedet wurden und die Forderung des Antragstellers genau in diese Richtung ging. Dann nutzt es nichts, wenn wir hier noch einmal über den Antrag diskutieren; denn die Forderung aus dem Antrag wurde schon umgesetzt.

Zum anderen gibt es Anträge, die explizit auf einen bestimmten Betrieb oder eine bestimmte Region abzielen, zumal nur dort dieses Problem besteht. Nun ist der Kongress nicht das Gremium, mit dem wir die ganze Welt verbessern können – insbesondere vielleicht auch nicht die Welt dessen, der den entsprechenden Antrag gestellt hat. Denn aus den Erfahrungen heraus kann man sagen: Das ist dann eher ein Thema, das sehr lokal in den Bezirken stattfindet oder, wenn es ein größeres politisches Thema ist, durchaus auch in den Landesbezirken behandelt wird, aber nicht Thema des Kongresses sein sollte. Wir werden hier gegebenenfalls, sollten wir das empfohlen haben, noch einmal darauf zurückkommen.

Als weiteres Kriterium haben wir „Annahme als Material zu einem Antrag“. Es kommt sehr häufig vor, dass vergleichbare Anträge auf mehreren Konferenzen beschlossen wurden. Dann haben wir in der Regel den am weitesten gehenden Antrag zur Beschlussfassung empfohlen und die anderen Anträge, die ein ähnliches Thema beschreiben, aber vielleicht einen Teilaspekt etwas anders sehen, diesem Antrag als Material zugeordnet, weil wir es für wichtig halten, dass das, was in den anderen Anträgen beschrieben wurde, in der Diskussion um den eigentlichen Kern des Antrags nicht verloren geht.

In der Vergangenheit haben wir immer mal wieder darüber debattiert, ob das nicht eine Beerdigung erster oder zweiter Klasse sei. Wenn ich einen Antrag beerdigen will, dann empfehle ich ihn zur Nichtannahme oder zur Nichtbefassung. In dem Moment, in dem er einem anderen Antrag als Material beigefügt wird, ist er Bestandteil dieses Antrags und ist bei zukünftigen Beratungen, in welchem Gremium auch immer, mit in die Diskussion einzubeziehen.

Damit uns da nichts verloren geht, haben wir sehr oft den Weg „Annahme als Material zu einem Antrag“ gewählt – oder auch „Weiterleitung an den Hauptvorstand“. Das ist ebenfalls ein Kriterium. Darunter fallen oftmals Themen, die, zumindest nach unserem Empfinden in der Antragskommission, noch nicht endgültig ausdiskutiert sind, aber noch weiterverfolgt werden müssen. Die Annahme eines Antrags stellt immer eine absolute Position dieses Kongresses dar. Wenn wir der Meinung waren, dass zwar vielleicht Widersprüche zwischen Anträgen bestehen, aber die Aspekte dieser Anträge durchaus wichtig sind und auch weiterbehandelt oder weiterverfolgt werden müssen, haben wir sehr oft „Weiterleitung an den Hauptvorstand“ empfohlen.

Das ist insbesondere da wichtig, wo wir uns mit tariflichen Themen beschäftigen. Dort haben wir uns fast immer für „Weiterleitung an den Hauptvorstand“ entschieden. Schließlich halten wir das Thema „Autonomie der Tarifvertragsparteien“ sehr hoch. Das gilt sowohl im Allgemeinen als auch für unsere eigenen Tarifkommissionen. Diese führen ja interne Abstimmungsprozesse über die Themen durch, die sie in zukünftigen Tarifrunden dann weiterverfolgen wollen, bzw. stellen Forderungen auf. Da sind die Tarifkommissionen autonom. Ein Kongress – das sehen unsere Satzung und alle unsere Richtlinien nicht vor – hat den Tarifkommissionen nicht vorzuschreiben, wie sie ihre Arbeit zu machen haben.

Damit diese Themen aber durchaus in die Tarifkommissionen einfließen können, empfehlen wir „Weiterleitung an den Hauptvorstand“, damit das zuständige Mitglied des Hauptvorstandes – im gHV ist für das Thema Tarif, wie wir ja mittlerweile wissen, Ralf Sikorski zuständig – diese Themen auch in die Tarifkommissionen mitnehmen kann.

Dieses Thema hat bei den Kongressen immer mal wieder für Verwirrung gesorgt. Deswegen habe ich mir hier die Zeit genommen, noch einmal ganz dezidiert darauf einzugehen.

Im Übrigen ist es wichtig, dass ihr wisst, wie man nachvollziehen kann, was mit den Anträgen passiert; denn auch diese Frage taucht immer wieder auf. Ihr habt alle einen ganz dicken Ordner mitgeschickt bekommen. Wer sich schon einmal die Arbeit gemacht hat, die Kunststoffhülle abzunehmen und dort hineinzugucken, wird festgestellt haben, dass es Erledigungsvermerke über Anträge gibt. Das ist der eine Weg, auf dem man zumindest schon einmal nachschauen kann: Sind die Themen, die auf dem letzten Kongress wichtig waren, denn wirklich vom Hauptvorstand aufgegriffen worden? Hat er sich damit beschäftigt?

Das ist aber nur ein Teil dieses Themas. Natürlich gibt es, wenn Themen behandelt werden, immer Rückmeldungen an die Landesbezirke bzw., wenn der Ursprungsantragsteller ein Bezirk ist, auch Rückmeldungen an die entsprechenden Bezirke. Insofern muss man nicht bis zum nächsten Kongress warten, um dann eine Auskunft über den Verbleib seines Antrags zu bekommen, sondern kann sich auch vertrauensvoll an seinen Bezirk wenden oder bei seinem Landesbezirk anklopfen und fragen, wie denn nun der Sachstand zu diesem oder jenem Thema ist. – So viel als Einführung zur Antragsberatung.

Ich wünsche uns nun eine lebendige, aber auch sachliche Antragsberatung. Wir haben ein ambitioniertes Programm, das immer wieder durch Politikbesuche unterbrochen wird. Das ist auch völlig okay; denn sie sind ebenfalls wichtig. Wir müssen uns aber auch die Zeit nehmen, hier über die Anträge entsprechend zu beraten. Morgen werden wir im Laufe des Tages dann feststellen, wie weit wir in der Antragsberatung sind. Entsprechend werden wir den Donnerstagnachmittag auch nutzen. Hier wurde ja schon gesagt, dass am Donnerstag gegebenenfalls erst um 19 Uhr Schluss sein soll. Das wird morgen noch einmal zu beraten sein. Wir müssen ja schauen, dass wir am Freitag entsprechend fertig werden – denn Ihr habt alle Eure Züge oder sonstige Dinge gebucht –, sodass wir den Kongress dann auch pünktlich beenden können.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine schöne Antragsberatung. Wie es bei den Tributen von Panem immer so schön hieß: Möge die Antragsberatung beginnen! – Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Michael, für Deine Ausführungen und auch für den zu Beginn gegebenen Hinweis auf den Respekt vor jedem Antrag. Das ist für einen guten Verlauf eines Kongresses sehr wichtig, denke ich.

Ich rufe nun auf:

Tagesordnungspunkt VI

Anträge zur Satzung

Traditionsgemäß – so sagte man mir – beginnen wir mit den Anträgen zur Satzung. Ihr findet sie unter dem Register 5 ganz vorne unter dem Sachgebiet S.

Ein paar Worte zum Verfahren: Zunächst wird der Vorsitzende der Satzungskommission, der Kollege Volker Weber, den Antrag aufrufen und die Empfehlung der Satzungskommission abgeben. Danach kann der Antragsteller als Erster das Wort erhalten, wenn er – oder sie – es wünscht. Daran schließt sich, sofern weitere Wortmeldungen vorliegen, die Debatte zum aufgerufenen Antrag an. Dieses Verfahren ist unter dem § 3 in der Geschäftsordnung geregelt.

Ich habe noch eine Bitte zu den Wortmeldezetteln: Bitte vermerkt darauf, ob Ihr Antragsteller seid oder Redner, der an der Diskussion teilnehmen möchte. Das macht für uns hier vorne die Organisation einfacher.

Nach der Diskussion werden wir dann zur Abstimmung aufrufen. – So weit die Vorbe-
merkungen. Volker, Du hast nun das Wort.

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich Michael herzlich für die ausführliche Darstellung, wie wir in der Antragsberatung mit den einzelnen Anträgen umgehen und was es mit den Empfehlungen auf sich hat. Das war sehr sinnvoll. Schließlich sind hier neue Delegierte anwesend, die in diesem Bereich keine Routine haben. Außerdem gibt es, wie Michael schon erwähnt hat, immer wieder Irritationen, was die eine oder andere Empfehlung bedeutet.

Michael, herzlichen Dank dafür. Das erspart mir, einige Erläuterungen zu machen.

Abweichend davon haben wir bei den Satzungsantragsberatungen noch ein paar Dinge zu beachten, die ich Euch vorab noch mal verdeutlichen will.

Die Satzungskommission hat, anders als die Antragskommission, gemäß § 23 unserer Satzung die Aufgabe, dem Gewerkschaftskongress die gestellten Satzungsanträge zu erläutern und Empfehlungen für die Beschlussfassung zu geben.

In der Satzung ist weiterhin festgelegt, welche Paragraphen mit einfacher Mehrheit und welche mit Zweidrittelmehrheit geändert werden können oder welche Änderungen sogar eine Vierfünftelmehrheit der stimmberechtigten Kongressdelegierten benötigen. Es ist das Wesen dieser Satzung, dass manche Veränderungen nicht mit einfachen Mehrheiten, sondern nur mit qualifizierten Mehrheiten vollzogen werden können.

Auch beim Grundgesetz müssen größere Mehrheiten und nicht nur einfache Mehrheiten des Bundestages zustande kommen, um eine Verfassung zu ändern. So ähnlich ist es auch bei uns geregelt. Wer das nachlesen möchte, findet die Regelung zu den erforderlichen Mehrheiten für Satzungsänderungen in § 15 unserer Satzung.

Um es Euch einfacher zu machen, werde ich bei jedem Satzungsantrag, den ich aufrufe werde, dazusagen, welche Mehrheit erforderlich ist, um die entsprechenden Änderungen vollziehen zu können.

Aufgrund der von der Mandatsprüfungskommission gemeldeten Anzahl von Delegierten liegt die Zweidrittelmehrheit bei mindestens 264 Stimmen. Eine Bitte vom Präsidium und auch von uns: Meldet Euch bitte deutlich, denn es ist nicht einfach, 264 von 396 anwesenden Delegierten abzuschätzen, insbesondere dann, wenn es bei der Abstimmung eng wird. Sonst muss durch die Zählkommission individuell ausgezählt werden.

Ich werde immer die einzelnen Anträge aufrufen und gleichzeitig die Empfehlung der Satzungskommission nennen. Wir haben als Satzungskommissionsmitglieder genauso wie die Antragskommission jeden Antrag intensiv beraten, ob er vom Hauptvorstand, von Bezirksdelegiertenkonferenzen oder von Landesbezirksdelegiertenkonferenzen kam, gewichtet, eine Empfehlung entwickelt und sie weitergeleitet, damit das in Euren Unterlagen mit abgedruckt ist.

Wenn ich den jeweiligen Antrag aufgerufen habe und die Empfehlung der Satzungskommission dazugesagt habe, übernimmt das Präsidium die Diskussionsleitung, nimmt also Wortmeldungen entgegen und führt dann die Abstimmung durch.

So weit zur Einleitung.

Ich rufe den ersten Antrag auf:

Antrag S 001

Änderung der Satzung

§ 2 Mitgliedschaft im DGB und internationalen Verbänden

Gestattet mir hier gleich einen Hinweis: Es ist leider ein redaktionelles Problem aufgetaucht. Hier brauchen wir noch eine Ergänzung. Es muss heißen: „Gremien *und Organe* des DGB“. Der Zusatz „und Organe“ ist bei uns untergegangen. Wir werden es nachher in dieser Fassung zur Abstimmung stellen.

Wir empfehlen die Annahme dieses Antrages. Wir wollen aber ein Missverständnis ausschließen: Die IG BCE bekennt sich nach wie vor, auch wenn wir diese Änderung vornehmen, wie in der Vergangenheit sehr ausdrücklich zum DGB als Dachverband. Aber wir haben bei der Prüfung der Satzung und auch in Kommunikation mit Juristen feststellen müssen – auch die Rechtsprechung macht es notwendig –: Es gehört zum Wesen eines Vereins, einer Vereinigung, wie wir als Gewerkschaft IG BCE es sind, dass die Kompetenz in Zuständigkeitsfragen, wenn sie neu formuliert werden müssen, abschließend bei uns liegt und wir deswegen auch die aktuellen Entwicklungen innerhalb des DGB und dessen, was wir als Ziel verfolgen, dort einbauen. Es gab ja auch in der Aussprache den Hinweis, welche Debatten wir jahrelang mit der Wasserwirtschaft hatten, bis es zu einer Einigung gekommen ist.

Wir wollen mit der Aufnahme dieser neuen Begrifflichkeit in der Satzung klarstellen, dass im Zweifelsfall immer die Organe der IG BCE die letzte Entscheidung haben, damit niemand von außen in unsere Satzung und Entwicklung eingreifen kann. Außerdem macht die IG BCE damit deutlich, dass wir uns Beschlüssen, die gegen die Interessen unserer Organisation gerichtet sein können, widersetzen können.

Daher brauchen wir aus unserer Sicht die Änderung dieses Satzungsparagrafen. Deswegen empfiehlt die Satzungskommission die Annahme dieses Antrages des Hauptvorstandes unter Aufnahme der erwähnten textlichen Ergänzung. Für die Änderung ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Volker, auch für die Empfehlung. – Es liegen uns zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Deshalb möchte ich gerne über die Empfehlung abstimmen lassen.

Wer folgt der Empfehlung der Satzungskommission? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – **Damit ist der Empfehlung der Satzungskommission gefolgt.** (Beifall)

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Schönen herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Ich rufe nun auf:

Antrag S 002

Änderung der Satzung

§ 3 Grundsatz, Ziele und Aufgaben

Diese Ergänzungen sorgen aus unserer Sicht und aus Sicht des Hauptvorstandes für eine genauere Darstellung der Grundsätze und Werte der IG BCE. Die Änderung soll auch herausstellen, wofür die IG BCE steht und eintritt. Es hilft uns, sich von Gegnern unserer Werte, Ziele und Grundsätze deutlich abgrenzen zu können.

Ein Kernsatz des Antrages lautet:

Die IG BCE orientiert ihr Handeln am solidarischen und respektvollen Miteinander, an sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Gleichberechtigung, unabhängig von Geschlecht, Alter, Qualifikation, Herkunft, Religion und Weltanschauung sowie politischer oder sexueller Orientierung.

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, und alle Ziele und Aufgaben, die sich daraus ergeben, sind unser Maßstab, der an eine Mitgliedschaft in der IG BCE angelegt werden muss.

Im Vorfeld zum Kongress sind von Konferenzen diverse Anträge zu der Frage auf den Weg gebracht worden: Wie gehen wir mit Gegnern unserer Organisation um? Wie können wir das so gestalten, dass wir, wenn es im Ernstfall sein muss, solche Gegner gar nicht in unsere Organisation hineinlassen oder eine Möglichkeit haben, uns von diesen Gegnern der IG BCE zu trennen?

Deswegen haben wir – ich hatte es im Rechenschaftsbericht angedeutet – mit Vereinsjuristen zusammen genau geschaut, wie wir das zukünftig auf den Weg bringen können. Die beste Lösung ist, das nicht an bestimmten Begriffen festzumachen, sondern grundsätzlich zu sagen: Wer bei uns Mitglied werden will, wer bei uns Mitglied ist und wer bei uns Mitglied bleiben will, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss sich diesen Werten und Grundsätzen in Zukunft verpflichtet fühlen. Wenn es das nicht tut, haben wir mit den Neuformulierungen Möglichkeiten geschaffen, um entsprechend handeln zu können. (Beifall)

Für diesen Antrag haben wir Annahme empfohlen, und für die Zustimmung ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank für Eure Empfehlung. – Es liegen keine Wortmeldungen zu diesem Antrag vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Empfehlung der Satzungskommission? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das sah nach Einstimmigkeit aus. **Damit haben wir den Antrag angenommen.** (Beifall)

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, manchem ist vielleicht noch nicht ganz so bewusst, welche Änderung, die sehr wichtig ist, wir damit auf den Weg gebracht haben. Ich hoffe, dass wir manches, was wir jetzt auf den Weg gebracht haben, gar nicht brauchen werden, sondern dass wir in unserer Organisation Menschen haben, die sich diesen Werten, Zielen und Aufgaben der IG BCE immer ganz klar verpflichtet fühlen. Jetzt haben wir allerdings auch eine Chance und Möglichkeit, uns mit Gegnern auseinanderzusetzen. – Recht herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Ich rufe nun auf:

Antrag S 003

Änderung der Satzung

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

Die entsprechenden Änderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bilden die entstandene Praxis in unsere Organisation beim Eintritt in die IG BCE besser ab. Das war nicht immer genau klar und scharf genug geregelt. Wenn es um die Frage geht, wer bei

uns Mitglied werden darf, müssen wir in der Satzung klar herausarbeiten, wie wir den Eintritt in die IG BCE für neue Mitglieder abbilden.

Gleichzeitig wollen wir mit dieser textlichen Veränderung eines viel eindeutiger regeln: Das neue Mitglied muss sich in Zukunft verbindlich an der Satzung orientieren. Wenn es das nicht tut – das gilt auch in Bezug auf die vorhin beschlossenen Werte und Grundsätze –, dann können wir mit dem Mitglied reden und notfalls Konsequenzen daraus ziehen.

Auch hier lautet die Empfehlung der Satzungskommission Annahme. Für die Zustimmung dieser Änderung reicht die einfache Mehrheit aus. Ich glaube allerdings, je deutlicher die Mehrheit auch bei diesem Antrag ist, desto klarer wird jedem, wer bei uns als Mitglied etwas zu suchen hat und wer gegebenenfalls nicht.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank für Eure Empfehlung. – Auch hier liegen uns keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Empfehlung der Satzungskommission? – Wer ist dagegen? – Die Enthaltungen! – Zwei Gegenstimmen, keine Enthaltungen. **Damit ist der Antrag angenommen.** (Beifall)

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Danke schön. – Ich rufe auf den

Antrag S 004

Änderung der Satzung

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

Natürlich ist klar: Mit S 003 beschäftigen wir uns am liebsten, dem Eintritt von Mitgliedern. Aber was auch immer wieder einmal vorkommt und sich nicht vermeiden lässt, ist die Beendigung der Mitgliedschaft.

Mit dem S 004 wollen wir eine Änderung des § 6 der Satzung, Beendigung der Mitgliedschaft, herbeiführen. Auch das ist eine Präzisierung der Satzung. Denn diese Änderung beschreibt, wie ein Austritt zu erfolgen hat und dass damit gleichzeitig alle erworbenen Mandate in der IG BCE enden. Das ist auch ein Punkt, den wir ändern müssen. Denn bisher war nicht klar und scharf genug geregelt, dass jemand, der sich im Austrittsverfahren befindet, der uns gegenüber seinen Austritt erklärt hat, alle Mandate in der IG BCE verliert.

Manche haben in der Debatte gefragt: Muss das extra sein? – Ja, es stand nicht in der Satzung. Wenn etwas nicht geregelt ist, ist es in der Praxis offen. Also, hier wird das jetzt eindeutig geregelt, und deswegen empfehlen wir vonseiten der Satzungskommission auch Annahme dieses Antrages. Hier ist die einfache Mehrheit ausreichend.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank für Deine Empfehlung. – Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Die Enthaltungen! – **Damit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** (Beifall)

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Danke schön. – Ich rufe den

Antrag S 005

Änderung der Satzung

§ 7 Rechte und Pflichten des Mitgliedes

auf.

Auch hier wird noch einmal unterstrichen, dass jedes Mitglied verpflichtet ist, die Satzung und Beschlüsse einzuhalten. Das bezieht sich in dieser Neuregelung ganz besonders in Bezug auf die jetzt beschlossenen Grundsätze, Werte und Ziele der Gewerkschaft in § 3. Insofern verweise ich auf die vorhin beschlossene Änderung in § 3 der Satzung.

Die Empfehlung der Satzungskommission lautet Annahme des Antrages S 005. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Auch zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor.

Ich möchte die Delegierten bitten, über die Empfehlung abzustimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Die Enthaltungen! – **Somit haben wir den Antrag bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.** (Beifall)

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe

Antrag S 006

Änderung der Satzung

§ 9 Schieds- und Ausschlussverfahren

auf.

Hierzu haben wir eine relativ breite und intensive Debatte geführt, weil es eine Reihe von Anträgen dazu gegeben hat und der Leitantrag für uns im Mittelpunkt stand. Wir haben gesagt: Wenn wir immer alles aufzählen, wird es eventuell gar nicht enden. Wir wissen schließlich auch nicht, was sich noch alles an Parteien und politischen Organisationen bilden wird. Die kommen und gehen, und wenn das immer dazu führt, dass die Satzung geändert werden muss, dann ist das ein bisschen schwierig zu handhaben.

Deswegen halten wir es nicht für sinnvoll, eine sogenannte Ausschlussliste in die Satzung zu schreiben, in der jeweils die Partei bzw. Organisation aufgeführt ist. Vielmehr wollen wir das mit den in § 3 festgelegten Grundsätzen, Werten und Zielen der IG BCE verknüpfen; denn diese müssen der Bewertungsmaßstab sein, nicht aber die Gründung oder Auflösung. Uns geht es darum, ein sauber aufgestelltes Schieds- und Ausschlussverfahren zu haben, um uns mit Mitgliedern, die unserer Organisation aus politischen, religiösen oder sonstigen Motiven schaden wollen, auseinandersetzen zu können

Die Empfehlung der Satzungskommission lautet daher auch Annahme des Antrages S 006. Da es sich um eine gewichtige Änderung handelt, bedarf sie einer Zweidrittelmehrheit.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank für Deine Empfehlung. – Zu diesem Antrag liegen uns zwei Wortmeldungen vor, und als Erste wird Susanne Hengst aus dem Landesbezirk Nordost mit der Delegiertennummer 395 zu uns sprechen.

SUSANNE HENGST (Halle/Magdeburg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Bundestag wird eine Partei einziehen, deren Führungspersonen sich in vielen Reden in Bezug auf ihre Positionen nicht mit den Werten unserer IG BCE decken, sei es zum Thema Mitbestimmung oder auch zum Thema soziale Gerechtigkeit, um nur die harmloseren Beispiele ihrer Reden zu nennen.

Ursprünglich wollte ich hier mit Zitaten einiger der Redner starten. Aber ich fürchte, Teile dieser Reden könnten Euch verunsichern. (Heiterkeit) Aber nicht nur das. Bei allen diesen Zitaten stellen sich mir selbst alle meine Nackenhaare auf und mir läuft ein kalter Schauer über den Rücken.

Wenn ich mir vorstelle, dass ein IG-BCE-Mitglied mit solchen Äußerungen oder der IG-BCE-Fahne im Hintergrund auf einer Veranstaltung wie dieser oder auch nur einer Ortsgruppensitzung, einer Vertrauensleuteversammlung oder einem IG-BCE-Seminar auftritt, dann möchte ich persönlich die Möglichkeit haben, durch ein Schieds- oder Ausschlussverfahren die gesellschaftlichen Werte und Ziele erhalten zu können.

Für mich steht die IG BCE für Solidarität, für soziale Gerechtigkeit, für Gleichberechtigung und ein demokratisches Wertesystem. Wir sind nicht alle gleich, und das ist verdammt gut so. Wir sind individuell, wir sind speziell, wir sind einzigartig. Aber zusammen sind wir eine Gemeinschaft, die sich perfekt ergänzt und auf die wir stolz sein können. Wir grenzen niemanden aus, und wir stehen füreinander ein. Ich bin verdammt stolz, Teil dieser Gemeinschaft und Teil der IG BCE zu sein. (Lebhafter Beifall)

Mit der Standpunkte-Kampagne haben wir öffentlichkeitswirksam ein Zeichen gesetzt. Jetzt müssen wir Taten folgen lassen. Die Satzungsanpassung des S 006 ist im Grunde ein Fazit der folgenden Anträge, die Ihr auch seht, über die wir vielschichtig im Jugendbereich diskutiert haben. Das ist die logische und richtige Konsequenz.

Für mich ist das gesamte Thema ein Herzensthema, bedenke ich doch, wie viele Diskussionen wir in den letzten Monaten dazu geführt haben. Lasst und hier und heute ein klares Zeichen setzen für Solidarität, für Menschlichkeit, für eine tolerante und hilfsbereite Gesellschaft und für eine Welt und eine IG BCE, in der Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. (Starker Beifall)

Daher ruft die Jugend der IG BCE den 6. Ordentlichen Gewerkschaftskongress auf, diesem Satzungsänderungsantrag S 006 und somit auch der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig zu folgen. Und lasst uns den Mut haben, aktiv für unsere Werte einzustehen. – Vielen Dank. (Starker Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Susanne. – Als Nächsten möchte ich Ralf Adam zu Wort bitten.

RALF ADAM (Dresden)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist mein erster Kongress; ich bin deshalb verdammt aufgeregt. Und jetzt gucken wir einfach mal. (Beifall)

Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen. Dem gibt es kaum noch etwas hinzuzufügen.

Ich finde auch gut und richtig, dass wir uns hier im Satzungsantrag S 002 auf Werte verständigt haben. Das ist ganz toll.

Gut, richtig und wichtig und vor allem mutig finde ich die Positionierung unserer IG-BCE-Jugend in den Anträgen S 007 bis S 009. Sie sind eine klare Positionierung gegen Rechts, und ich denke, das ist einen Applaus wert. (Beifall)

Die drei Anträge S 007 bis S 009 sind dem Hauptvorstand und der Satzungskommission als Anliegen vorgetragen worden, das in der Satzung abzubilden, also den Ausschluss von Rechts. Für mich stellt sich die Frage, ob dies mit dem Satzungsantrag S 006 gelungen ist. Meiner Meinung nach zurzeit nicht. Aber vielleicht klärt sich das noch im Laufe der Diskussion auf.

Im Satzungsantrag haben wir eine Kombination aus – ich lese das mal konkret vor – „in Parteien, Vereinigungen und Organisationen, die für verfassungsfeindlich erklärt wurden, wie z. B. die NPD“ – und jetzt kommt es, das ist meine Baustelle – „sowie“ – das ist für mich eine Und-Verknüpfung – „bei der Unterstützung oder Mitgliedschaft in Parteien, Vereinigungen und Organisationen, die den in § 3 genannten Grundsätzen, Werten und Zielen der IG BCE entgegenstehen“, wie soeben beschlossen.

Die erste Frage, die sich mir stellt, lautet: Was heißt „verfassungsfeindlich erklärt“? Wer definiert das? Ich habe dazu im Vorfeld Gespräche geführt. Danach macht das das Bundesverfassungsgericht. Somit ist das allen klar. Die Satzungskommission wirft jetzt auch nicht mit Tomaten und Ziffern; deshalb habe ich da wohl richtig gelegen.

Was heißt das aber in der Praxis? Machen wir doch einfach mal den Praxistest. Ich habe jetzt den S 006 als gegeben genommen und wende ihn jetzt auf die NPD heute an; die NPD wurde ja 2017 für verfassungsfeindlich erklärt. Wenn ich nun den S 006 auf die NPD anwende, die 2017 für verfassungsfeindlich erklärt worden ist, dann ist die Bedingung erfüllt. Wenn ich zu dem Wörtchen „sowie“ komme und „sowie“ unseren Werten widerspricht, bezogen auf die NPD, dann sage ich: Ja, passt, Ausschlussmöglichkeit gegeben.

Jetzt gehe ich zurück ins Jahr 2016 und in die Zeit davor. Ich nehme dazu jetzt auch den S 006 zur Hand, wie er mir vorliegt. Zu diesem Zeitpunkt war die NPD noch nicht für verfassungsfeindlich erklärt. So, wie ich den Antrag, diese Formulierung darin, jetzt verstehe, also diese Und-Verknüpfung zwischen „verfassungsfeindlich erklärt“ und die Passage „die den in § 3 genannten Grundsätzen, Werten und Zielen“, dann verstehe ich das so, dass dann eine Ausschlussmöglichkeit für die NPD nicht möglich wäre.

Wenn ich das richtig verstehen sollte, dann würde das auch bedeuten, dass das bei anderen Parteien ebenso zu sehen wäre, wie Pro NRW, Die Rechte, Der dritte Weg, weil diese Parteien noch nicht für verfassungsfeindlich erklärt worden sind, aber natürlich unseren Werten widersprechen. Diese Frage möchte ich hier einfach aufwerfen: Was bedeutet das für uns?

Wir wollen mit unseren Anträgen ja unsere Satzung verbessern und nicht verschlechtern, und die Satzung sollte für uns klar und verständlich sein, auch für die Schiedskommission. Nach meinem jetzigen Kenntnisstand und nach meiner jetzigen Einschätzung halte ich diesen Satzungsantrag für eine Verschlechterung. Insofern würde ich besser damit leben können, wenn man die Aufzählung unter § 9 Absatz 1 Buchstabe d) erweitert.

Man sollte sich nur einmal in Erinnerung rufen, wie lange es gedauert hat, bis das Bundesverfassungsgericht die NPD verboten hat. Da gab es ja das Problem, dass der Verfassungsschutz alle seine Mitglieder aus der NPD abziehen musste, weil sich der Verfassungsschutz anderenfalls selber für verfassungsfeindlich erklären würde. Das würde dann auch schlecht funktionieren, obwohl er das meiner Meinung nach ist.

Insofern ist das eine Frage, die meiner Meinung nach am besten noch einmal die Satzungskommission oder vielleicht auch die Schiedskommission klären sollte. Vielleicht kann man uns hierüber aber auch einfach mal aufklären. Ich möchte einfach Klarheit darüber haben, was das bedeutet.

Vielleicht kann man das an dem Beispiel „Der dritte Weg“ einmal erklären; diese Partei ist ja meines Wissens noch nicht für verfassungsfeindlich erklärt worden. Aber deren Satzung verstößt eindeutig gegen unsere Grundsätze, Werte und Ziele. Was bedeutet das dann in Bezug auf unsere Satzung? Ist es möglich, diese Idioten dann bei uns auszuschließen? – Danke. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Ralf. Ich gebe das Wort wieder an die Satzungskommission.

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vielen Dank für die beiden Redebeiträge. Dadurch wurde auch sehr deutlich, wo die Problematik in der Beratung und in der Entwicklung von solchen Anträgen und auch bei Änderungen der Satzung besteht. Das ist nämlich gar nicht so einfach und oftmals auch sehr trocken, jedenfalls in der Wahrnehmung, hat aber enorme Bedeutung.

Wie wir im zweiten Redebeitrag gehört haben, sind Wörter auch Orientierung oder auch mal nicht Orientierung, wie in dem Fall hier, weil der Kollege das ja auch kritisch hinterfragt hat: Ist es eigentlich ein Rückfall in schlechtere Satzungsbedingungen, wenn wir hier etwas Neues beschließen?

Wir haben uns lange mit der Frage der Aufnahme von zusätzlichen Parteien oder Vereinigungen in die Satzung auseinandergesetzt. Schlussendlich sind wir, auch nach Rücksprache mit Juristen, zu dem Ergebnis bekommen, dass wir eine Ausschlussliste, in der genau der Name einer Partei oder einer Organisation steht – dann hätte man eindeutige Indizien für die Schiedskommission, um ein Ausschlussverfahren einzuleiten –, nicht für den richtigen Weg halten.

Warum? – Erstens hat uns auch die alte Aufzählung nicht geholfen, wenn sich neue Parteien entwickeln. Man muss sagen: Organisationen und Parteien über das gesamte Spektrum hinweg können sich ja schnell entwickeln. Das darf man auch nicht unterschätzen. Mit den Vorschlägen regeln wir ja nicht nur das Vorgehen für eine bestimmte Partei oder eine Partei, die gerade auf der Welle von Emotionen schwimmt und Zustimmung bei den Wählern erhält, sondern wir müssen das insgesamt sehen.

Deswegen war der Weg für uns und für die Organisation, zu sagen: Wir knüpfen das nicht jeweils an den Namen, an das Entstehen oder auch an das Auflösen von Parteien und Organisationen – denn dann wären wir in einem ständigen Wechsel dieses Satzungsabschnitts –, sondern wir machen das ganz anders: Für Mitglieder, die bei uns eintreten oder schon Mitglied sind und mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, weil sie die Werte und Grundsätze nicht erfüllen, brauchen wir ein Instrument, um uns von denen auch wieder trennen zu können. Insofern ist die Argumentation der Kollegin, die als Erste gesprochen hat, richtig. Auch das hat in diese Richtung gewiesen.

Das zweite Kernproblem ist, dass wir eine Vereinigung sind, die etwas mit dem Grundgesetz und dem verbrieften Recht auf Mitgliedschaft in der IG BCE zu tun hat. Auch aus diesem Grund ist das Ganze nicht so einfach. Bei einem normalen Verein, beispielsweise bei einem Gesangsverein, hat es gar keine Bedeutung, wer da wo Mitglied ist, höchstens für den Verein.

Gewerkschaften hingegen stehen unter einem besonderen Schutz, wie auch Arbeitgeberverbände, und zwar nach Artikel 9 unseres Grundgesetzes. Danach können sich Arbeitnehmer zu Gewerkschaften zusammenschließen, um ihre Interessen durchzu-

setzen. Gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass wir uns nicht so einfach von Mitgliedern trennen können. Vielmehr brauchen wir Regularien, um dies tun zu können. Denn das ist ein zunächst einmal vom Grundgesetz geschütztes Recht. Das macht die Sache ein bisschen komplizierter.

Wir müssen ein solches Verfahren glaubhaft durchführen können und brauchen daher Instrumente, mit denen wir unsere innere Verfassung, sozusagen die Verfassung der IG BCE, füllen. Wir müssen sagen können: Wer zu uns nicht passt, gehört nicht hinein. – Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat verfassungsfeindliche Parteien deklariert. Das ist im Moment nur eine, und die haben wir als Beispiel drin stehen. Das ist die einzige Erwähnung einer Organisation. Wir sagen aber, dass uns nicht nur das wichtig ist.

Du hast zu Recht beschrieben, dass ein Verbotsverfahren lang dauert. Wenn es so fehlerhaft abgelaufen ist wie bei der NPD, dann dauert es noch länger. Am Ende stand ja noch nicht einmal das Verbot, sondern nur die Erklärung, dass es sich um eine verfassungsfeindliche Partei handelt. Alle anderen, die wir im Moment in der Satzung aufgelistet haben, haben ein solches Verfahren gar nicht durchlaufen. Das allein ist also kein Indiz.

Deswegen haben wir bei der Formulierung die Kombination gewählt, dass wir sagen: Das eine ist eindeutig, kann aber länger dauern. Dann hat es die Schiedskommission etwas einfacher, weil sie sich darauf berufen und sagen kann: Das ist eine verfassungsfeindliche Organisation. – Da reden wir im Übrigen nicht nur von Parteien; das können auch Organisationen und andere Verbände sein. Wir müssen uns immer gegenwärtigen, was da im Hintergrund ablaufen kann.

Ein weiterer Punkt sind Mitgliedschaften in Parteien und Organisationen. Es gibt aber auch Vereinigungen, die nach dem Parteiengesetz keine richtigen Parteien, sondern lose Gruppierungen sind. Damit sind dann alle erfasst.

Die zukünftige Marschrichtung für die Schiedskommission bei Ausschlussverfahren lautet: Wir orientieren uns an dem, was wir darstellen. Für diejenigen, die nicht hineinpassen, haben wir ein einfacheres Verfahren. Ich will aber nicht sagen, dass ein Ausschlussverfahren eine einfache Sache ist; das ist äußerst schwierig und kompliziert. Wir werden aber in Zukunft für die Schiedskommission bessere Indizien in unserer Satzung stehen haben, um ein Ausschlussverfahren durchziehen zu können. Das war ja auch eine juristische Bewertung. Wir können dann auch sicherer sein, ein solches Verfahren zu gewinnen. Schließlich gibt es nichts Schlimmeres – ich nenne nur das erste NPD-Verbotsverfahren –, als wenn jemand mit Erfolg sagt: Die konnten mich gar nicht ausschließen.

Viele der Parteien, die ihr jetzt im Kopf habt und kennt, auch die AfD, über die wir uns aufregen, sind ja zu Wahlen zugelassene Parteien. Aber die staatlichen Apparate haben eben noch kein Indiz für eine Verfassungsfeindlichkeit gefunden. Diese Parteien sind nämlich nicht blöd; die haben auch Juristen. Die verfassen eine Parteisatzung, ein Parteiprogramm und auch ein Wahlprogramm, in denen nichts Schlimmes steht. Die werden nicht hineinschreiben: Wir treten an, Gewerkschaften abzuschaffen. Wir treten an, das Grundgesetz abzuschaffen. Wir treten an, um Ausländer aus dem Land zu treiben. – So verrückt und blöd sind die nicht. Die haben sehr gute Berater.

Einfache Mechanismen sind nicht der Maßstab für eine Schiedskommission, um ein Ausschlussverfahren innerhalb der IG BCE erfolgreich durchführen zu können. Deswegen kamen wir nach längerer Diskussion – das ging ja über mehrere Monate – zu dieser Variante. Wie gesagt: Das ist nicht das Ausschließen von irgendeiner Variante, sondern beides ist in Ergänzung zu sehen. Wir glauben, dass wir damit ganz gut aufgestellt sind. Deswegen haben wir die Annahme empfohlen. Nach Rücksprache mit der Satzungskommission wollen wir bei der jetzigen Formulierung bleiben und sie zur Ab-

stimmung stellen, nämlich die Annahme dieser Änderungen des Satzungstextes. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Volker. – Uns liegt noch eine Wortmeldung vor, und zwar von Uschi Samland aus dem Landesbezirk Westfalen mit der Delegiertennummer 302. Du hast das Wort.

USCHI SAMLAND (Gelsenkirchen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir können es ganz kurz machen. Alle Redner haben eigentlich die gleiche Aussage getroffen und ausgedrückt, was wir wirklich wollen. Meines Erachtens – meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirk sehen das genauso – würde es ausreichen, wenn wir die Worte „wie z. B. die NPD“ in Klammern setzen und das Wort „sowie“ gegen die Worte „und/oder“ austauschen. (Beifall) Das Wort „sowie“ impliziert ganz eindeutig: Ich muss zum einen die Bedingung erfüllen, Mitglied einer solchen Partei zu sein, *und* zum anderen gegen unsere Werte stehen. Wenn wir hingegen „und/oder“ schreiben, dann reicht es, wenn eine dieser beiden Bedingungen erfüllt ist. Damit wäre unser Ziel erreicht. – Vielen Dank. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Uschi. – Wir haben jetzt einen Vorschlag.

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Es war geplant, dass wir nach dieser Beschlussfassung noch die Anträge S 007, S 008 und S 009 aufgerufen hätten und dann in die Mittagspause gegangen wären. Wir haben den Auftrag erhalten – so haben wir das herausgehört –, dass sich die Satzungskommission noch einmal mit dem Antrag beschäftigen soll, und zwar aus dem Wort „sowie“ machen wir „oder“. (Zuruf: „Und/oder“!)

Wir schlagen vor, dass wir jetzt in die Mittagspause gehen, in der Satzungskommission beraten und nach der Mittagspause die S-Anträge wieder aufrufen. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Wir unterbrechen jetzt die Antragsberatung. Nach dem Mittagessen übernimmt Brigitte Bauhoff die Sitzungsleitung. Um 14:30 Uhr treffen wir uns wieder. Ich wünsche Euch einen guten Appetit! (Beifall)

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 12:22 Uhr bis 14:31 Uhr)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nehmt bitte Platz, damit wir mit der Antragsberatung weitermachen können.

Wir waren vor der Mittagspause bei Antrag S 006 stehen geblieben. Die Satzungskommission hat noch einmal nachgedacht. Ich gebe Volker Weber noch einmal das Wort dazu. Bitte sehr, Volker.

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben noch einmal beraten und können vieles von dem, was an Argumenten angeführt worden ist, nachvollziehen, insbesondere das Argument, wir sollten eine Formulierung finden, die zum einen etwas klarer ist als das, was vorgeschlagen ist, und die zum anderen für gewöhnliche Mitglieder besser lesbar und verständlicher ist.

Wir schlagen Euch jetzt vor, hinter dem Wort „NPD“ einen Punkt zu machen, sodass es lautet: „... in Parteien, Vereinigungen und Organisationen, die für verfassungsfeindlich erklärt wurden, wie zum Beispiel der NPD.“ Und dann geht es weiter: „Gleiches gilt bei Unterstützung oder Mitgliedschaft in Parteien, Vereinigungen und Organisationen, die den in § 3 genannten Grundsätzen, Werten und Zielen in der IG BCE entgegenstehen.“

Diese Änderungen möchten wir Euch vorschlagen. (Beifall)

Der Vorschlag lautet also: Annahme mit den jetzt vorgetragenen und zu Protokoll gegebenen Änderungen: das Wort „sowie“ zu streichen und durch die Worte „Gleiches gilt“ zu ersetzen sowie hinter dem Wort „NPD“ einen Punkt einzufügen.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Sagst Du bitte noch, ob eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist?

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ja, eine Zweidrittelmehrheit ist hier erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich lasse über den neuen Vorschlag der Satzungskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. **Damit wurde dem Antrag der Satzungskommission in veränderter Fassung einstimmig zugestimmt.** (Beifall)

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Die Satzungskommission bedankt sich noch einmal für die Anregungen. Durch die Diskussion haben wir jetzt den richtigen Pfad gefunden. Herzlichen Dank.

Ich rufe nun auf:

Antrag S 007

Ausschlussmöglichkeiten von Anhängern der Parteien „Der III. Weg“, „ProNRW“ und „Die Rechte“ aus der IG BCE

Antrag S 008

Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in einer radikal politischen oder radikal religiösen Vereinigung mit der Mitgliedschaft in der IG BCE

Antrag S 009

Nichtvereinbarkeit von Menschenfeindlichkeit und Rassismus mit der Mitgliedschaft in der IG BCE

Diese Anträge haben sich in ähnlicher Weise mit der Thematik befasst. Nach den Beratungen der Satzungskommission lautete hier die Empfehlung, diese Anträge aufgrund der zuvor vorgenommenen Änderung als erledigt anzusehen.

Für alle drei Anträge ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über die Empfehlung der Satzungskommission ab. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 010

Änderung der Satzung

§ 13 Rechtsschutz

Hier geht es darum, dass wir der Auffassung sind, dass nach 20 Jahren gemeinsamer Organisation redaktionelle Begriffe wie „im ehemaligen Organisationsbereich der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie“ nicht mehr zu einer längst zusammengewachsenen Identität passen und wir deswegen auch sagen, das passt nicht mehr in die heutige Zeit der IG BCE.

Wir wollen aber auch ausdrücklich hervorheben, dass durch diese Änderung die Qualität und das Angebot unseres eigenen Rechtsschutzes für die Mitglieder nicht berührt werden und dass der Rechtsschutz als solcher auch durch die Neufassung nicht angetastet werden soll. Es bleibt also bei dem Angebot des Rechtsschutzes für die Mitglieder. Es bleibt dabei, dass wir eigene Rechtsschutzbüros betreiben.

Deswegen sagt die Satzungskommission: Die Empfehlung lautet auf Annahme des Antrags. Hierfür ist die Zustimmung von zwei Dritteln der Delegierten erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Daher können wir direkt in die Abstimmung gehen. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. **Damit wurde auch dieser Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.** (Beifall)

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 011

Änderung der Satzung

§ 21 Finanzausschuss

Um als Gewerkschaft erfolgreich und nachhaltig arbeiten zu können, muss man auch finanziell gut ausgestattet sein. Seit Längerem verfolgt daher die IG BCE das Ziel, die Einnahmen- und Ausgabenseite zu konsolidieren und auszugleichen.

Inzwischen – das ist auch aus der Berichterstattung von Peter Hausmann hervorgegangen – ist es uns gelungen, die Ausgaben für das operative Geschäft der IG BCE, also für die Tätigkeiten, die wir am Mitglied und für die Mitglieder machen, durch die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu decken. Künftig sollen zudem, spätestens ab 2020 5 Prozent der Mitgliedsbeiträge dem Anlagevermögen und der Streikkasse der Gewerkschaft zugeführt werden; denn damit steigen die gewerkschaftlichen Hand-

lungsmöglichkeiten und gleichzeitig auch die tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit der IG BCE.

Das ist die Begründung für die Empfehlung der Satzungskommission, die auf Annahme lautet. Für diese Änderung der Satzung brauchen wir auch eine Zweidrittelmehrheit.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Danke, Volker. – Auch hierzu liegt keine Wortmeldung vor, und wir können direkt in die Abstimmung gehen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. – Stimmenthaltungen? – Auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.** Ich denke, das trägt zum Vermögensaufbau der IG BCE gut bei. Danke schön.

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 012

Änderung der Satzung

§ 17 Gewerkschaftskongress

Wir haben von Juristen den Hinweis bekommen, dass es sich bei der vorgeschlagenen Änderung um eine rechtliche Klarstellung und um die rechtlich notwendige Ergänzung handelt, dass die Delegierten des Gewerkschaftskongresses selbstverständlich Mitglieder der IG BCE sein müssen. In unserer Logik ist es zwar eine Selbstverständlichkeit, dass keiner zum Kongress geschickt wird, der nicht Mitglied der Organisation ist, aber dies steht nicht ausdrücklich in der Satzung. Dies ist eine kleine juristische Lücke, die wir damit schließen wollen. Mit der Begrifflichkeit, die wir jetzt aufnehmen wollen, ist es dann eindeutig geregelt.

Deswegen die Empfehlung der Satzungskommission: Annahme des Antrages. Auch hierfür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen mir keine Wortmeldungen vor. Daher gehen wir sofort in die Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit ist auch dieser Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 013

Änderung der Satzung

§ 27 Ortsgruppen

Hier lautet die Begründung: Begriffe wie „im ehemaligen Organisationsbereich der IG Bergbau und Energie“ passen nicht zu einer Zusammengehörigkeit der IG BCE und der Identität, die wir jetzt nach 20 Jahren sehr intensiv gefunden haben. Deswegen passt das nicht mehr in die Zeit.

Die Satzungsänderung ist auch eine Anpassung an die derzeit praktizierte Betreuungsarbeit in den Betrieben. Entsprechend der Satzung wird das Mitgliederinteresse im Betrieb von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten wahrgenommen. Die Arbeiten der bestehenden Betriebsortgruppen – das wollen wir ausdrücklich noch einmal betonen – bleiben unangetastet und werden auch fortgeführt. Die Neuregelung bezieht sich lediglich darauf, wenn eventuell noch Neugründungen geplant sind.

Wir empfehlen der Delegiertenversammlung die Annahme des Antrags. Auch hier ist die Zweidrittelmehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Drei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. **Das heißt, mit wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung wird der Empfehlung der Satzungskommission gefolgt.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 014

Änderung der Satzung

§ 28 Vertrauenskörper

Durch die Satzungsänderung wird klargestellt, dass auf der betrieblichen Ebene der Vertrauenskörper für die Interessenvertretung der Mitglieder im Betrieb zuständig ist. Der Vertrauenskörper wiederum wird ausschließlich von betriebstätigen Mitgliedern gewählt. Dem Vertrauenskörper soll daher auch die Entscheidung überlassen werden, ob er Ortsgruppenvorstandsmitglieder, die nicht im Betrieb gewählt wurden, in die betriebliche Vertrauensleutearbeit einbeziehen will.

Die Empfehlung der Satzungskommission zu diesem Antrag lautet Annahme. Auch hier ist wiederum die Zweidrittelmehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wir gehen in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Auch eine. **Das heißt, bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wird der Empfehlung der Satzungskommission gefolgt.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 015

Änderung der Satzung

Zusätzliche Ehrung der Jubilare nach 55 und 65 Jahren Mitgliedschaft in der IG BCE

Hier geht es um einen Antrag, zusätzliche Ehrungen der Jubilare und Jubilarinnen nach 55 und 65 Jahren Mitgliedschaft in der IG BCE vorzunehmen.

Die Antragsforderung geht bereits aus der Überschrift klar hervor. Langjährige Mitglieder gehören zweifelsohne zur Erfolgsgeschichte einer Gewerkschaft und damit auch zur Gewerkschaft IG BCE. Jubiläumsfeiern beweisen die hohe Wertschätzung unserer Organisation für unsere Jubilarinnen und Jubilare. Allerdings gibt es üblicherweise weder in anderen Gewerkschaften noch in Vereinen oder Verbänden sogenannte unrunde Jubiläen. Eine Ausweitung um Fünfjahresschritte würde das Besondere der bestehenden Jubilarregelung abwerten; denn sie soll weiterhin etwas Besonderes bleiben.

Das Thema des Antrags ist uns als Satzungscommission nicht neu. Ich hatte in der Berichterstattung über die vergangenen vier Jahre gesagt, dass wir uns schon mit ähnlichen Anträgen beschäftigt haben. Wir haben diese Anträge intensiv beraten. Wir haben organisationspolitisch abgewogen, aber es standen auch finanzielle Aspekte in der Diskussion, weil wir eine intensive Analyse der Altersentwicklung der Mitglieder vorgenommen haben. Danach haben wir festgestellt: Wenn man solch einer Regelung, wie sie hier beantragt wurde, nachkommen würde, dann würden die zusätzlichen Ehrungen die jetzt schon engen finanziellen Möglichkeiten der Ortsgruppen bei der Ausgestaltung von Jubilarfeiern entweder einschränken, weil nur begrenzte Mittel bereitstehen, oder die Bezirke würden mehr zur Kasse gebeten, was dann zu einem nicht unerheblichen Anstieg der Kosten führen würde. Das ist kein kleiner Betrag, sondern es sind sechsstellige Beträge. Wir haben aus der gesamten Mitgliederstatistik heraus ordentlich ausgerechnet, was uns das kosten würde.

Deswegen haben wir dieses Mal, nachdem wir uns in der Vergangenheit schon mehrfach mit solchen Anträgen beschäftigt haben, eine andere Empfehlung ausgesprochen, die Ablehnung lautet. Für die Beschlussfassung ist die einfache Mehrheit ausreichend.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen hierzu vor. Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Satzungscommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – 17 Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einige Enthaltungen. **Aber es ist klar, dass die Mehrheit der Empfehlung der Satzungscommission gefolgt ist.**

VOLKER WEBER (Satzungscommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 016

Änderung der Satzung

Stärkung der IG-BCE-Jugend auf den Delegiertenkonferenzen

Die Antragstellerin möchte, dass die Jugend für die jeweiligen Delegiertenkonferenzen eine Mindestanzahl von drei Mandaten zugewiesen bekommt. Wir befürchten, dass mit einer starren Quote von drei Mandaten die Jugend derzeit eher Mandate verlieren würde; man muss sich nur hier auf der Konferenz umschauen. Aber auch auf den regionalen Konferenzen waren wesentlich mehr Vertreter anwesend.

Die Gremien der IG BCE sind ohnehin schon durch Satzung und Richtlinien gehalten, die Personengruppe Jugend bei Mandatsvergaben entsprechend zu berücksichtigen. Die Wirklichkeit hat unserer Meinung nach die Intention des Antrags längst positiv überholt. Bestes Beispiel: Allein auf diesem Kongress verfügt die Jugend über 44 Mandate. Das ist immerhin ein Anteil von 11 Prozent.

Deswegen ist unsere Empfehlung Ablehnung des Antrags. Für die Entscheidung ist die einfache Mehrheit ausreichend.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wir können direkt darüber abstimmen. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Sieben Gegenstimmen. Enthaltungen? – 14 Enthaltungen. **Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission gefolgt.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 017

Änderung der Satzung

Ehrung der IG-BCE-Jubilare nach dem 60. Jubiläum in Fünfjahresabständen

Hier geht es um eine ähnliche Forderung wie in dem bereits behandelten Antrag S 015. Auch dieser Antrag geht in Richtung Ehrung der IG-BCE-Jubilare und -Jubilarinnen nach dem 60. Jubiläum in Fünfjahresabständen. Auch hier gilt die bereits zum Antrag S 015 von der Satzungskommission vorgetragene Auffassung. Deshalb lautet unsere Empfehlung Ablehnung. Für die Beschlussfassung reicht die einfache Mehrheit.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Daher können wir direkt in die Abstimmung gehen. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Es gibt Gegenstimmen. Enthaltungen? – **Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wurde die notwendige Mehrheit für die Annahme der Empfehlung der Satzungskommission erreicht.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Ich rufe auf:

Antrag S 018

Aufnahme der Notlagenunterstützung für Mitglieder der IG BCE in die Satzung

Wir haben uns damit beschäftigt. Die Intention der Antragsteller, Mitglieder in besonderen Notlagen zu helfen, wurde verstanden. Es handelt sich hier aber um ein anspruchsvolles Thema. Deswegen bedarf es auch der organisationspolitischen und finanziellen Diskussion und Beleuchtung aller Gesichtspunkte. Insofern müssen wir das intensiv beraten, bevor man es in Form einer fertigen Satzungsänderung beschließt.

Deshalb lautet unsere Empfehlung, diesen Antrag an den Hauptvorstand weiterzuleiten. Dieser wird sicherlich etwas dazu entwickeln und Material zur Verfügung stellen. Dann wird das in der Satzungskommission weiter behandelt – mit einer endgültigen Entscheidung des Hauptvorstandes zu diesem Antrag.

Unsere Empfehlung ist also: Weiterleitung an den Hauptvorstand. – Für die Beschlussfassung ist die einfache Mehrheit ausreichend.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu liegt mir eine Wortmeldung vor, und zwar vom Kollegen Hubert Bammert aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertennummer 359; er spricht als Antragsteller.

HUBERT BAMMERT (Ulm)

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Hauptvorstand! Der Antrag sagt zwar bereits alles aus. Lasst mich trotzdem dazu ein paar Worte an Euch richten.

„Solidarität“ haben wir in dieser Woche schon sehr oft gehört. Genau das war auch unser Ansporn, diesen Antrag einzureichen. Im Frühjahr 2016 hatten wir in kurzen Abständen im Kreis Biberach – das liegt ganz weit im Süden, wie man an meiner Aussprache hört – mehrere starke Unwetter. Ganze Ortschaften sind dabei von Wasser überflutet worden. Allein bei uns in der Firma standen fast 100 Mitarbeiter vor sehr großen finanziellen Problemen. Boehringer Ingelheim hat den Mitarbeitern sehr schnell mit seinem Notfallfonds unter die Arme gegriffen. Von Stadt und Kreis kamen nur viele Versprechungen, aber so gut wie keine Hilfe.

Die Vertrauensleute von Boehringer Ingelheim in Biberach haben daraufhin den Bezirk Ulm um Hilfe für ihre Mitglieder gebeten. Wenn nicht hier, wo dann kann man Solidarität erwarten! Der Bezirksleiter aus Ulm hat eine schnelle Hilfe zugesagt und diese auch umgesetzt. Sie erfolgte durch eine monetäre Unterstützung für circa 15 IG-BCE-Mitglieder. Dafür auch hier nochmals unseren herzlichen Dank! (Beifall)

Diese Hilfe kam bei den betroffenen Mitarbeitern und in der Belegschaft sehr gut an. Da keiner vor solchen Naturgewalten sicher ist, kann es auch jeden von uns, die wir hier sitzen, treffen. Deshalb bitten wir um Aufnahme der Notfallunterstützung in die Satzung der IG BCE analog der ehemaligen Unterstützung in der Satzung der IG Chemie, Papier und Keramik. Für Eure Unterstützung und auch die Unterstützung des Hauptvorstandes wären viele Mitarbeiter dankbar. – Danke und Glück auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Hubert. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich würde gerne über die Empfehlung der Satzungskommission abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Enthaltungen? – Drei Enthaltungen. **Bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen ist der Empfehlung der Satzungskommission Folge geleistet.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Danke schön. – Ich rufe auf:

Antrag S 019

Richtlinie Tarifpolitik VI Tarifkommission Ziffer 11

Der Antrag richtet sich schon von den Begriffen her direkt an den Hauptvorstand. Im Hintergrund steht hier die Frage, ob das Mandat in einer Tarifkommission automatisch erlischt, wenn ein Mitglied den aktiven Arbeitsprozess beendet.

Da sich dieser Antrag an den Hauptvorstand wendet, lautet unsere Empfehlung konsequenterweise auch: Weiterleitung an den Hauptvorstand. – Für eine Beschlussfassung ist die einfache Mehrheit ausreichend.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Daher gehen wir direkt in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Danke schön. – Wir kommen zu:

Antrag S 020

Konkretisierung Richtlinie Vertrauensleute

Bei diesem Antrag geht es um eine ähnliche Frage. Hier lautet die Forderung: Das Mandat endet gleichzeitig mit dem aktiven Ausscheiden aus dem Betrieb.

Deswegen empfehlen wir auch hier die Weiterleitung an den Hauptvorstand, damit er sich mit einer Überarbeitung der Richtlinie befassen kann. – Für eine Beschlussfassung ist die einfache Mehrheit ausreichend.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. – Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. **Damit wurde mit zwei Gegenstimmen der Empfehlung der Satzungskommission Folge geleistet.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Danke schön. – Ich rufe auf:

Antrag S 021

Anpassung der Mitgliedsbeiträge von Studenten mit HBS-Stipendien

Der Antrag fordert, dass bei allen Studentinnen und Studenten mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung die Höhe des Stipendiums als Grundlage für den Beitrag genommen wird. Eine Unterscheidung zwischen Studenten einerseits und Studenten der Hans-Böckler-Stiftung andererseits verstößt gegen Grundsätze der Gleichstellung, da beide Gruppen den gleichen Status haben. Die Richtlinie Beiträge, die es in der IG BCE bereits gibt, sieht ohnehin vor, dass bei Studenten von einem monatlichen Beitrag von *mindestens* 1,02 Euro ausgegangen wird. Es ist daher schon jetzt möglich, einen höheren Beitrag anzusetzen; das liegt in der örtlichen Entscheidung.

Deswegen lautet die Empfehlung der Satzungskommission zu diesem Antrag auch: Ablehnung. – Für eine Beschlussfassung ist die einfache Mehrheit ausreichend.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Daher möchte ich gerne darüber abstimmen lassen. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Vier Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Drei Enthaltungen. **Mehrheitlich wurde die Empfehlung der Satzungskommission angenommen.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Danke schön. – Ich rufe nun auf:

Antrag S 022

Jubilargeschenke

Der Antrag schlägt vor, Ideen für alternative Jubilargeschenke zu entwickeln. Das kann ein solcher Kongress nicht leisten.

Deswegen lautet unsere Empfehlung: Weiterleitung des Antrags an den Hauptvorstand, damit er sich mit dieser Thematik beschäftigt. – Für eine Beschlussfassung ist die einfache Mehrheit ausreichend.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Daher gehen wir direkt in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung. **Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission bei einer Enthaltung gefolgt.**

VOLKER WEBER (Satzungskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Anträge aus dem Bereich S. Ich bedanke mich für Eure konstruktive Arbeit und bei den Mitgliedern der Satzungskommission. Wir verlassen jetzt hier vorne das Podium und kommen zu den normalen Anträgen, die Ihr ja auch noch zu beraten habt.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit und Unterstützung! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch wir möchten uns bei der Satzungskommission für die wirklich anstrengende Arbeit und für die gute Vorbereitung bedanken. Ich denke, wir hatten dank Eurer Vorbereitung eine gute Beratung und sind in der Satzung wieder ein Stück weitergekommen. Herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Ich rufe jetzt auf:

Sachgebiet A – Gesellschaftspolitik

Ich bitte die Mitglieder der Antragskommission aufs Podium. – Ihr habt offensichtlich auch viel Papier dabei.

In den 34 Anträgen zur Gesellschaftspolitik wird eine breite Themenpalette angesprochen, ganz aktuell die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die noch einmal durch das Ergebnis der Bundestagswahl verstärkt im Bewusstsein sind. Wir befassen uns in den Anträgen kritisch mit Themen wie Populismus und konstruktiv mit dem Umgang mit Flüchtlingen oder der Gleichstellung von Männern und Frauen.

Sprecher der Antragskommission für das Sachgebiet A ist der Kollege René Dillmann. Wir beginnen mit dem Antrag A 001. – Ich darf Dir das Wort geben.

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Vielen Dank für die nette Einleitung. – Kolleginnen und Kollegen, ich darf Euch durch das Sachgebiet A – Gesellschaftspolitik – begleiten und rufe auf:

Antrag A 001

Gemeinschaft.Macht.Zukunft

Antrag A 002

Verstärkte Präsenz gegen Rechtspopulismus

Antrag A 003

**Wir stehen ein für ein tolerantes, weltoffenes, solidarisches
und demokratisches Deutschland**

und

Antrag A 004

Unsere Werte sind stärker als eure Parolen! Für eine solidarische Gesellschaft

Der Leitantrag A 001 – Gemeinschaft.Macht.Zukunft – formuliert auf wenigen Seiten das Selbstverständnis und ein Grundsatzprogramm unserer Gewerkschaft, die Antwort der IG BCE auf die verschiedensten Herausforderungen der heutigen Zeit.

Unsere Stärke: eine starke Gemeinschaft. Besonders deutlich wird das in einem Satz ausgesprochen:

„Unser Ziel ist eine Wirtschaft und Gesellschaft mit den Menschen im Mittelpunkt. Wir wollen durch solidarisches Miteinander und soziale Gerechtigkeit gleiche Lebenschancen für alle realisieren.“

Genauso klar erfolgt aber auch eine Abgrenzung gegenüber denjenigen, die das rigoros infrage stellen. Die IG BCE bekennt sich ausdrücklich zur Verteidigung demokratischer Werte und bekämpft diejenigen, die Meinungsfreiheit einschränken, Toleranz zurückdrängen und die repräsentative Demokratie infrage stellen wollen. Ein gesellschaftliches Klima, in dem Ressentiments, Hass, Ausgrenzung und Fake News vorherrschen, ist Gift für die Zukunftschancen und Entwicklungsperspektiven der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Klare Botschaft: Die IG BCE muss und will in unsicheren Zeiten Stabilität und Sicherheit vermitteln.

Der Antrag A 002 – Verstärkte Präsenz gegen Rechtspopulismus – fordert eine nach außen sichtbare Positionierung gegen Rechtspopulismus und Fremdenhass.

Der Antrag A 003 – Wir stehen ein für ein tolerantes, weltoffenes, solidarisches und demokratisches Deutschland – erwartet Maßnahmen, die insbesondere bildungspolitische und demokratieerziehende Aspekte umfassen.

Der Antrag A 004 – Unsere Werte sind stärker als eure Parolen! Für eine solidarische Gesellschaft – fordert eine aktive Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Taten und Parolen.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags A 001 mit einer Änderung in Zeile 315; das ist bei Euch auf Seite 6 des Antrags. Nach dem Wort „Balance“ soll der Halbsatz ergänzt werden: „die Beschäftigung und Zukunftschancen sichert und schafft.“ Der Satz heißt dann: „Die Energiewende braucht darum eine neue Balance, die Beschäftigung und Zukunftschancen sichert und schafft.“

Die Anträge A 002, A 003 sowie A 004 sollen als Material zu A 001 angenommen werden, da die von ihnen angesprochenen Inhalte bereits im Leitantrag enthalten sind.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Hierzu liegt mir eine Wortmeldung vor: Kollege Ralf Adam aus dem Landesbezirk Nordost mit der Delegiertennummer 073 zum Antrag A 003 und dort als Antragsteller. – Ralf, Du hast das Wort.

RALF ADAM (Dresden-Chemnitz)

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Antrag A 003 des Bezirks Dresden-Chemnitz – Wir stehen ein für ein tolerantes, weltoffenes, solidari-

ches und demokratisches Deutschland – noch ein paar persönliche Worte und Einschätzungen von mir an Euch richten.

Ich möchte mich kurz vorstellen: Ich bin Betriebsrat in einem sehr, sehr großen Halbleiterunternehmen in Deutschland, in Dresden, einem Unternehmen mit ca. 3.400 Mitarbeitern. Leider sind wir noch nicht tarifgebunden, aber meine Kollegen und ich arbeiten daran. (Beifall)

Ich komme also aus der Ursprungsstadt von Pegida, aus Dresden in Sachsen. Meine engsten Kollegen und ich hatten uns bereits nach den ersten, noch kleineren Aufmärschen von Pegida mit deren Inhalten kritisch auseinandergesetzt. Die ersten Thesen waren sehr unspezifisch; jeder konnte die Thesen für sich so interpretieren, wie er es wollte. Es war wie ein riesengroßer Mixer, in den man alles hineinschütten konnte: die Abschaffung der GEZ, Frieden mit Russland, die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, die Ablehnung von TTIP und CETA, die Einführung von Volksentscheiden und vieles mehr.

Es liefen aber bereits zu dieser Zeit genügend Nazis und Mitglieder der NPD in den Reihen von Pegida mit und stellten die Ordner. Sicherlich war es für viele Menschen nicht einfach, von Anfang an die hässliche Fratze des Rechtsextremismus, der Intoleranz und der Fremdenfeindlichkeit zu erkennen. Aber später, als die Maske gefallen war, als öffentlich ohne jede Scham gehetzt und jegliches Tabu gebrochen wurde, spätestens dann musste jedem klar sein, was diese Demagogen vorhaben: dass sie hetzen und nur noch Hass verbreiten, dass sie sich über andere erhöhen und ihren Hass gegen die Krisenopfer richten und nicht gegen die Krisenverursacher.

Der Vertrauensleutevorstand hatte sich bereits Ende 2014 im Unternehmen klar positioniert, die Pegida-Organisation entlarvt und ihr gesagt, was sie ist: rechts und faschistisch.

Und ja, dies hat auch unter unseren Mitgliedern zu heftigen Diskussionen und Austritten geführt – aber auch zu Eintritten. Wir als IG BCE stehen aber für Solidarität, für ein respektvolles Miteinander. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben da keinen Platz – und Nazis schon gar nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Und wenn dafür ein Reinigungsprozess innerhalb unserer Organisation notwendig ist, dann ist er eben notwendig.

Erschreckend war für mich, zu dieser Zeit zu sehen, wie Pegida von den Medien gehypt wurde. Die Teilnehmerzahlen an den Aufmärschen wurden durch Polizei und Medien künstlich aufgebläht. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei großen Teilen der sächsischen Bereitschaftspolizeieinheiten große Sympathien für Pegida und Co. bestanden und wahrscheinlich immer noch bestehen. Im Gegensatz dazu wurde versucht, den Gegenprotest zu kriminalisieren.

Der Aufstieg und der Niedergang von Pegida, obwohl immer noch rund 2.000 Menschen an den Spaziergängen teilnehmen, sind meiner Meinung nach nicht zu trennen vom Aufstieg der AfD in unserem Lande. Es sind die gleichen geistigen Brandstifter mit der gleichen menschenverachtenden Ideologie, nur in einem etwas anderen Gewand. Und auch den geistigen Brandstiftern von der AfD wird immer wieder die Gelegenheit gegeben, ihre menschenverachtende Ideologie breitzutreten.

Dass es im Jahr 2016 fast 1.000 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und über 2.500 Anschläge auf Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkünfte gegeben hat, wird kaum noch thematisiert. Auch heute gibt es fast täglich rassistische Übergriffe auf Flüchtlinge, auf politisch anders Denkende, auf Menschen, die sich für die Schwachen der Gesellschaft engagieren. Es ist aber kaum noch eine Schlagzeile wert, weil es bereits Normalität zu sein scheint, dass Häuser brennen. Verbale Entgleisungen sind ebenfalls kaum noch einen Aufreger wert. Wahrscheinlich müssen erst Menschen sterben, um die Normalität des Brandschatzens zu durchbrechen. Verantwortlich dafür sind natürlich

die Täter, aber auch Pegida, AfD und Co. und diejenigen, die diese Kräfte unterstützen und finanzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Hitler-Faschismus mit seinen über 50 Millionen Toten kam bekanntlich auch nicht über Nacht. Zehntausende Gewerkschafter, Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden in die Konzentrationslager gesperrt, gefoltert und umgebracht. Der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner forderte in dieser Zeit: Schafft die Einheit! – Dies ist eine historische Lehre, die nach 1945 gezogen wurde: die Notwendigkeit einer Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage des Antifaschismus. Dieses historische Gut und dieser Lehre aus dem Hitler-Faschismus gilt es heute zu verteidigen, gerade wenn seitens der AfD mit der Gründung gelber Gewerkschaften wie AidA oder AVA versucht wird, diese Einheit zu zerlegen, oder wenn wie in Zwickau und Erfurt zum 1. Mai die Kundgebungen des DGB massiv gestört oder gar attackiert werden.

Dank dieser Einheit von Christen, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten gelang es dem Bündnis Dresden Nazifrei, den europaweit größten Aufmarsch von Neonazis am 13. Februar in Dresden mit bis zu 12.000 Neonazis über drei Jahre zu verhindern. Heute ist dieser Neonaziaufmarsch Geschichte. Und wir mussten alle lernen, zusammenzuarbeiten, das, was uns trennt, beiseitezustellen, und das, was uns eint, ins Zentrum zu rücken.

Wehren wir alle gemeinsam den Anfängen! Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, reicht es denn auch aus, sich klar gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und rechten Terror zu positionieren? Oder sollte man nicht auch kritisch hinterfragen, wie es wieder so weit in unserem Land kommen konnte, wieso so viele Menschen die Lehren aus der Zeit des Hitler-Faschismus scheinbar vergessen haben? Oder ist es nur eine pervertierte Form unserer Gesellschaftsordnung, des Kapitalismus, weil diese keine richtigen Antworten auf die Probleme der Menschen in unserem Land findet?

Unabhängig von den Parteien müssen wir als Gewerkschaften uns fragen, welche gesellschaftlichen Antworten unser Land braucht. Denn wahrscheinlich haben auch wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir, die Gewerkschaften, wenig von der neuen Bundesregierung zu erwarten. Und gerade deshalb müssen wir meiner Meinung nach die soziale Frage noch stärker in den Mittelpunkt stellen, um eben auch hier den rechten Demagogen den Nährboden zu entziehen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Viele Menschen fühlen sich von der Gesellschaft abgehängt, ausgegrenzt und im Stich gelassen. Menschen fühlen sich entwürdigt und um ihre Lebensleistung betrogen. Nach 35 oder 45 Arbeitsjahren – und davon viele schlecht bezahlt – bleibt vielen Menschen eine Rente, von der sie nicht in Würde leben können. Endlich gibt es den Mindestlohn; dieser ist aber immer noch zu niedrig und reicht nicht wirklich zum Leben.

Das jetzt so viel gepriesene deutsche Jobwunder besteht doch zu großen Teilen aus statistischen Trickereien und der Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs, Befristungen und Leiharbeit. Die Menschen in diesen Arbeitsverhältnissen wissen doch heute schon, dass sie von ihrer Rente in Zukunft nicht werden leben können. Man nimmt den Menschen die Würde – und das mehrfach: mit Hartz IV, schlechten Löhnen, schlechten Jobs und mieser Rente.

Für die Zukunft unserer Kinder gibt es zu wenige Erzieher, zu wenige Lehrer. In den Krankenhäusern gibt es zu wenige Krankenschwestern. In den Altersheimen gibt es zu wenige Altenpfleger. Und all diese Menschen, die Dienst am Menschen tun, an den Schwachen der Gesellschaft, werden dafür oft noch schlecht bezahlt. Es geht also um die Würde der Menschen, die Hilfe brauchen, aber auch um die Würde der Menschen, die Hilfe geben. Ich verweise hier auf Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Es geht aber auch um die Wertigkeit solcher Berufe in unserer Gesellschaft. Ich frage Euch: Wieso ist ein Banker, ein Manager in dieser Gesellschaft so viel mehr wert als eine Krankenschwester oder ein Altenpfleger? (Beifall)

Was wir in Deutschland dringend brauchen, sind über alle Branchen hinweg mehr und gute Tarifverträge. Wir müssen uns offensiv gegen die Aushöhlungsversuche der Arbeitgeberverbände beim Mindestlohn und bei der Höchstarbeitszeit wehren. Und wir sollten uns, unabhängig vom Potsdamer Tarifmodell, für die 35-Stunden-Woche starkmachen. Und wir brauchen endlich die Angleichung zwischen Ost und West bei den Löhnen, bei der Arbeitszeit und bei der Rente. Um es mit den Worten von Wilhelm Leuschner zu sagen: Schaffen wir auch hier die Einheit! – Vielen Dank und Glück auf! (Lebhafter Beifall)

Und falls es jemanden interessiert: Es ging um die Firma GLOBALFOUNDRIES, die noch keinen Tarifvertrag hat. – Danke.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Adam. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – **Bei zwei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission Folge geleistet.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Ich rufe nun auf:

Antrag A 005

Stärkung des Ehrenamts

Der Antrag spricht eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und damit ein Thema für den DGB an. Die Kommission empfiehlt daher Weiterleitung an den Hauptvorstand, mit dem Ziel, das Thema auf DGB-Ebene zu behandeln.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Mir liegen zum Antrag A 005 keine Wortmeldungen vor.

Wir steigen direkt in die Abstimmung ein. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.** (Vereinzelt Beifall)

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann rufe ich auf den

Antrag A 006

Für eine wehrhafte Demokratie

Der Leitantrag behandelt die unterschiedlichsten Aspekte innerer Sicherheit. Er fordert auf, darauf hinzuwirken, alle Anstrengungen zu unternehmen, um dem Unsicherheitsempfinden der Menschen wirkungsvolle Maßnahmen entgegenzusetzen. Das soll auch denjenigen entgegenwirken, die versuchen, Unsicherheit zu schüren, um daraus politischen Profit zu schlagen.

Die Kommission empfiehlt Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Zum Antrag A 006 liegt mir eine Wortmeldung vor von Edeltraud Glänzer vom geschäftsführenden Hauptvorstand als Antragstellerin. Edi, Du hast das Wort.

EDELTRAUD GLÄNZER (stellvertretende Vorsitzende der IG BCE)

Vielen Dank, liebe Brigitte! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! René hat bereits auf einige wichtige Aspekte des Antrages hingewiesen. Wir wollen als Hauptvorstand gerne diesen Antrag auf den Weg bringen und damit wichtige Zeichen setzen.

Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist ein ganz zentrales Thema in unserer Gesellschaft. Wir alle, Frauen und Männer, wollen uns ohne Angst zu jeder Tageszeit und an jedem Ort nicht nur sicher fühlen, sondern wir wollen auch sicher sein. Wir wollen Vertrauen haben in staatliche Behörden und deren Kraft und Durchsetzungsstärke, und zwar immer und das gefühlt und tatsächlich.

Dieses Sicherheitsbedürfnis, dieses Sicherheitsempfinden hat sich verändert. Nicht wenige Menschen, auch unsere Kolleginnen und Kollegen, sagen, dass sie sich nicht mehr sicher fühlen, dass sie sich nicht mehr so sicher fühlen, dass sie verunsichert sind. Ohne an dieser Stelle bewerten zu wollen, auf welchen Tatsachen dieses Gefühl beruht, denke ich, ist es wichtig, dass wir dieses ernst nehmen. Genau deshalb ist dieses Thema auch ein Thema auf unserem Kongress.

Demokratie, eine wehrhafte Demokratie, beruht auch auf dem Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in den Staat und seine Institutionen. Dieses Vertrauen ist in der letzten Zeit zurück-, wenn nicht sogar verlorengegangen. Das spiegelt sich unter anderem auch – wir haben es schon verschiedentlich hervorgehoben – in den Wahlergebnissen wider.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es an der Zeit, durch gezielte Investitionen in Aufklärung, aber auch durch gezielte Investitionen in Polizei- und Justizbehörden wieder Stabilität und Optimismus herzustellen.

Ich will an dieser Stelle ganz ausdrücklich die Polizei und die Kolleginnen und Kollegen erwähnen, die für unsere Sicherheit sorgen.

Vor einiger Zeit hat uns Oliver Malchow, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, während einer Beiratssitzung sehr eindrücklich beschrieben, welchem Alltag die Polizeibeamtinnen und -beamten ausgesetzt sind, wie hart und unfair sie zum Teil auch von den Bürgern und Bürgerinnen angegangen werden und wie wenig motivierend dann diese Arbeit für sie ist.

Ich glaube, für uns ist es wichtig, zu sagen: Auch Polizistinnen und Polizisten haben Anspruch auf Gute Arbeit. Und wenn wir guten und qualifizierten Nachwuchs in diesem Bereich wollen, dann braucht es auch insgesamt gute Arbeitsbedingungen. Auch dafür wollen wir mit diesem Antrag ein Zeichen setzen.

Das Thema wehrhafte Demokratie hat aber eine weitere Facette. Ja, wir brauchen auch enorme Anstrengungen, um alle Formen von Radikalismus intensiv zu bekämpfen, egal ob von rechts oder von links. Dazu gehört beispielsweise auch eine intensivere Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen und internationalen Behörden. Denn es kann doch nicht sein, dass ein potenzieller Gefährder von einem Bundesland in das andere reist und damit dann aus dem Blick der Sicherheitsbehörden fällt, weil hier die Länderzuständigkeit fehlt.

Das waren einige Aspekte aus dem Antrag, der Euch vorliegt. Der Hauptvorstand bittet Euch sehr herzlich, diesen Antrag entsprechend zu unterstützen. – Ich danke Euch. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Edi.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher gehen wir in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen gefolgt.**

René, Du hast wieder das Wort.

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Aufgerufen wird der

Antrag A 007

Zivilgesellschaft stärken, um Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten

Um dies zu erreichen, sollen die Mitglieder der IG BCE an antirassistischen Veranstaltungen und Demonstrationen teilnehmen und durch couragiertes Handeln klare Kante gegen Fremdenfeindlichkeit zeigen.

Wir empfehlen Annahme mit Änderung. Nach Zeile 22 soll folgender Text angefügt werden:

„An die Expertise und das Netzwerk des DGB sollte bei den Aktivitäten vor Ort angeknüpft werden.“

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Daher gehen wir in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

Du kannst weitermachen, René.

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann rufe ich die folgenden Anträge auf:

Antrag A 008

Flucht und Integration

Antrag A 009

Emanzipation auch bei Flüchtlingsfrauen vorantreiben

Antrag A 010

Keine Unterwanderung des Mindestlohns für Flüchtlinge

Antrag A 011

Verbesserung der Situation für geflüchtete Familien

Antrag A 012

Verbesserung der Situation für geflüchtete Frauen und Kinder auch innerhalb der eigenen Familie

Antrag A 013

Politische Partizipation für Nicht-EU-Bürger/-innen

Der umfassende Antrag A 008 unterstreicht nachdrücklich die Position der IG BCE, politisch Verfolgten Schutz zu gewähren. Er beschreibt im Einzelnen die notwendigen Voraussetzungen für einen humanen und solidarischen Umgang mit Flüchtlingen in unserer Gesellschaft.

Antrag A 009 will die Stellung der Frauen aus Flüchtlingsfamilien und die Gleichstellung stärken.

Der Antrag A 010 lehnt Ausnahmen beim Mindestlohn ab.

Der Antrag A 013 fordert das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Antragskommission empfiehlt daher Annahme des Antrags A 008 sowie Annahme als Material der Anträge A 009, A 010 sowie A 013 zum Leitantrag A 008.

Die Anträge A 011 und A 012 wollen Verbesserungen der Lebenssituation für Flüchtlinge, die vom Inhalt her bereits mit dem Antrag A 008 abgedeckt werden.

Daher unsere Empfehlung: Diese beiden Anträge sind erledigt durch den Antrag A 008.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, René. – Mir liegt eine Wortmeldung vor von Renate Hold-Yilmaz aus dem Landesbezirk Nord mit der Teilnehmernummer 094. Sie spricht für den Hauptvorstand als Antragsteller und berichtet von ihrer Situation. Renate, bitte.

RENATE HOLD-YILMAZ (ehrenamtlicher Hauptvorstand)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich selber bin in einer Flüchtlingsfamilie groß geworden, und ich denke, viele von Euch haben während ihrer Kindheit die Gespräche der Großeltern und der Eltern miterlebt, wenn sie erzählt haben, was sie auf ihrer Flucht erlebt haben.

Ich kann mich erinnern: Ich war bei Heimatveranstaltungen usw. Selbst noch vor 20 Jahren in meinem gemischten Chor hatte ich eine Dame, die auch schon betagt war, und die Schwiegermutter nannte sie noch immer „der Flüchtling, der damals in die Familie eingebrochen ist“, obwohl Deutschland zu dieser Zeit in manchen Regionen ganz glücklich darüber sein konnte, dass Flüchtlinge dort einquartiert worden sind; denn zu der Zeit haben wir auch über das Thema Inzucht sprechen müssen. Man muss einmal ganz deutlich sagen, was damals passiert ist. Es ist schon erschreckend, wenn heute noch Leute, die geflüchtet sind, als Flüchtlinge bezeichnet werden.

Umso dankbarer bin ich, dass die IG BCE mit Beginn des Flüchtlingszustroms pragmatisch geholfen hat und einen Fonds für lokale Flüchtlingsprojekte zur Verfügung gestellt hat. Außerdem hat sie eine Spendenaktion zugunsten von terre des hommes für Kinder auf der Flucht eingerichtet.

Neben unserer langjährigen Erfahrung als IG BCE mit dem Thema Integration sowie der historischen und humanen Verpflichtung, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren, stellen uns nunmehr ganz aktuelle Fragen, was die Unterbringung, die Schul- und Ausbildung junger Geflüchteter und deren Integration angeht, vor besondere Herausforderungen. Deshalb haben wir mit der Ausweitung von „Start in den Beruf“ für Flüchtlinge ein bewährtes Instrument erweitert, das schon über Jahrzehnte die berufliche Ausbildung von benachteiligten Gruppen gewährleistet. Damit die Geflüchteten mit Bleibeperspektive die Vorteile einer Berufsausbildung kennenlernen, haben wir einen mehrsprachigen Film dazu produziert.

Grundtenor des vorliegenden Antrags ist, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive vor allem über Ausbildung und Arbeit in die Gesellschaft integriert werden können. Wir haben in dem Antrag formuliert, was dazu alles noch notwendig ist.

Unser Credo ist immer, dass es zu keinem Verdrängungswettbewerb von Einheimischen und Flüchtlingen kommen darf. Es darf nicht zu weiteren Ungerechtigkeiten kommen und damit den Populisten nicht in die Hände gespielt werden.

Klar ist aber auch, dass Integration eine wechselseitige Bereitschaft sowohl von Flüchtlingen wie auch der hier ansässigen Bevölkerung verlangt, unsere Werte und Gesetze zu achten.

Aus der Sicht der IG BCE ist die Flüchtlingsfrage europäisch zu regeln; denn die Staaten der Europäischen Union sind bei der Aufnahme von Flüchtlingen gleichermaßen verantwortlich und dürfen sich ihrer Verpflichtung nicht entziehen.

National brauchen wir in Deutschland endlich ein Einwanderungsgesetz, damit der Zuzug von Arbeitskräften systematisch und kontrolliert gesteuert werden kann.

Wenn Menschen aus Nicht-EU-Ländern hier langjährig rechtmäßig und dauerhaft leben, dann sollten sie auch ein kommunales Wahlrecht erhalten.

Sprache plus Beruf plus Begegnung vor Ort ist daher das Erfolgskonzept für eine gelungene Integration. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

Zum Themenkomplex Migration und Integration haben wir zu den verschiedensten Teilaspekten Anträge erhalten. Dies zeigt, dass sich in der Organisation viele Gedanken machen, wie wir mit diesen Fragestellungen umgehen.

Die IG BCE vereint Menschen aus 99 Nationen. Seit Jahrzehnten verfügt sie damit über große Erfahrungen mit der Integration von ausländischen Beschäftigten. Diese gemeinsame Arbeit baut Vorbehalte ab und macht die vielen Zuwanderer zu geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Erst eine solidarische Gesellschaft schafft Perspektiven und bietet unabhängig von der Herkunft Chancen für alle. Allen Schwierigkeiten bei der Integration zum Trotz müssen wir einen Weg für diejenigen aufzeigen, die hier bleiben werden. Das dient letztlich uns allen.

Ich bitte Euch, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen. – Danke. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Herzlichen Dank, Renate, für Deine Ausführungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, komme ich zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Drei Enthaltungen. **Bei drei Enthaltungen wird der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

René, dann geht es weiter mit dem Antrag A 014, korrekt?

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Ja.

Antrag A 014

SONNE – Soziale Betreuung von Zuwanderern und Zuwanderinnen

Der Antrag fordert Mindeststandards für die soziale Betreuung und den Schutz gegen Angriffe von außen in kommunalen Großunterkünften.

Die Kommission empfiehlt: Annahme mit der Änderung des Titels durch Streichung des Begriffs „SONNE“ in „Soziale Betreuung von Zuwanderern und Zuwanderinnen“. Die Streichung ist mit dem Landesbezirk abgestimmt.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, René.

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Damit gehen wir direkt in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – **Bei zwei Enthaltungen wird der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Bitte, René!

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann kommen wir zu dem

Antrag A 015

Integrationshilfe für Geflüchtete

Der Titel spricht für sich.

Die Kommission empfiehlt: Annahme mit Änderungen in Zeile 31, und zwar Streichung des Textes „in den nächsten Tarifverhandlungen die“. Die generelle Begründung für diese Streichung haben wir bereits bei den Erläuterungen der möglichen Antragsempfehlungen mit dem Verweis auf die Autonomie der Tarifkommission erhalten. Wir würden ansonsten in die Autonomie der Tarifkommission eingreifen.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Hierzu liegt mir eine Wortmeldung vor, nämlich von der Kollegin Melanie Höse aus dem Landesbezirk Hessen-Thüringen mit der Delegiertennummer 329. Melanie, Du hast das Wort.

MELANIE HÖSE (Kassel)

Vielen Dank. – Ich möchte mich erst einmal vorstellen. Ich spreche für die IG-BCE-Jugend. Ich bin die stellvertretende Vorsitzende der IG-BCE-Jugend und auch Betriebsrätin bei der B. Braun Melsungen AG.

Wir als IG-BCE-Jugend haben uns die Frage gestellt, wie in Zukunft Geflüchtete integriert werden können und wie ihnen eine Perspektive in Deutschland ermöglicht werden kann. Es ist unsere Verantwortung als IG BCE, sich starkzumachen für Programme wie Pre-Start, für regionale Unterstützungen, wie schon in dem vorhergehenden

Wortbeitrag der Kollegin erwähnt, wie zum Beispiel Einstiegsqualifizierungsjahre zu fördern sowie Sprachkurse in den Unternehmen und auch generell als IG BCE voranzutreiben. Auch müssen wir Aufklärungsarbeit leisten.

Als IG-BCE-Jugend sehen wir keine Lösung in Obergrenzen. Diese lösen nicht die Integrationsfrage.

Gerade weil das Thema Geflüchtete, Integration und die Zukunft unseres Bundeslandes die Bürgerinnen und Bürger bewegt, müssen wir Vorbilder sein. Wir sind die Vorbilder in unseren Betrieben, in unseren Bezirken und in unserem privaten Umfeld.

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Das sagte der ehemalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel bereits 1992.

Was also ist unsere Botschaft? – Wenn wir gute und inhaltliche Debatten führen, ist dies sicherlich wichtig und richtig. Es schützt uns dennoch nicht vor unserer gesellschaftlichen Verantwortung als Gewerkschafter in Deutschland und in Europa.

Wir, die IG-BCE-Jugend, können nur gemeinsam mit Euch Zukunftsperspektiven gestalten. Lasst uns gute Perspektiven für Geflüchtete, junge Beschäftigte und alle unsere Kolleginnen und Kollegen gemeinsam gestalten! Deswegen bitten wir Euch, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen. – Vielen Dank. Glück auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir können daher über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe eine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission bei einer Enthaltung gefolgt worden.**

Du kannst weitermachen, René.

RENÈ DILLMANN (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag A 016

Aktive Frauen- und Gleichstellungsarbeit in einer sich verändernden Arbeitswelt

Antrag A 017

Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern – jetzt handeln!

Antrag A 018

Teilzeit nach Elternzeit zusichern

Antrag A 019

Wahlrecht Teilzeit/Vollzeit nach Elternzeit

Die IG BCE, so der Leitantrag A 016 – Aktive Frauen- und Gleichstellungsarbeit in einer sich verändernden Arbeitswelt –, setzt sich intensiv für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ein. Die Gleichstellung ist eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Unsere Gewerkschaft nimmt in diesem Prozess eine Vorreiterrolle ein.

Der Antrag beschreibt die unterschiedlichen Handlungsfelder: Politik, Wirtschaft und Betrieb sowie die IG BCE selbst, an denen konsequent weitergearbeitet werden soll.

Der Antrag A 017 – Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern – jetzt handeln – betont die Bedeutung des Entgelttransparentgesetzes und will, dass die IG BCE Unterstützung bei der Umsetzung anbietet.

Unsere Gewerkschaft, die IG BCE, hat an der Erarbeitung des Gesetzes aktiv mitgewirkt. Eine Unterstützung bei der Umsetzung ist daher selbstverständlich.

Die Anträge A 018 – Teilzeit nach Elternzeit zusichern – und A 019 – Wahlrecht Teilzeit/Vollzeit nach Elternzeit – fordern, dass künftig nach der Elternzeit ein Wahlrecht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz in Teilzeit bzw. in Vollzeit besteht.

Grundsätzlich ist dieses Antragsbegehren zu begrüßen. Die IG BCE setzt sich für eine lebensphasenorientierte Arbeitszeit ein. Dazu gehört natürlich auch ein möglicher Wechsel zwischen Vollzeit und Teilzeit. Eine Regelung des komplexen Themas lebensphasenorientierter Arbeitszeit kann durch die Veränderung der gesetzlichen Regelungen geschehen und ebenso tarifvertraglich gestaltet werden. Das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ist zudem Bestandteil des noch zu behandelnden Antrags A 028 – Gleichstellung durch die Charta der Gleichstellung verwirklichen.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme des Antrags A 016 sowie Annahme der Anträge A 017, A 018 und A 019 als Material zu Antrag A 016.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, René. – Hierzu liegt mir die Wortmeldung der Kollegin Petra Kronen aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Teilnehmernummer 095 als Antragstellerin vor.

PETRA KRONEN (Moers)

Vielen Dank, Brigitte. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, einige von Euch werden sich vielleicht fragen: Braucht es denn in Zeiten, in denen die bestausgebildete Frauengeneration in den Unternehmen ist, eigentlich noch einen gleichstellungspolitischen Antrag? Ihr werdet Euch nicht wundern, dass ich diese Frage mit einem eindeutigen Ja beantworte.

Insgesamt können wir auf unsere gleichstellungspolitischen Erfolge mächtig stolz sein. Edeltraud Glänzer hat in ihrem mündlichen Geschäftsbericht unsere guten Fortschritte aufgezeigt. Sie hat deutlich gemacht, dass wir erstens politisch eine Menge erreicht haben – genannt seien hier Entgelttransparenz und Geschlechterquote für Aufsichtsrat und Vorstand –, dass wir zweitens betrieblich gut aufgestellt sind – wir sind inzwischen mehr Frauen in den Betriebsräten und mehr Frauen in unserer IG BCE – und dass wir drittens gesellschaftlich Fortschritte erzielt haben. (Beifall)

Trotzdem ist es dem Hauptvorstand außerordentlich wichtig, das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern auch hier zu diskutieren. Wir erleben, dass sich zwar politisch einiges getan hat, ganz wesentliche Punkte aber weiter unberücksichtigt sind. Wir ha-

ben das Thema Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit seit Jahren auf unserer Agenda. Und obwohl die Regelung im letzten Koalitionsvertrag vereinbart war, ist in dieser Legislaturperiode nichts passiert. Was interessiert mich mein leeres Geschwätz von gestern? hat sich wohl insbesondere die CSU gefragt und sich mit allen Mitteln gegen diese Änderungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz gewehrt.

Das ist nur ein Beispiel, das deutlich macht, dass wir dranbleiben müssen, auch bei den Themen, die uns sprichwörtlich schon aus den Ohren kommen, weil wir schon so lange darüber reden. Es nützt nichts. Wer, wenn nicht wir, soll immer wieder den Finger in die Wunde legen? Und das wird angesichts der neuen möglichen Regierungskonstellation sicherlich nicht einfacher.

Doch wir haben auch mit Blick auf uns selbst noch einiges zu tun. Wir sind auch da insgesamt gut aufgestellt, in den Gremien unserer Organisation gilt 30 : 30 : 30, in den Betriebsratsgremien steigt der Frauenanteil auch bei den Vorsitzenden, und mit der Offensive Frauen haben wir auch ein Angebot für die weiblichen Zielgruppen, die uns eher nicht so nah sind.

Trotzdem werden wir gerade mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung und Arbeit 4.0 genau hinschauen müssen, wo die Frauen bleiben, und darauf achten müssen, dass sie nicht zu den Verlierern dieser Entwicklung werden.

Der Antrag soll für die nächsten vier Jahre eine wesentliche Grundlage für den Hauptvorstand bilden. In diesem Sinne: Lasst uns gemeinsam darüber diskutieren. Danke für Eure Aufmerksamkeit und Glück auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. – Mir liegen zu diesem Komplex keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit können wir in die Abstimmung gehen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Drei. **Bei drei Stimmenthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Bitte, René.

RENÈ DILLMANN (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag A 020

Kündigungsschutz für Väter nach Beantragung der Elternzeit

Ziel ist, im geltenden Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit den Kündigungsschutz für Väter, die Erziehungsurlaub beantragen, zu verbessern und den für Mütter anzugleichen. Die bestehende Regelung kann zum Nachteil für junge Familien werden und dazu führen, dass weniger Väter Elternzeit beanspruchen.

Da es sich um eine Initiative handelt, die sich an den Gesetzgeber wendet, lautet die Empfehlung der Kommission zum Antrag A 020: Weiterleitung an den Hauptvorstand mit folgenden Änderungen: Die Wörter „Erziehungsurlaub“ und „Erziehungszeit“ sollen in den Zeilen 3, 5, 6, 7, 8,24, 29, 33 und 34 durch das Wort „Elternzeit“ ersetzt werden.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, René. – Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Keine. **Der Empfehlung der Antragskommission wurde einstimmig gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Nun kommen wir zu:

Antrag A 021

Änderung § 16 BEEG Inanspruchnahme der Elternzeit

Der Antrag setzt sich dafür ein, § 16 – Inanspruchnahme der Elternzeit – im Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit so zu ändern, dass der Festlegungszeitraum von zwei Jahren ersatzlos gestrichen wird.

Die Empfehlung lautet wie schon beim vorherigen Antrag: Weiterleitung von A 021 an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Somit können direkt abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – **Der Empfehlung der Antragskommission wurde einstimmig gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Wir kommen zügig zu dem

Antrag A 022

Anonymisierte Bewerbungen

und dem

Antrag A 023

Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

Der Antrag A 022 fordert die Einwirkung auf den Gesetzgeber, dass künftig in den Betrieben sämtliche Bewerbungen anonymisiert werden. Er ist damit der weitergehende der beiden Anträge.

Der Antrag A 023 will, dass die Betriebsparteien betriebliche Lösungen entwickeln.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags A 022 mit folgender Änderung: In Zeile eins wird „im Rahmen der Sozialpartnerschaft“ gestrichen. Und sie empfiehlt die Annahme von A 023 als Material zum Antrag A 023.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – 17 Gegenstimmen. Enthaltungen? – 12 Enthaltungen. **Das heißt, der Empfehlung der Antragskommission wurde mehrheitlich gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann kommen wir zum

Antrag A 024

Elterngeld ausgehend von einem Durchschnittseinkommen der Eltern

Das Elterngeld ausgehend von einem Durchschnittseinkommen der Eltern zu gewähren könnte ein sinnvoller Baustein sein, um zu mehr Partnerschaftlichkeit in der Kindererziehung zu gelangen und der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken.

Die Kommission empfiehlt Weiterleitung von A 024 an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Zwei Enthaltungen. **Das heißt, bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Satzungskommission gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann rufe ich auf den

Antrag A 025

Kostenfreie Kinderbetreuung in der gesamten BRD

und den

Antrag A 026

Für Eltern im Berufsleben kostenlose und bessere Kinderbetreuung schaffen (nach skandinavischem Vorbild)

Der Antrag A 025 fordert generell eine kostenlose Kinderbetreuung. Der Antrag A 026 bezieht sich nur auf Eltern im Berufsleben. A 025 entspricht der Beschlusslage der IG BCE und ist zudem weitergehend.

Die Empfehlung der Kommission ist Annahme von A 025 und Annahme von A 026 als Material zum Antrag A 025.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? – **Bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann rufe ich auf:

Antrag A 027

Unterzeichnung der Charta der Vielfalt

Die Beschlussempfehlung der Antragskommission lautet „Erledigt durch Umsetzung“; denn die IG BCE ist am 30. Mai 2017 der Charta der Vielfalt beigetreten.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen gleich über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es

Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann rufe ich auf:

Antrag A 028

Gleichstellung durch die Charta der Gleichstellung verwirklichen

Mit diesem Antrag wird die bisherige Arbeit gewürdigt und gleichzeitig der Auftrag erteilt, weiter an den Gleichstellungsthemen zu arbeiten. An den konkret beschriebenen Schwerpunkten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft soll sich die Arbeit der Gewerkschaft in den kommenden vier Jahren orientieren.

Empfehlung der Kommission ist Annahme von A 028.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu liegt mir eine Wortmeldung vor, und zwar von der Kollegin Ilona Meier aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer D 088.

ILONA MEIER (Ibbenbüren)

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Ilona Meier. Ich komme von der BASF in Lemförde. Wir haben die Charta der Gleichstellung sofort unterschrieben, als sie eingeführt wurde. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass es nicht einfach ist, sie im Unternehmen umzusetzen.

Nun hat Edi am Montag gesagt: In den nächsten vier Jahren wollen wir 40 weitere Betriebe dafür gewinnen, die Charta zu unterschreiben. – Das sind zehn pro Jahr, noch nicht einmal einer im Monat. Das muss doch zu schaffen sein. Daher meine Bitte an Euch, uns bei diesem Ziel zu unterstützen. Nehmt das mit in Eure Betriebe, in Eure Bezirke; denn das muss direkt vor Ort geleistet werden!

Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Antragskommission dafür, dass sie empfiehlt, den Antrag anzunehmen. Ich würde mich freuen, wenn Ihr dieser Empfehlung folgen könntet. – Vielen Dank. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Ilona. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher gehen wir in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe zwei Enthaltungen. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission bei zwei Enthaltungen gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Dann kommen wir zu dem

Antrag A 029

Nachhaltigkeit mit der Offensive Frauen herstellen

und dem

Antrag A 030

Talk Time – Ein erfolgreiches Veranstaltungsformat für weibliche Beschäftigte weiter unterstützen!

Die im Antrag A 029 angesprochene Offensive Frauen kann gute Erfolge vorweisen. Die zielgruppenspezifische Ansprache im Betrieb erweist sich als geeignet, Frauen als Mitglieder zu gewinnen. Unter anderem will der Antrag die Instrumente der Offensive künftig insbesondere für die Schließung weißer Flecken im Betrieb anwenden.

Der Antrag A 030 will, dass das Veranstaltungskonzept „Talk Time“ fortgeführt wird.

Der Antrag A 029 enthält somit ein umfassendes Konzept. A 030 ist ein einzelner, wenn auch durchaus wichtiger Bestandteil der Offensive.

Daher empfiehlt die Kommission die Annahme von A 029 und die Annahme von A 030 als Material zum Antrag A 029.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, René. – Hierzu habe ich zwei Wortmeldungen vorliegen, einmal von Marion Palme aus dem Landesbezirk Hessen-Thüringen mit der Delegiertennummer 179. Sie spricht als Antragstellerin.

MARION PALME (Rhein-Main)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche hier für den Antragsteller, den Bundesfrauenausschuss. Die Kollegin Petra Kronen hat in ihrem Wortbeitrag schon ganz kurz Schlagworte angerissen. Unter anderem wird mir ewig im Ohr bleiben, wie Michael Vassiliadis die Thematik immer ganz kurz und knapp zusammenfasst: 30 : 30 : 30. Das verpflichtet uns alle. Ein wichtiger Baustein auf diesem Weg ist die „Offensive Frauen“. Ihr habt schon ein paar Punkte dazu gehört. Ich möchte noch einmal etwas näher darauf eingehen.

Bei der „Offensive Frauen“ handelt es sich unter anderem um ein Konzept zur Ansprache von weiblichen Beschäftigten – ganz ausdrücklich Noch-nicht-Mitgliedern und Mitgliedern. Dabei wird zwischen den Zielgruppen Büro, Labor und Produktion unterschieden; denn wir haben – nicht nur im Bereich der weiblichen Beschäftigten – festgestellt, dass man nicht mit der Gießkanne ein Konzept über alle auskippen kann, sondern sich wirklich sehr genau mit der Arbeits- und Lebenswirklichkeit der entsprechenden Zielgruppe auseinandersetzen muss, um genau die Stelle zu finden, an der man als IG BCE auch Hilfe leisten kann.

Ein weiterer Baustein der „Offensive Frauen“ sind die schon angesprochenen Talk Times. Dabei handelt es sich um kurze Einheiten in der Mittagspause. Man peilt da immer ungefähr eine Stunde an. Es sind auch Referentinnen ausgebildet worden, um die vielfältigen Themen in der Kürze der Zeit den Kolleginnen näherbringen zu können. Das ist eine ganz wichtige Sache. Ich habe bei uns im Betrieb die Erfahrung gemacht, dass eine Stunde manchmal schon zu viel ist. Gerade in Produktionsbetrieben, in denen die Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst arbeiten und die Taktung noch enger ist, bleibt einem manchmal nur ein sehr viel kürzeres Zeitfenster, um die Kolleginnen und Kollegen vor Ort anzusprechen. Wir werden von der Abteilung Frauen und Gleichstellung sehr gut mit Materialien und Analysen unterstützt, um auch Anpassungen an die betrieblichen Gegebenheiten vor Ort vornehmen zu können.

Ziel unseres Antrags ist, auf diesem erfolgreichen Weg weiterzumachen und das Format „Offensive Frauen“ mit all seinen Facetten weiterzubreiten.

Ich möchte auch noch „Das Frauenkolleg“ erwähnen. Dort werden unter Kolleginnen, denen man das vielleicht auf den ersten Blick gar nicht zutraut, Potenziale gehoben;

denn wir wollen natürlich insgesamt immer weiblicher werden, das Ziel von 30 : 30 : 30 auf allen Ebenen erreichen und wirklich Kolleginnen in Führungs- und Entscheidungspositionen bringen, damit sie auch dort die Perspektive der Frauen mit einbringen können.

Deswegen bitte ich Euch ganz persönlich und auch im Namen des Bundesfrauenausschusses um Unterstützung dieses Antrages. – Danke schön. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Herzlichen Dank, Marion. – Ich gebe Katrin Altmann das Wort. – Tut mir leid; Du bist noch nicht wieder dran, René.

KATRIN ALTMANN (Dresden-Chemnitz)

Glück auf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus dem Bezirk Dresden-Chemnitz und möchte Euch heute als Vorsitzende des Bezirksfrauenausschusses Dresden-Chemnitz der IG BCE auch einmal ein Beispiel schildern, wie so etwas gelaufen ist. In unserem Bezirk Dresden-Chemnitz wurden an dem Projekt „Frauen im Labor“ im Rahmen der „Offensive Frauen“ mehrere Unternehmen beteiligt. Im Fokus dieses Projektes stand die Arbeits- und Lebenswirklichkeit der Laborantinnen.

Laborantinnen gibt es bei uns in fast allen Branchen, zum Beispiel in der Wasserwirtschaft und in der Papierindustrie. Selbst in meinem Unternehmen, der Unranerbergbau-sanierung, gibt es drei Wasserlabore, die für die Einhaltung von Grenzwerten von Vorflutern verantwortlich sind. Da wir ein Bezirk mit sehr vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen sind, war uns dieses Projekt sehr wichtig. Laborantinnen sind einer doppelten Herausforderung ausgesetzt: der Vereinbarkeit von Beruf, Freizeit und Familie sowie einer sich ständig verändernden Arbeits- und Belastungssituation in ihrem Beruf.

Im Rahmen dieses Projektes wurden Interviews mit dieser Personengruppe geführt, und zwar mit Unterstützung des Qualifizierungsförderwerks Chemie. Es galt, in den Gesprächen mit den Laborantinnen herauszufinden, welche Themen in Kurzveranstaltungen von Interesse sind. Handlungsfelder wie betriebliches Gesundheitsmanagement und Personalentwicklung, aber auch der Wunsch nach einer überregionalen Vernetzung mit anderen Laboranten in anderen Betrieben und Branchen wurden hier herausgearbeitet.

Damit noch mehr Kolleginnen auf diese Aktivitäten und Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden, wurde von uns mit Unterstützung der IG BCE ein spezieller Flyer entwickelt.

Das geweckte Interesse der Frauen durch Angebote der IG BCE im Rahmen der „Offensive Frauen“ nachhaltig zu unterstützen, ist aus meiner Erfahrung ein wichtiger Beitrag zum Thema „Mitgliederbindung und Mitgliedergewinnung“. Das kann ich an unserem Beispiel schon festmachen. Wir haben drei Laborstandorte. Jeder Laborstandort hat extra Spezifika. Das reicht von Wochenendarbeit an dem einen Laborstandort zu einem Zweischichtsystem an einem anderen Laborstandort; auch die Altersstruktur kann an den Standorten sehr unterschiedlich sein. Deshalb lohnt es sich auch hier, als Betriebsräte und verantwortliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter genauer hinzuschauen. Deswegen unterstütze ich diesen Antrag. – Glück auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Katrin, auch für die Ergänzung durch das Praxisbeispiel. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich komme zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der

Fall. Gibt es Enthaltungen? – **Bei vier Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Bitte, René.

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Ich bitte nachträglich darum, meinen Übereifer zu entschuldigen. Aber Antragsberatung ist wie ein Rausch, und da wird man schon mal mitgerissen. (Heiterkeit und Beifall)

Jetzt kommen wir zügig zu:

Antrag A 031

Wohnraum schaffen und bezahlbar machen

Der Antrag behandelt ein immer wichtiger werdendes Thema und beschäftigt sich umfassend mit dem Bereich Wohnungsbau, Wohnen, Mietrecht sowie Mieten. Allerdings enthält er eine ganze Reihe von Absätzen, die sich ausschließlich auf die Situation in Nordrhein-Westfalen beziehen. Die Behandlung regionaler Fragen war und ist aber nicht Aufgabe eines bundesweiten Gewerkschaftskongresses.

Um aber die wesentlichen Kernaussagen nicht verloren gehen zu lassen und den Antrag zustimmungsfähig zu machen, empfiehlt die Antragskommission folgende Vorgehensweise: Annahme des Antrags bis Zeile 30; die Passagen ab dem Satz „Dazu gehört das politische Engagement ...“ werden aufgrund ihres regionalen Schwerpunkts zur Begründung.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Ich muss Dich leider in Deinem Eifer bremsen. Hierzu liegt mir ebenfalls eine Wortmeldung vor, und zwar vom Kollegen Reiner Kita aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Delegiertennummer 164.

REINER KITA (Düsseldorf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist ja sehr umfangreich. Natürlich bezieht er sich auch auf Nordrhein-Westfalen. Aber da sitzen sicherlich Fachleute, die nicht nur bundesweite Kenntnisse haben, sondern auch ihr Wissen aus Nordrhein-Westfalen und sogar aus den Kommunen an den Tag legen, wenn so etwas gemacht wird. Ich möchte hier aber noch auf ein paar Dinge hinweisen, die dann wieder ein Thema im Bund sind.

Mittlerweile haben wir in der Bundesrepublik Deutschland eine absolute Wohnungsknappheit – vor dem Hintergrund, dass viele Gebäude sanierungsbedürftig sind, energetisch nicht entsprechend ausgerüstet sind und somit schwer zu vermieten sind. Von dieser Wohnungsnot sind nicht nur die unteren Einkommensgruppen betroffen, sondern mittlerweile – und nicht nur in Ballungsräumen – auch der Mittelstand. Das ist im Zusammenhang mit den Themen, die wir hier auch schon behandelt haben, aus unserer Sicht eine Katastrophe.

Hier wird nämlich Schwarzer Peter gespielt. Einerseits sagt unsere Wohnungsbauministerin: Ja, wir stellen finanzielle Mittel zur Verfügung. –

Wenn man dann in die Kommunen reingeht, die für den sozialen Wohnungsbau und die Förderung zuständig sind, hört man, dass sie zwar Geld haben, aber kein Grundstück zu erwerben ist, weil es durch Spekulationen oder die Weigerung, diese Grundstücke zu verkaufen, weil man einen anderen Käufer für sein Grundstück haben möchte, einfach nicht möglich ist, Grundstücke zu erwerben, auf denen sozialer Wohnungsbau betrieben werden kann.

Insofern möchte ich persönlich sicher in unser aller Sinne das von Michael Vassiliadis als Vorschlag unterbreitete Thema Genossenschaftsbildung gerne mit aufgreifen. Die Leute, die Mitglied in einer Genossenschaft sind, berichten sehr positiv über die Umgangsweise allgemein, nicht nur beim Thema Miete.

Ich glaube, dass wir alle zusammen, nicht nur die IG BCE, sondern auch wir in unserem privaten Bereich in den Kontakten, die wir vielleicht über unsere Familien hinaus haben, Druck machen müssen, damit wir nicht immer nur hören: Es werden zu wenig Kinder geboren. Dann haben wir das Thema Leerstände. Ich sage mal auf gut Deutsch: Es wird jeden Tag ein neues Schweinchen durchs Dorf gejagt. Ich glaube, das muss ein Ende haben. Wenn es um dieses Thema geht, dann hat das auch etwas mit Anstand und sozialem Verhalten in unserer Republik zu tun. – Danke. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Reiner. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich würde gerne über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – **Bei drei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Danke. – Passend dazu rufe ich auf:

Antrag A 032

Bezahlbarer Wohnraum

Der Antrag fordert eine Überarbeitung der Mietpreisbremse sowie die Beschaffung bezahlbaren Wohnraums für geringere und mittlere Einkommen. Die Kommission empfiehlt Annahme von A 032.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Deshalb können wir zügig in die Abstimmung gehen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – **Bei drei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Ich gebe zurück an Dich, René.

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Wir machen weiter mit:

Antrag A 033

Abschaffung der Zeitumstellung

Der Antrag A 033 fordert vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen die Rückkehr zur einheitlichen Mitteleuropäischen Zeit während des gesamten Jahres. Die Kommission empfiehlt die Annahme des Antrags.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu habe ich eine Wortmeldung des Kollegen Georg Tagger aus dem Landesbezirk Bayern vorliegen, Delegiertenummer 245.

GEORG TAGGER (Mainfranken)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayern ist mit sehr viel Landwirtschaft verbunden. Unter anderem in der chemischen Industrie sind sehr viele Beschäftigte Nebenerwerbslandwirte. Den Antrag, auf die Zeitumstellung zu verzichten, kann ich so nicht unterstützen, weil er bedeuten würde, dass das ganze Jahr über die Winterzeit gilt. Gerade die Sommerzeit wird bei uns in Bayern von den Nebenerwerbslandwirten sehr stark genutzt, damit sie nach der Schicht oder vor der Schicht noch Arbeiten auf den Feldern erledigen können.

Als Delegierter kann ich nicht gegen die Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen sprechen, die davon betroffen wären. – Danke schön. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Georg. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und würde gerne zur Abstimmung über ein sicherlich heiß diskutiertes Thema kommen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das dachte ich mir. Gibt es Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. **Bei vielen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.** (Beifall)

RENÉ DILLMANN (Antragskommission)

Ich habe jetzt noch:

Antrag A 034

Straftatbestand "Haus- bzw. Landfriedensbruch und Sachbeschädigung"

Der Antrag A 034 fordert eine unmissverständliche Regelung des Straftatbestandes von Haus- bzw. Landfriedensbruch sowie Sachbeschädigung von nicht eingezäuntem Betriebseigentum und eine konsequente Anwendung des Rechts durch die Gerichte.

Allerdings bedarf es zur Strafverfolgung keiner neuen Gesetze; notwendig wäre eine konsequente Anwendung bestehenden Rechts. Der Hauptvorstand kann darauf hinwirken, dass es zu einer besseren Anwendung des Rechts kommt. Die Kommission empfiehlt daher die Weiterleitung des Antrags A 034 an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu Antrag A 034. Dann bitte ich diejenigen um das Kartenzeichen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen wollen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – **Bei vier Stimmenthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Der Kollege, der zu Antrag A 033 gesprochen hat, ist der Meinung, dass das Abstimmungsergebnis nicht eindeutig war. (Beifall)

Wir werden die Abstimmung wiederholen. (Widerspruch) Von hier oben sah das Ergebnis eindeutig aus, aber um keinen Unfrieden in den Kongress zu bringen, machen wir eine Wiederholung der Abstimmung zum Antrag A 033, Abschaffung der Zeitumstellung. Ich bitte daher die Zählkommission, sich bereit zu machen. – Die Zählkommission ist bereit.

Bitte haltet Eure Stimmkarten eindeutig hoch, bis Eure Stimmen erfasst worden sind!

Ich rufe also noch einmal die Abstimmung über den Antrag A 033 auf. Wer für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzei-

chen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gegenstimmen und Enthaltungen brauchen wir nicht mehr abzufragen; denn das Ergebnis ist eindeutig. 250 der 396 Stimmen waren Jastimmen, entfielen also auf die Empfehlung der Antragskommission. (Beifall)
Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Damit ist auch die Beratung des Antragsblocks A abgeschlossen. Ich möchte René recht herzlich danken, dass er uns so gut durch den Antragsblock geführt hat. (Beifall)

Der Initiativantrag I 001, der auf Euren Tischen liegt, wird nach dem Antrag F 059 einsortiert.

Nun möchte ich Michael das Wort geben.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Euch einen herzlichen Gruß vom parallel stattfindenden Kongress der IG BAU in Berlin übermitteln. Dort fanden heute die Wahlen statt. Der Vorsitzende und der Vorstand wurden gewählt. Robert Feiger, der Vorsitzende, und der gesamte Kongress grüßen unseren Kongress, und diese Grüße möchte ich Euch überbringen. Ich gehe davon aus, wir grüßen den IG-BAU-Kongress zurück. – Vielen Dank (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Wir haben die Satzungsanträge und den Antragsblock A erledigt. Ich finde, wir haben uns eine Kaffeepause verdient. (Beifall) Ihr wisst, dass Andrea Nahles um 17:00 Uhr kommt. Es wäre toll, wenn wir alle fünf vor fünf wieder hier wären. Denn es sähe wirklich nicht gut aus, wenn die Reihen teilweise leer oder durcheinander wären.

Ich unterbreche den Kongress und übergebe die Sitzungsleitung an Edi Glänzer.

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 16:30 Uhr bis 16:59 Uhr)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nehmt bitte Platz und begrüßt mit mir ganz herzlich Andrea Nahles. (Starker Beifall)

Liebe Andrea, wir heißen Dich ganz, ganz herzlich bei uns zum 6. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie willkommen. Du kennst uns ausgesprochen gut.

Wir haben schon zu Beginn darauf hingewiesen, dass wir in dieser Woche auf unserem Kongress auch mit wichtigen Vertretern aus der Politik in den Dialog eintreten wollen. Das wollen wir heute auch gerne mit Dir machen. Aber heute Abend haben wir auch noch eine weitere Veranstaltung dazu.

Michael hat in seinem Geschäftsbericht bereits erwähnt, dass die Gewerkschaften vor vier Jahren mit einer klaren Erwartungshaltung in die Bildung der großen Koalition gegangen sind bzw. diese begleitet haben. Wir wollten mehr Ordnung in der Arbeitswelt haben. Dafür arbeiten wir als IG BCE jeden Tag in unseren Branchen und in unseren Betrieben.

Aber uns ist auch immer wieder klar: Wir brauchen dafür auch Partner und Partnerinnen in der Politik. Sie, Andrea Nahles, war eine wichtige Partnerin für uns Gewerkschaften in der letzten Bundesregierung. Sie war ein, nein, sie war *der* Aktivposten der großen Koalition. (Starker Beifall)

Liebe Andrea, dank Dir hat Deutschland nun erstmals einen gesetzlichen Mindestlohn. Du hast durchgesetzt, dass der Missbrauch von Leiharbeit zurückgedrängt werden kann. Du hast durchgesetzt, dass wir Werkvertragstricksereien zukünftig besser verhindern können.

Mit Rente ab 63 haben wir Zeit erkaufte, unsere Arbeitswelt besser auf die demografischen Herausforderungen vorzubereiten. Und – ganz aktuell – mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz leiten wir jetzt hoffentlich eine Trendwende in der rentenpolitischen Debatte in Deutschland ein.

Liebe Andrea, Du hast auch zu Deinen Aussagen und Zusagen gestanden, ein Gesetz zur Tarifeinheit zu schaffen, aus unserer Sicht ein besonders wichtiges Gesetz. (Beifall) Dafür herzlichen Dank.

Wir wissen aber: Du wolltest gerne noch mehr. Es wäre nach Dir auch so gewesen, dass wir ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit bekommen hätten. Das ist noch offen. Es bleibt aber bei uns auf jeden Fall auf der Agenda. Wir werden diese Forderung auch auf dem Kongress unterstreichen, und wir werden uns dann auch in der Politik dafür stark machen.

Liebe Andrea, wir haben Dich noch als Bundesarbeitsministerin zu unserem Gewerkschaftskongress eingeladen. Heute bist Du als Fraktionsvorsitzende der SPD bei uns. Ja, die Bundestagswahl hat auch für Dich einiges verändert.

Wir als IG BCE beobachten nicht nur den Einzug der AfD mit großer Sorge; auch die Schwäche der Volksparteien muss uns große Sorgen machen und macht uns große Sorgen.

Dir kommt jetzt gemeinsam mit Martin Schulz die Aufgabe zu, die SPD in die Zukunft zu führen. Wie diese inhaltlich aussehen könnte, hast Du als Autorin, Impulsgeberin, Verfasserin des neuen SPD-Rentenkonzeptes, aber auch mit dem Zukunftsprozess „Arbeiten“ in den vergangenen Jahren angedeutet.

Darüber wirst Du uns jetzt sicherlich mehr berichten. Ich übergebe Dir dazu gerne das Wort. (Starker Beifall)

ANDREA NAHLES (Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion)

Liebe Edeltraud! Lieber Michael! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung heute. Ich bin ihr auch gerne gefolgt, nun mit unterschiedlichen Hüten. Das ist aber in der Sache völlig egal. Denn in der Sache brenne ich weiter für die Arbeitsmarkt-, die Sozial-, die Tarif- und die Wirtschaftspolitik unseres Landes.

Ich möchte Dir, lieber Michael, zunächst zur Wiederwahl ganz, ganz herzlich gratulieren. Ich hätte Dich auch gewählt. (Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Ich sage das nicht zuletzt deswegen, weil ich Michael auch als Ministerin in Runden erlebt habe, in denen die Öffentlichkeit nicht dabei war. Da hat Michael trotzdem immer sehr klar und sehr klug Position bezogen und, wie man auch schon mal sagt, den Mund auch dann aufgemacht, wenn es mal unangenehm war, wenn andere sich vielleicht eher mal verpieselt haben. Das ist nicht seine Art. Dafür möchte ich mich auch bedanken. Denn man kann Sozialpartnerschaft nicht leben, auch nicht zum Beispiel in Meseberg mit der Kanzlerin, wenn man nicht Tacheles redet und sagt, wo die Probleme liegen. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Also vielen Dank dafür.

Ich möchte mit Glückwünschen auch für Edeltraud und die weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes, für Euch alle, fortfahren. Für mich ist die IG BCE, wenn ich mir das angucke, einfach ein Stabilitätsanker in der Tarifpartnerschaft in unserem Land. Ihr seid ein Vorreiter gerade auch in der Tarifpolitik. Wenn ich

zum Beispiel an den Potsdamer Tarifvertrag zur Arbeitszeit denke, dann seid Ihr auch da wieder ganz vorne, bei Betriebsrenten zum Beispiel sowieso, auch bei der Demografie. Ich will nur einige Stichworte nennen, bei denen ich denke, da seid Ihr echte Vorreiterinnen und Vorreiter. Auch davon brauchen wir nicht weniger, sondern davon brauchen wir mehr. Vielen Dank also. (Beifall) Ich komme wirklich sehr gerne.

Nun komme ich von den erfreulichen Wahlergebnissen zu den weniger erfreulichen Wahlergebnissen. Diese hat es ganz klar bei der Bundestagswahl am 24. September gegeben. Das Ergebnis – darum brauchen wir gar nicht herumzureden – war bitter für die SPD. Ich glaube, wenn wir uns nicht alle anstrengen, dann wird es auch bitter für die Demokratie. Das ist aber noch nicht gesagt. Ich möchte keine Normalitäten herbeischreiben, die noch gar nicht da sind. Und dass es so normal ist, dass die AfD in so großer Zahl in diesem Bundestag sitzt, das akzeptiere ich noch nicht. In den nächsten vier Jahren werden wir auch dafür kämpfen, dass die demokratische Vertretung auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder stärker wird. (Starker Beifall)

CDU/CSU und SPD zusammen haben aber auch 14 Prozentpunkte verloren; das ist eine sehr massive Zahl. Wir als Sozialdemokraten respektieren dieses Wählervotum. Wir sehen unseren Platz in den nächsten vier Jahren in der Opposition.

Wenn sich jetzt Frau Merkel beim Deutschlandtag der Jungen Union hinstellt und sagt, die SPD sei nicht mehr regierungsfähig – das hat sie vor ein paar Tagen gemacht –, und deshalb müsse sie jetzt leider Jamaika machen, dann möchte ich dieser Kanzlerin, deren Beliebigkeit in diesen Tagen wieder bewiesen wir, doch einmal etwas sagen: Wir sind nicht die Mehrheitsbeschafferreserve der deutschen Demokratie. Wir sind – und das ist ganz klar – eine Alternative, eine demokratische Alternative. Und das werden wir in den nächsten Jahren herausarbeiten.

Aber ich sage genauso: Wir gehen nicht in die Opposition, um in der Opposition zu bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern wir haben das Votum der Wähler angenommen. Das ist nicht Regierungsunfähigkeit, sondern das ist Respekt vor dem Wähler und der Auftrag an uns, besser zu werden. *Daraus* müssen wir die Schlüsse ziehen, und *darum* muss es dabei gehen. (Starker Beifall)

Wir haben uns unheimlich viele Wahlanalysen angesehen. Mir schwirrt noch echt der Kopf von diesen ganzen Wahlanalysen, die ich mir auch selber angeguckt habe. Es gibt bei allen unterschiedlichen Interpretationen eine interessante Gemeinsamkeit. Woran lag es denn, warum sind denn die 14 Prozentpunkte weg? Es gibt ein ganz zentrales Thema, das uns eint, auch Gewerkschaften und Politik, auch gerade die sozialdemokratische Politik. Denn viele sagen, es ist eigentlich ein Gefühl von Kontrollverlust dagewesen.

Von einer Möglichkeit des Primats der Politik war, als ich bei den Jusos anfang, oft die Rede in der SPD zum Beispiel und auch in den Gewerkschaften: Das Primat der Politik muss durchgesetzt werden. Bedauerlicherweise haben uns die Leute genau das in den letzten Jahren immer weniger geglaubt. Das ist eine Folge von Globalisierung. Es ist auch eine Folge von Steuerungsverlust. Es ist eine Folge von jahrelanger Predigt: Lean, Management-Lean, Office-Lean, Verwaltung, alles musste schlank werden. Der Staat wird immer weiter ausgehungert.

Wir haben an diesem Punkt etwas verpasst. Wir haben nämlich nicht gemerkt, dass die Leute sehr wohl einen handlungsfähigen, einen starken demokratischen Staat wollen, der auch da ist, wenn sie das Gefühl haben, sie brauchen ihn. Das ist offensichtlich einer der Punkte, der sich bei allen Wahlanalysen – so unterschiedlich sie sind – als Auftrag an uns herauskristallisiert hat: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen aber auch handlungsfähige Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten; denn das Zweite, was wir gehört haben, ist: Ihr hört uns ja gar nicht mehr zu. – Das ist eine Nachricht, die, ehrlich gesagt, auch andere Institutionen, auch die Gewerkschaften, betrifft.

Ich sage an dieser Stelle: Wir brauchen wieder geordnete Verhältnisse, Beteiligung und Mitsprache. Die Menschen müssen auch wieder das Gefühl haben, dass wir sie ernst nehmen.

Für mich werden Mitbestimmung und das, was wir an Verabredungskultur in diesem Land haben, in Zukunft noch wichtiger, und zwar als Ergänzung zu dem, was wir an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten in diesem Staat anbieten können. Nur zusammen können wir das Misstrauen, dass wir gar nicht mehr am Steuerrad sitzen, dass wir bei der Gestaltung unseres Landes und der Politik nicht mehr freie Hand haben, dieses Vorurteil, diese Sorge, diese Angst, die die Leute haben, beseitigen.

Der Auftrag für uns in den nächsten Jahren ist: Handlungsfähigkeit, Gestaltungskraft, Politik, aber demokratische Politikansätze, nicht nationaler Revanchismus à la AfD, sondern demokratische Mitbestimmung und Beteiligung à la Gewerkschaften und SPD. Das muss die Antwort sein, die wir den Menschen in diesem Land geben. (Lebhafter Beifall)

Leute, was meint ihr, wie mir das Ergebnis wehgetan hat, weil ich doch so gerne regiert habe! (Heiterkeit) Ich sage das auch deswegen, weil ich Spaß daran hatte, weil ich nach Jahren der politischen Ausbildung in vielen Funktionen endlich das Betriebsrentenstärkungsgesetz anpacken konnte. Wir haben das eben gehört; Edeltraud hat das ja erwähnt. Es ist ein gutes Gefühl gewesen, für vier Millionen Menschen den Mindestlohn zu organisieren, auch gegen massive Widerstände.

Aber was kommt denn in den nächsten Monaten auf uns zu? – Nehmen wir einmal das Beispiel der abschlagfreien Rente mit 63. Bleibt es dabei? Ich frage: Was bringt die neue Regierung, die sich da formiert, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Ich kann Euch das nicht sagen. Aber ich höre da sehr viel über Ausnahmen beim Mindestlohn. Das nennt sich dann Bürokratieabbau, heißt aber nichts anderes, als dass die Arbeitszeit nicht mehr erfasst wird und die Leute länger oder für weniger Geld arbeiten. Das bedeutet das am Ende.

Bei der Rente mit 63 haben sie mir am meisten Druck gemacht. Die wollen das auf keinen Fall. Übrigens: Auch die Grünen sind da extrem skeptisch und haben sich dagegen ausgesprochen. Insofern frage ich mich: Was kommt da für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Ich erinnere mich an schmerzhaft Kompromisse an vielen Stellen, an denen ich gerne mehr gemacht hätte. Eines möchte ich Euch an dieser Stelle schon einmal sagen: So gut wir einiges in der Großen Koalition auch hinbekommen haben, immer wenn es um den Punkt Mitbestimmung und um die Frage der Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes ging, ging nichts mit der CDU/CSU. Ich sage Euch: Wir sind mit der Dampflok im ICE-Zeitalter unterwegs, wenn es um das Betriebsverfassungsgesetz geht. Wir müssen an diesem Punkt dringend eine Modernisierung hinbekommen. (Lebhafter Beifall)

Edeltraud, ich erinnere mich noch sehr gerne an den Kongress, auf dem wir uns mit den IG-BCE-Frauen unterhalten haben. Ihr habt mir einen schönen roten Rucksack mitgegeben. Darin waren viele leckere Sachen. Davon haben meine Tochter und ich noch gezehrt. Meiner Tochter sieht man es nicht an. (Heiterkeit) Jedenfalls war das als Stärkung gedacht – so habe ich das auch verstanden –, als Rückendeckung – so habe ich Euch da auch empfunden – im Kampf um das Rückkehrrecht in Vollzeit. Diese Stärkung habe ich versucht umzusetzen, übrigens auch mithilfe von Reiner Hoffmann. Wir haben da intensiv verhandelt. Aber am Ende hat ein Anruf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Kanzleramt gereicht, um das Gesetz zu verhindern, Leute. Ich will das an dieser Stelle einmal sehr klar sagen.

Ich bin der Meinung, dass wir bei gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen manchmal Anlauf nehmen müssen. Ich glaube, dieses Thema ist nicht vom Tisch, bei mir nicht und bei Euch nicht.

Ich sage Euch: In diesem Land gehen ganz viele Frauen für ihre Familie, für die Kinder in Teilzeit und werden doppelt bestraft. Sie werden einmal dafür bestraft, indem sie auf Weiterbildung und Karriere verzichten. Das ist wie ein Umparken im Kopf: Schwupps, sind die Frauen da raus. Die Jungs stecken sich die Claims ab. Wenn die Frauen zurückkommen, dann geht da nichts mehr. Ich sage das nicht aus theoretischen Gründen. Ich habe das bei zwei meiner Cousinen erlebt, wie das in zwei Banken in der Nähe von Koblenz gelaufen ist.

Die zweite Bestrafung ist: Wenn man jahrzehntelang in der Teilzeit festklebt, glaubt ihr, man bekommt dann eine Vollzeitrente? Das ist die doppelte Bestrafung, von der ich rede. Weil das so ungerecht ist, glaube ich auch nicht, dass das so stehen bleiben kann. Das werde ich denen in keiner Weise durchgehen lassen. Das werden wir wie beim alten Cato machen, aber natürlich mit anderem Inhalt. Am Ende jeder Debatte muss es heißen: Die Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit kommt doch. – Das muss das Thema im Deutschen Bundestag sein. (Starker Beifall)

Eines der Themen, die uns weiter beschäftigen werden, ist die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit dem digitalen Kapitalismus um? Ich habe das so genannt und war ganz überrascht, dass darüber eine Aufregung entstand: Die Nahles hat das Wort „Kapitalismus“ in den Mund genommen. Das ist jetzt der Linksruck in der SPD. – Liebe Leute, das ist erst einmal nur eine schlichte Analyse. Das ist noch nicht einmal eine Anklage, sondern lediglich eine Feststellung. Wir leben nämlich in einem kapitalistischen System.

Große Monopolisten aus Silicon Valley wollen nicht nur das Recht unterminieren, sondern sagen auch ganz offen, dass sie neues Recht schaffen wollen. Die sagen ganz offen, sie wollen im Grunde genommen für einige Zeit – das hat Peter Thiel, ein Investor, gesagt – den Wettbewerb aussetzen, weil man mit Monopolen einfach viel mehr Geld verdienen kann. Das hat er ganz offen gesagt. Man nennt das Akkumulation des Kapitals. Ich sage: Das ist nichts Neues, das kennen wir. Das Neue ist nur die komische Weltverbesserungsrhetorik, die die damit einhergehen lassen. Das alles wird dann als cool, als hip, als neu und als absolut alternativlos dargestellt.

Ich frage an dieser Stelle ganz offen: Warum müssen wir uns diesem Regiment unterwerfen? Es passt nicht zu unserer sozialen Marktwirtschaft, liebe Leute. (Beifall) Denn die basiert auf Steuern und auf Sozialbeiträgen. Das sind „hard facts“. Die umgehen Steuern. Die bezahlen keine Sozialbeiträge. Die behaupten, sie seien gar keine Arbeitgeber.

Ich glaube, in dieser Hinsicht brauchen wir – das erkennen wir bei diesem Thema besonders –, um Kontrollfähigkeit und Steuerungsfähigkeit zu haben und um gute Kompromisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aushandeln zu können, schlichtweg eine transnationale Antwort. Es gibt keine Chance, das alles sofort weltweit umzusetzen. Umso wichtiger ist Europa.

Übrigens: Die EU-Kommission ist gerade bei der Steuerhinterziehung aktiv. Ich will die Kommission einmal ausdrücklich loben; denn es wird immer nur Schlechtes erzählt. Die Europäische Kommission legt sich gerade wegen Amazon mit Luxemburg an, weil dieses Unternehmen seit Jahren Steuerspartricks anwendet. Das ist genau die Haltung, die ich von Europa will und die wir brauchen. Nicht gegen Digitalisierung stemmen wir uns, nicht gegen den Fortschritt. Wir wollen, dass mit dem Fortschritt nicht ein Abbau und ein Rückschritt in Richtung Frühkapitalismus erfolgen, sondern dass unsere sehr wertvolle soziale Marktwirtschaft weiterentwickelt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich möchte jetzt über den Begriff „Arbeitnehmer“ reden. Ich empfinde es oft so, dass viele aus dem Silicon Valley mit ihrer libertären Haltung zwar noch mit dem BGB klar kommen, aber mit dem deutschen Arbeitsrecht nicht. Das ist aber ein Unterschied. Ich sage das deswegen, weil Jeff Bezos, der Chef von Amazon, ganz offen gesagt hat, er sehe „people as a service“.

Das ist im Grunde genommen ein anderer Ausdruck davon, dass der Arbeitnehmer der wirtschaftlichen Wertschöpfung, die er sich vorstellt, untergeordnet ist. Das ist, um einen deutschen Begriff zu nennen, der die Sache noch einmal verdeutlicht, vielleicht Arbeit auf Abruf. Die dienende Rolle hat hier der Mensch.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir gemeinsam – auch Ihr bei der IG BCE; ich habe Euch sehr aktiv erlebt; ich habe als Arbeitsministerin auch einige Konferenzen besucht – darauf bestehen, dass der Mensch im Mittelpunkt unserer Arbeit bleibt und dass Menschen nicht aus Profitorientierung untergeordnet werden; dass die Robotisierung nicht ohne humane Abwägung erfolgt, und dass wir Rechte über unsere Daten haben.

Leute, wir dürfen uns in diesem System nicht „vernutzen“, bewerten, ranken und niederdrücken lassen. Wir müssen Selbstbewusstsein zeigen. Wir brauchen mehr Selbstbestimmung. Ich glaube an die Verheißungen dieser neuen Arbeitswelt, wenn es um Möglichkeiten der Arbeitsreduzierung, um flexiblere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, wenn es darum geht, dass wir in dieser Veränderung auch mehr Selbstbestimmung und mehr Freiheit für die Arbeitnehmer herausholen können. Das ist es, worauf ich setze. Aber es gibt auch die anderen Kräfte, und die muss man auch benennen, und da darf man auch einmal „Kapitalismus“ sagen. Das ist doch gar nicht schlimm, Leute! Das hat doch nichts mit rechts und links zu tun! Das hat etwas damit zu tun, dass wir als Land liberal, aber nicht doof sind. So hat es einmal Olaf Scholz ausgedrückt. Das ist genau der Punkt: Wir sind liberal, aber nicht doof. (Starker Beifall)

Ich habe das deswegen gesagt, weil Ihr sicherlich wisst, dass die FDP den Wahlkampfspruch hatte: „Digitalisierung first. Bedenken second.“ Übrigens wart mit den Bedenken ganz klar Ihr gemeint. Sie hätten genauso gut sagen können: „Gewerkschaftsbedenken second.“ Das hätten sie dazuschreiben können.

Das heißt jetzt übrigens alles „neue FDP“. Die sind total anders als die alten. (Heiterkeit) Wir kommen auf das Thema bei nächster Gelegenheit noch einmal zurück. – Ein Jahr lang oder ein halbes Jahr will ich ihnen ja auch lassen. Wir schauen uns das alles einmal an.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch ein anderes wichtiges Thema in Bezug auf das Betriebsverfassungsgesetz, das ich schon angesprochen hatte, nochmals aufgreifen, bei dem wir Initiativrechte für die Betriebsräte brauchen. Das ist das Thema „Qualifizierung“. Dieses ist ganz wichtig. Wir brauchen aber auch eine Bundesagentur für Arbeit, die sich mit Qualifizierung beschäftigt. Wir brauchen in den Unternehmen mehr Anstrengungen. Wir brauchen eine nationale Initiative; denn wir wissen, dass zwar nicht das Ende der Arbeit kommt, aber dass sich die Arbeit stark verändern wird. Das heißt, dass die Arbeit an jeden Kollegen und jede Kollegin plötzlich andere Anforderungen stellt. Wir müssen jetzt, rechtzeitig, helfen, damit die Leute nicht in Angst erstarren.

Ich weiß noch, dass meine Mutter, als die Computer im Finanzamt Mayen eingeführt wurden, wochenlang nicht schlafen konnte, weil sie dachte, sie schafft es nicht. Ich denke, dass jetzt wieder Hunderttausende von Menschen dort draußen sind und Ängste haben. Das lässt sich nur auflösen, indem wir aktiv, auch präventiv und rechtzeitig und vor allem im Bereich der Qualifizierung etwas auf den Weg bringen. Insoweit seid Ihr mit uns gefordert. Das ist eine gemeinsame Aufgabe. Da gibt es tarifvertragliche Ansätze, da gibt es aber auch politische, da muss man meiner Meinung nach sogar landespolitisch handeln. Es gibt viele Ebenen. Deswegen will ich eine nationale Weiterbildungs- und Qualifizierungsstrategie. (Beifall)

Ich möchte an der Stelle auch klar sagen: Was wir auf der Basis von Tarifverträgen verabreden können, ist in Deutschland eigentlich ziemlich gut. Das einzige Problem ist: Die Tarifbindung ist eine Eisscholle, die schmilzt. Einer der wesentlichen Gründe dafür ist die sogenannte OT-Mitgliedschaft. Ich sage: Das ist ein Trend zur Tariffucht, der mir erhebliche Sorgen bereitet; denn die Digitalisierung, die Globalisierung, auch die Her-

ausforderung, uns zu europäisieren, verlangen eigentlich viel mehr. Und die Tarifverträge haben ja auch den Riesenvorteil gegenüber Gesetzen, dass sie viel passgenauer sind.

Wenn ich ein Bundesgesetz mache und sehe, was ich angeblich alles unter einen Hut bringen soll, komme ich ganz schnell zu dem Punkt, dass mir das nicht gelingen kann, wenn wir es nicht in Wahrheit in der Form tun, wie wir es hier in Deutschland in guter Weise auch im Bereich der IG BCE machen, dass es mir nur gelingen kann, wenn wir diese Differenzierung branchenbezogen, selbst betriebsbezogen, hinbekommen. Wo wären wir sonst bei Flexibilität, bei Wettbewerbsfähigkeit, bei Mitarbeitermotivation, bei Fachkräftesicherung usw.? Das kann man doch nicht durch Bundesgesetze ersetzen!

Aber was ist passiert? In den 80er-Jahren hatten wir 91 Prozent Tarifbindung. Jetzt sind wir bei 50 Prozent im Westen und bei 36 Prozent im Osten. Eine der billigsten Ausreden ist immer die OT-Mitgliedschaft. Ich habe mehrfach versucht Privilegien, also mehr Handlungsmöglichkeiten, und weniger Handlungsmöglichkeiten für OT in Gesetzen festzuschreiben, und in Sonntagsreden hat Frau Merkel dem auch zugestimmt. Michael, Du wirst Dich erinnern. Nur, wenn es dann um das Gesetz, um Leiharbeit und Werkverträge, oder um die Betriebsrente ging, haben sie den Schwanz eingezogen, die CSU hat quergeschossen, die Arbeitgeber haben lobbyiert.

Ich sage Euch eines: Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Tarifbindung, und wir müssen sie auch verteidigen wollen, verdammt noch mal! (Starker Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in diesen letzten Jahren natürlich auch recht große Probleme miteinander gehabt. Es gab irregeleitete Diskussionen, Schwierigkeiten. In Bezug auf Fragen der Energiepolitik und der Klimaschutzpolitik hat es ordentlich geknirscht. Ich will an dieser Stelle gar nicht darum herumreden. Es ist auch objektiv schwer, das miteinander hinzubekommen. Was mir aber über all die Jahre aufgefallen ist, ist, dass die Klimaziele, was die Jahre angeht, extrem konkret wurden, es aber immer ziemlich schwammig ist, wenn es dann um die Strukturhilfen und um die Strukturverbesserungen und darum ging, wie man den Prozess wirklich auf die Kette kriegt.

Das ist genau das Problem. Da entstehen auch in meiner Bundestagsfraktion Lager, und diese Lagerbildungen sind am Ende total unproduktiv. Ich will ganz klar sagen: Wir haben an dieser Stelle eine Politik gemacht, die im Grunde genommen die Logik verkehrt hat. Man hat mit dem einen angefangen, ohne das andere klar zu haben.

Ich habe das jetzt wieder bei der Diesel-Geschichte gesehen. Ehrlich gesagt, erinnerte mich die ganze Debatte daran. Darüber gibt es sofort hysterische Debatten und man hat das Gefühl, dass Industriepolitik von der Deutschen Umwelthilfe gemacht wird. – Nichts für ungut, aber das halte ich für einen Fehler. An diesem Punkt muss man aus meiner Sicht eines klar haben in Deutschland: Wir sind sogar gut beraten, wenn wir uns ehrgeizige Ziele setzen, gerade auch bei der Energie- und Klimapolitik, weil uns dies auch technologische Fortschritte bringt, weil wir das, was wir hier erreichen, übermorgen wieder gut exportieren können. Das ist überhaupt nicht mein Punkt. Aber wir dürfen auf der anderen Seite – das ist für mich der entscheidende Punkt – diesen Industrie- und Produktionsstandort und die Arbeitsplätze, die damit verbunden sind, in keiner Weise gefährden. Das sind gute, mitbestimmte Arbeitsplätze.

Ich erlebe es gerade bei ThyssenKrupp. Ich sage Euch: Ich war dort bei den Stahlarbeitern, und ich bin nicht einverstanden, wenn Herr Laschet erklärt, das sei eine unternehmensinterne Entscheidung. Nein. Wer war denn in den letzten Jahren immer in Brüssel und hat für die Stahlleute etwas herausgeholt? Das war doch Sigmar!

Ich sage deswegen an dieser Stelle: Wir brauchen eine Industriepolitik in Deutschland, und die Politik hat gefälligst die Verantwortung dafür zu tragen, das Kind nicht ständig mit dem Bade auszuschütten und die Prozesse ordentlich hintereinander zu kriegen. Wir brauchen auf der anderen Seite aber Unternehmen, die ihren Unternehmenssitz

nicht in die Niederlande verlagern, wo das Erstbeste, das nicht mehr gesichert ist, die Montanmitbestimmung ist. Das können wir genauso wenig akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Ich jedenfalls bin – das biete ich Euch an – als Fraktionsvorsitzende der SPD daran interessiert, dass wir an dieser Stelle den richtigen Kurs haben.

Demnächst sind vermutlich die Grünen in der Bundesregierung. Denen werde ich auf die Finger gucken; das sage ich in aller Klarheit. Denn ich bin wirklich der Auffassung – man sieht es in den USA –: Die Leugnung der Notwendigkeit von Klimaschutz ist doch absurd. Das ist schlimm und sogar kriminell.

Es ist auf der anderen Seite aber auch wichtig, dass wir sehr genau aufpassen: Was heißt das eigentlich? Denn eins scheint doch klar zu sein: Überall da, wo es einen Strukturwandel gab, gab es auch einen Abstieg von Leuten, einen Wechsel von gut bezahlten Arbeitsplätzen zu richtig prekären Arbeitsplätzen. Das führt zu einer großen Verunsicherung in diesem Land, und das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen gute Arbeitsplätze in neue gute Arbeitsplätze überführen und nicht einfach Regionen, Arbeitsstrukturen und Branchen in wenig gut bezahlte Dienstleistungsbereiche ohne Mitbestimmung abrutschen lassen. Darum geht es eigentlich aus meiner Perspektive als ehemalige Arbeitsministerin. Wir haben hier eine Verantwortung. Die will ich auch in meiner neuen Aufgabe wahrnehmen.

Eine Sache aber ist auch klar: In den nächsten Jahren müssen wir die Demokratie und unsere gemeinsamen Werte definieren und verteidigen. Wir erleben hier einen Test. Das werden wir bildlich im Bundestag erfahren. Es wird ein ganz anderer Bundestag sein.

Möglicherweise ist es aber auch ein Aufrütteln; denn wir Politiker alleine können unsere Demokratie auf Dauer nicht lebendig halten. Dafür brauchen wir die Zivilgesellschaft. Dafür brauchen wir Menschen, die sich als Demokraten aktiv einbringen. Dafür brauchen wir vor allem aktive Gewerkschaften.

Deswegen bin ich sehr gerne hier, weil ich weiß: Ihr seid auch Antennen ins Land. Ihr seid diejenigen, die Demokratie noch einmal anders definieren, nämlich als eine Demokratie, die außerhalb des Parlaments in den Betrieben und mit den Betriebsräten gelebt wird. Demokratie ist keine reine Parlamentsgeschichte, sondern das müssen wir überall aushalten und ausbalanciert miteinander hinbekommen. Wer gute Erfahrungen mit Demokratie im Betrieb macht, der hat, glaube ich, insgesamt ein anderes Verständnis davon in unserem Land.

Demokratie gibt es nicht ohne Demokraten. Hier sehe ich die Verbündeten für meine weitere Arbeit als SPD-Fraktionsvorsitzende in den nächsten Jahren. Ich sage aus vollem Herzen – mein Opa Franz Nahles war im Schieferbergbau tätig –: Glück auf! (Starker, lang anhaltender Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Andrea, ganz herzlichen Dank für Deine engagierten Ausführungen, aber vor allem auch für Deine zupackende Art, Politik zu gestalten. Herzlichen Dank für Deine klaren Worte nicht nur zum Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit, sondern auch zur Mitbestimmung, zur Digitalisierung, dass wir diese Prozesse gemeinsam gestalten müssen, zur Qualifizierung etc. Wir alle wissen, dass Du das nicht nur sagst, weil Du heute bei uns bist, sondern Du stehst dafür, Du kämpfst dafür, Du streitest dafür. Das ist wunderbar und ganz im Sinne unserer Mottos „GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT.“, „GEMEINSCHAFT.MACHT.GERECHTIGKEIT.“

Du hast auch erwähnt, dass wir eine innovative Organisation sind. Ja, Gemeinschaft macht auch Innovation, wie man auf den Laufbändern sehen kann. (Beifall) Dafür stehen wir, liebe Andrea. So sind wir insgesamt eine verlässliche Partnerin der Politik. Wir

freuen uns sehr, dass Du die IG BCE als Stabilitätsfaktor, Vorreiter und Trendsetter bezeichnet hast. Das werden wir auch weiterhin sein, das werden wir in Zukunft bleiben. Du kannst mit unserer Unterstützung rechnen.

Ich glaube, ich kann auch sagen, dass Du nicht nur mit der Unterstützung der Delegierten der IG BCE rechnen kannst, sondern mit der Unterstützung der gesamten Organisation, insbesondere von Yasmin Fahimi, die hier vorne sitzt, aber auch von Bernd Westphal, den ich schon gesehen habe, und Uli Freese; ich weiß nicht, ob er noch im Saal ist. Das sind die IG-BCE-Bundestagsabgeordneten. Die stehen an Deiner Seite, da bin ich ganz, ganz sicher. Auch ihnen ein herzliches Willkommen hier! (Beifall)

Liebe Andrea, ganz viel Kraft! Wir freuen uns, dass Du anschließend gegebenenfalls noch an unserer Veranstaltung mit den Nachwuchspolitikern und -politikerinnen teilnimmst. – Ich sehe, Andrea Nahles nickt. Insofern freuen wir uns darauf, dass wir dort die Gelegenheit haben, noch einmal mit Dir ins Gespräch zu kommen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eben schon auf die Veranstaltung mit den Nachwuchspolitikern und -politikerinnen hingewiesen. Ihr wisst, dass der Parteienabend zu einer festen Tradition auf unseren Gewerkschaftskongressen gehört. Dieses Jahr wollen wir neue Wege beschreiten. Wir haben erstmals die Spitzen der Nachwuchsorganisationen eingeladen. Ihre Absicht ist es, frischen Wind in die Politik zu bringen. Diese und ähnliche Ankündigungen haben wir gerade nach den Bundestagswahlen oft hören können.

Das vielversprechende Motto des Abends ist „Debatte der Entscheider von morgen“, und dies unter der Moderation des Hörfunkjournalisten Volker Wieprecht. Es diskutieren Johanna Uekermann, Bundesvorsitzende der Jusos, Jonas Graeber, Bundesvorstand GRÜNE JUGEND, Ria Schröder, stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, Tilmann Kuban, Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen, sowie Paul Gruber vom Bundessprecherrat der linksjugend. Wir freuen uns auf einen interessanten Abend mit ihnen.

Mit Blick auf die Uhr meine ich – und ich glaube, ich finde Eure Zustimmung –, es lohnt nicht mehr, noch einen neuen Antragsblock aufzurufen. Wir haben heute auch schon sehr intensiv gearbeitet. Daher können wir, wenn Ihr einverstanden seid, gleich in die Pause eintreten.

Morgen sehen wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, hoffentlich in neuer Frische wieder. Ich unterbreche den Kongress bis morgen, Donnerstag, 9 Uhr. Dann führt wieder Sebastian Burdack durch die Tagesordnung. – Vielen Dank.

Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses: 17:40 Uhr